

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Vorbemerkung	3
2 Konzept und Gestaltung von Bildung für nachhaltige Entwicklung	3
3 Rahmenbedingungen von Bildung für nachhaltige Entwicklung	4
3.1 Bildung für nachhaltige Entwicklung	4
3.2 UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auf nationaler Ebene	5
3.3 Weitere gesellschaftliche Akteure in Deutschland	6
4 Sachstand in den Bildungsbereichen	7
4.1 Elementarpädagogik	7
4.2 Schule	7
4.3 Hochschule	8
4.4 Berufliche Aus- und Weiterbildung	9
5 Aktivitäten der Bundesregierung	9
5.1 Übergreifende Maßnahmen	9
5.2 Bundesministerien und nachgeordnete Einrichtungen	11
5.2.1 Auswärtiges Amt	11
5.2.2 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	11
5.2.3 Bundesministerium für Bildung und Forschung	12
5.2.4 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	18
5.2.5 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	22

	Seite
5.2.6 Bundesministerium der Finanzen	24
5.2.7 Bundesministerium für Gesundheit	24
5.2.8 Bundesministerium des Innern	25
5.2.9 Bundesministerium der Justiz	27
5.2.10 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	27
5.2.11 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	29
5.2.12 Bundesministerium der Verteidigung	31
5.2.13 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	31
5.2.14 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	34
5.2.15 Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen	34
5.2.16 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	34
5.2.17 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	36
6 Aktivitäten der Länder	36
6.1 Übergreifende Maßnahmen	36
6.2 Einzelne Länder	37
6.2.1 Baden-Württemberg	38
6.2.2 Bayern	39
6.2.3 Berlin	40
6.2.4 Bremen	41
6.2.5 Brandenburg	42
6.2.6 Hamburg	43
6.2.7 Hessen	44
6.2.8 Mecklenburg-Vorpommern	45
6.2.9 Niedersachsen	46
6.2.10 Nordrhein-Westfalen	47
6.2.11 Rheinland-Pfalz	48
6.2.12 Saarland	49
6.2.13 Sachsen	51
6.2.14 Sachsen-Anhalt	51
6.2.15 Schleswig Holstein	53
6.2.16 Thüringen	54
7 Stiftungen	55
7.1 Deutsche Bundesstiftung Umwelt	55
7.2 Politische Stiftungen	56
8 Zusammenfassung und Ausblick	58
9 Anhang	60
9.1 Abkürzungsverzeichnis	60
9.2 Literatur	63

1 Vorbemerkung

Nachhaltige Entwicklung (Nachhaltigkeit) ist Leitprinzip der Politik der Bundesregierung. Bei Nachhaltigkeit geht es um die Erreichung von Generationengerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt, Lebensqualität und Wahrnehmung internationaler Verantwortung. In diesem Sinne sind wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und soziale Verantwortung so zusammenzuführen, dass Entwicklungen dauerhaft tragfähig sind. Als Ziel und Maßstab des Regierungshandelns auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ist dieses Leitprinzip bei Maßnahmen in sämtlichen Politikbereichen zu beachten. Diese Festlegung findet sich im Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Der vorliegende Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung befasst sich entsprechend dem Auftrag des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3319) mit dem Stand und der Entwicklung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland für den Zeitraum 2005 bis Anfang 2009. Er schreibt die Berichte der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung von Januar 2002 (Bundestagsdrucksache 14/7971) und Oktober 2005 (Bundestagsdrucksache 15/6012) fort. Gemäß dem Auftrag wird über Fortschritte in der Konzeption und Praxis von Bildung für nachhaltige Entwicklung berichtet. Dabei werden neben den einschlägigen Bildungsaktivitäten der Bundesressorts auch die Aktivitäten der Länder dargestellt.

Einen wichtigen Bezugspunkt für die in diesem Bericht vorgestellten Aktivitäten bildet die 2002 durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen (United Nations, UN) für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufene UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ziel der Dekade ist es, durch Bildungsmaßnahmen zur Umsetzung der in Rio de Janeiro 1992 beschlossenen und in Johannesburg 2002 bekräftigten Agenda 21 beizutragen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung basiert auf dem Ansatz, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in formale, non-formale und informelle Bildung so zu integrieren, dass Handlungsfähigkeit für eine nachhaltige Entwicklung erworben wird. Der Bericht konzentriert sich daher auf die Frage der Verankerung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in Bildung und auf den Transfer in breite gesellschaftliche Bereiche. Durch die umfassende Konzeption des Begriffes Bildung für nachhaltige Entwicklung bezieht sich diese nicht nur auf Bildungspolitik im engeren Sinne.

Bildung für nachhaltige Entwicklung findet in Deutschland insbesondere auch durch zahlreiche im Kontext der UN-Dekade entfaltete Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen bereits in allen Bildungsbereichen Berücksichtigung. Ein vorläufiger Höhepunkt bei der Umsetzung der UN-Dekade war die UNESCO-Weltkonferenz mit dem Titel „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Startschuss für die zweite Halbzeit der UN-Dekade“, die auf Einladung des Bundesministeriums für Bildung und

Forschung vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn abgehalten wurde.

Der vorliegende Bericht führt insbesondere Beiträge der Bundesressorts und der Länder zusammen. Darüber hinaus wurde auch auf Arbeiten von Dr. Maik Adomßent, Dr. Matthias Barth, Barbara Benoist, Dr. Inka Bormann, Dr. Christa Henze, Prof. Dr. Bernd Overwien, Ulrike Röhr, Dagmar Winzier, Dr. Lars Wohlers und des Forums für internationale Entwicklung und Planung (finep) zurückgegriffen.

2 Konzept und Gestaltung von Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bereits in den 70er Jahren begann aufbauend auf Fragen des Ressourcenverbrauchs und der internationalen Gerechtigkeit national und international ein Diskurs über nachhaltige Entwicklung. Maßgebender Anstoß hierfür war der Bericht der Brundtland-Kommission, in dem erstmals ein Leitbild für nachhaltige Entwicklung definiert wurde. Ziel ist demnach eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (WCED 1987).

Auf Grundlage dieses Leitbildes verabschiedeten die Vereinten Nationen 1992 im Rahmen der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro die Agenda 21. In ihr wird nachhaltige Entwicklung als Leitbild der Menschheit für das 21. Jahrhundert festgeschrieben. Nachhaltige Entwicklung wird in der Agenda 21 erstmals mit Bildung verknüpft. Bildung wird als „unerlässliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinanderzusetzen“ beschrieben (UNCED 1992).

Im Rahmen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen 2002 in Johannesburg wurde die Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufen.

Neues Konzept des Kompetenzerwerbs

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bedeutet mehr als Bildung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein neues, zukunftsfähiges Verständnis von Bildung, das den Erwerb von Fähigkeiten und Fertigkeiten zum partizipativen Handeln in den Mittelpunkt stellt. Das Wissen, das dabei vermittelt wird, hilft den Lernenden, aktiv und eigenverantwortlich nachhaltige Handlungsoptionen zu bestimmen. Diese Kompetenzen lassen sich unter dem Begriff „Gestaltungskompetenz“ zusammenfassen (de Haan/Harenberg 1999).

Eine Voraussetzung für Bildung für nachhaltige Entwicklung ist, dass diese Gestaltungskompetenz in Feldern erlernt wird, die an zukunftsfähigen Entwicklungsprozessen orientiert sind oder an Punkten ansetzen, die ein kritisches Potenzial für die Zukunft aufweisen. Zu den

Kernthemen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zählen daher neben den einschlägig bekannten Bereichen Umweltschutz, Ressourcenschonung und internationale Gerechtigkeit auch Bereiche wie Mobilität, Geschlechtergerechtigkeit, Kultur und kulturelle Vielfalt sowie Konzepte fairen Handels und gesellschaftlicher Partizipation. Ziel ist es, Konsequenzen für ökologische, ökonomische und soziale Prozesse ziehen und adäquate Entscheidungen treffen zu können.

3 Rahmenbedingungen von Bildung für nachhaltige Entwicklung

3.1 Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung hat in den letzten Jahren sowohl in Deutschland als auch international an Bedeutung gewonnen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Die Federführung für diese weltweite bildungspolitische Kampagne wurde der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, UNESCO) übertragen. In ihrem Umsetzungsplan beschreibt die UNESCO die „grundlegende Vision“ einer „Welt, in der jeder die Möglichkeit hat, von Bildung zu profitieren und die Werte, Verhaltensweisen und Lebensstile zu lernen, die für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung und für positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind“ (UNESCO 2005). Übergreifendes Ziel ist, „die Prinzipien, Werte und Praktiken nachhaltiger Entwicklung in alle Aspekte der Bildung und des Lernens zu integrieren.“ Dies soll laut Umsetzungsplan mit den folgenden strategischen Zielsetzungen erreicht werden:

- a) Förderung von Netzwerken, Austausch und Interaktion zwischen Akteurinnen und Akteuren der Bildung für nachhaltige Entwicklung,
- b) Erhöhung der Qualität von Bildung für nachhaltige Entwicklung,
- c) Unterstützung von Staaten bei der Erreichung der Millenniumsziele durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und
- d) Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Anstrengungen zur Bildungsreform.

Die UNESCO ist bei der Umsetzung der Dekade auf mehreren Ebenen aktiv. Sie hat ein Sekretariat für die Dekade eingerichtet, das die zentralen Aktivitäten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung koordiniert. Das Sekretariat ist auch zuständig für Informationsverarbeitung und Berichterstattung bezüglich der Aktivitäten in den Mitgliedstaaten. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen UNESCO-Programmbereiche stellt eine Arbeitsgruppe sicher, die unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Generaldirektors für Bildung zusammenkommt. Darüber hinaus wird die UNESCO von einem hochrangigen Beirat (High-level Panel for the Decade) und einer auf wissenschaftlicher Ebene angesiedelten Reference Group beraten.

Zur Erörterung des Fortschritts, der bei der Umsetzung der Dekade gemacht wurde, fand auf Einladung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die „UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung – Startschuss für die zweite Halbzeit der UN-Dekade“ vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn statt. Weitere Anliegen der Konferenz waren die Erörterung der Relevanz von Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Bildungsqualität insgesamt, der internationale Austausch zur Bildung für nachhaltige Entwicklung insbesondere zwischen Ländern des Nordens und des Südens, die Bestandsaufnahme der bisherigen Umsetzung der UN-Dekade und die Entwicklung von Strategien für weitere Aktivitäten. An der Konferenz nahmen über 900 Teilnehmer aus allen Weltregionen teil. Auf der Konferenz wurde die so genannte „Bonner Erklärung“ verabschiedet, die international gemeinsame Schwerpunkte für die zweite Hälfte der UN-Dekade benennt.

Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Dekade spielen auch die weltweiten Netzwerke der UNESCO. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Einbindung der Zivilgesellschaft in Aktivitäten zum UNESCO-Programm. Zur Abstimmung der an der Umsetzung der Dekade beteiligten UN-Organisationen und -Programme (UNEP, UNDP u. a.) hat die UNESCO ein eigenes Komitee eingerichtet.

Commission on Sustainable Development (CSD)

Um eine effektive Umsetzung der Agenda 21 zu gewährleisten, gründeten die Vereinten Nationen Anfang 1993 die Kommission für nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD) als Unterorgan des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC). Ihr gehören 53 Mitgliedstaaten an, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Zur Umsetzung des beim Weltgipfel in Johannesburg verabschiedeten Umsetzungsplans hat die CSD ein Arbeitsprogramm für den Zeitraum von 2004 bis 2017 beschlossen. Dabei wechseln in Zweijahreszyklen die Schwerpunktthemen (2006/2007: Energie für nachhaltige Entwicklung, industrielle Entwicklung, Land, Luftverschmutzung und Klimawandel; 2008/2009: Landwirtschaft, Ländliche Entwicklung, Land, Dürre und Wüstenbildung, Afrika). Unterstützt wird die CSD im Bildungsbereich von dem CSD Education Caucus, um sicherzustellen, dass Bildung als Querschnittsthema eingebunden ist.

United Nations Economic Commission for Europe (UNECE)

Die UNECE ist eine von fünf regionalen Kommissionen der Vereinten Nationen. Mitglieder sind die Staaten der UN-Region Europa. Auf der Grundlage eines Beschlusses der gemeinsamen Konferenz der Umwelt- und Bildungsminister vom März 2005 trägt die UNECE zur Koordinierung der Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der UN-Region Europa bei und ermutigt die Mitgliedstaaten, Schlüsselthemen nachhaltiger Entwicklung in alle Bildungsbereiche zu integrieren (UNECE 2005).

Organization for Economic Co-operation and Development (OECD)

Die OECD unterstützt Mitgliedstaaten bei der Formulierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien und versteht sich als Impulsgeber in Teilbereichen der Nachhaltigkeit. In jüngster Zeit richtet die OECD ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die PISA-Studie im Jahr 2006 (Programme for International Student Assessment) enthielt Fragen zum Umweltwissen und zur Rolle von Umweltthemen in Lehrplänen. Auf dieser Grundlage hat die OECD eine Studie zur Haltung von Schülerinnen und Schülern gegenüber der Umwelt entwickelt, die unter dem Titel „Green at Fifteen?“ auf der Halbzeitkonferenz zur UN-Dekade vorgestellt wurde.

Im Jahr 2007 startete sie zudem ein Projekt, das die Integration von Nachhaltigkeitsthemen in die Curricula allgemeinbildender Schulen untersucht. Zu nennen ist weiterhin das Projekt DeSeCo (Definition and Selection of Competencies). Mit dem hier verwendeten Kompetenzkonzept werden Schlüsselkompetenzen für die Bewältigung von Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung formuliert.

Europäische Union (EU)

Nachhaltige Entwicklung ist eines der übergreifenden politischen Ziele der Europäischen Union. Dies hat der Europäische Rat u. a. in der so genannten Lissabon-Strategie von 2000 festgehalten und in der „Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung“ von 2001 weiter konkretisiert. Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde im Juni 2006 vom Europäischen Rat in einer erneuerten Version verabschiedet. Zur Evaluierung ist alle zwei Jahre ein Fortschrittsbericht vorgesehen, bei dem auch die Umsetzung in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden soll. Der erste Bericht erschien im September 2007 und zeigt, dass im Bereich Klimawandel und saubere Energien Fortschritte zu verzeichnen sind, die Fortschritte insgesamt jedoch noch zu gering sind. In seinen Schlussfolgerungen vom Dezember 2007 betont der Europäische Rat die Notwendigkeit einer effektiven Umsetzung auf allen Ebenen; EU-Strategie und nationale Strategien für nachhaltige Entwicklung sollten zudem stärker miteinander verzahnt werden.

Europarat

Schwerpunkt der Bildungsaktivitäten des Europarats sind die Bereiche Menschenrechtsbildung, Demokratieerziehung und interkulturelle Bildung. Der Europarat hat seine Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Demokratieerziehung 2005 in den Kontext der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gestellt. Darüber hinaus fördert der Europarat u. a. über sein Nord-Süd-Zentrum Aktivitäten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

3.2 UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auf nationaler Ebene

Bundespräsident Horst Köhler hat im Jahr 2005 die Schirmherrschaft für die Umsetzung der Dekade in

Deutschland übernommen. Auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 1. Juli 2004 (Bundestagsdrucksache 15/3472) hat die Bundesregierung die deutsche UNESCO-Kommission mit der organisatorischen Ausgestaltung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beauftragt und finanziell ausgestattet. An der Umsetzung wirken neben einem Nationalkomitee ein Runder Tisch, Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Bildungsbereichen und die offiziellen deutschen Dekade-Projekte mit. Die Ziele sind im Nationalen Aktionsplan (NAP) für Deutschland – UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014 zusammengefasst.

Nationalkomitee

Das Nationalkomitee wurde von der deutschen UNESCO-Kommission in Abstimmung mit dem BMBF berufen. Als zentrales Abstimmungs- und Steuerungsgremium unterschiedlicher Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft konstituierte es sich im Mai 2004. Das Komitee setzt sich aus 30 Experten und Expertinnen zusammen. Dazu gehören Vertreterinnen und Vertreter von Bundes- und Landesministerien, von Nichtregierungsorganisationen (NRO), Medien, Privatwirtschaft und Wissenschaft. Seit 2006 sind auch die Schülervvertretungen repräsentiert. Mit dieser Pluralität werden nicht nur unterschiedliche gesellschaftliche Positionen, sondern auch eine Vielzahl unterschiedlicher Themen und Bildungsbereiche abgedeckt.

Auf Beschluss des Nationalkomitees orientiert sich die Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland seit dem Jahr 2007 an Jahresthemen (2007 Kulturelle Vielfalt, 2008 Wasser, 2009 Energie).

Runder Tisch

Mit dem Ziel, die Umsetzung der UN-Dekade auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen und unterschiedliche Akteure zu vernetzen, wurde im Jahr 2004 vom Nationalkomitee der Runde Tisch initiiert. Ihm gehören etwa 100 Mitglieder an, die im Mai 2007 vom Nationalkomitee neu gewählt wurden. Die jährlichen Treffen des Runden Tisches bilden ein Forum des Informationsaustausches. Dabei werden aktuelle Fragestellungen von Bildung für nachhaltige Entwicklung erörtert und Grundlagen für die weitere Umsetzung erarbeitet.

Arbeitsgruppen

Um eine kontinuierliche Arbeit gewährleisten zu können sowie die Expertise von Bildungsexpertinnen und -experten zu nutzen, wurden Arbeitsgruppen eingerichtet. Diese gliedern sich nach folgenden Bereichen: Elementarpädagogik, Schule, Hochschule, Berufliche Aus- und Weiterbildung, Außerschulische Bildung und Weiterbildung, Informelles Lernen. Außerdem besteht jeweils eine Arbeitsgruppe zu den Themen Verbraucherbildung in Finanzfragen, Konsum und biologische Vielfalt. Das jeweilige Jahresthema wird von einer weiteren Gruppe bearbeitet.

Nationaler Aktionsplan

Der Nationale Aktionsplan (NAP) geht auf einen Beschluss des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2004 (Bundestagsdrucksache 15/3472) zurück. Er wurde gemeinsam von Nationalkomitee und Rundem Tisch erarbeitet und im Jahr 2005 einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Im September 2008 wurde eine Neufassung des NAP veröffentlicht. Übergreifendes Anliegen ist, das deutsche Bildungssystem umfassend auf nachhaltige Entwicklung auszurichten. Hierfür wurden vier strategische Ziele formuliert:

- Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie Transfer guter Praxisbeispiele in die Breite,
- Vernetzung der Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung,
- Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Bildung für nachhaltige Entwicklung,
- Verstärkung internationaler Kooperationen.

Dekade-Projekte

Eine zentrale Rolle für die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung spielen darüber hinaus vor allem kleinere, regionale Projekte. Diese können sich für eine Auszeichnung als „offizielles Projekt der UN-Dekade“ bewerben. Eine mit Mitgliedern des Nationalkomitees besetzte Jury wählt unter den Bewerbern besonders innovative Projekte aus. Somit werden gute Praxisbeispiele in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht.

Seit 2007 gibt es auch für Kommunen die Möglichkeit, sich um die Auszeichnung als Stadt, Gemeinde oder Landkreis der UN-Dekade zu bewerben. Die Kommunen müssen bei ihrer Bewerbung nachweisen, dass sie auf politischer Ebene Bildung für nachhaltige Entwicklung als Bestandteil des Leitbildes beschlossen haben und konkrete Aktivitäten im Rahmen der Ziele des Nationalen Aktionsplans durchführen. Bisher wurden die Städte Hamburg, Heidelberg, Neumarkt i. d. Oberpfalz, Ahlheim, Frankfurt a. M., Hellenthal, Gelsenkirchen, Erfurt und Bonn als offizielle Städte der UN-Dekade ausgezeichnet.

Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung

Mit dem im Jahr 2007 mit Mitteln des BMBF finanzierten Internet-Portal www.bne-portal.de soll die Öffentlichkeitsarbeit für und die öffentliche Wahrnehmung von Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützt und zur weiteren Vernetzung der Akteure beigetragen werden. Ziel ist es, dass Portal zur zentralen Einstiegsseite zur Bildung für nachhaltige Entwicklung zu entwickeln. Bei konstant wachsenden Zugriffszahlen (Stand 2008: 30 000 Nutzer pro Monat) informiert das Portal über Aktivitäten und Möglichkeiten im Rahmen der UN-Dekade. Weitere Informationsmedien sind der Newsletter der UN-Dekade und das vierteljährlich erscheinende Online-Magazin

„BNE-Journal“ (www.bne-journal.de). Die fachliche Beratung und Qualitätssicherung dieser Maßnahmen erfolgt durch einen Beirat, der sich aus Mitgliedern des Nationalkomitees zusammensetzt.

Um die vielfältigen Beiträge zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland gebündelt in der Öffentlichkeit zu präsentieren, finden darüber hinaus auf Initiative des Nationalkomitees einmal jährlich seit September 2008 bundesweite Aktionstage statt. Alle Akteurinnen und Akteure sind hierbei aufgerufen, sich in unterschiedlichen Formen – sei es durch Podiumsdiskussion, einen Tag der offenen Tür oder kleinere Veranstaltungen – zu beteiligen. Im Jahr 2008 fanden über 300 Aktionen statt. Die nächsten Aktionstage sind vom 18. bis 27. September 2009 geplant.

3.3 Weitere gesellschaftliche Akteure in Deutschland

Neben den zahlreichen Organisationen, deren Schwerpunkt auf der Umsetzung der UN-Dekade liegt, engagieren sich in Deutschland weitere Akteure für Bildung für nachhaltige Entwicklung, auf die im Folgenden beispielhaft eingegangen wird.

Rat für nachhaltige Entwicklung

Der Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) wurde erstmals 2001 eingerichtet. Seine Mitglieder werden von der Bundeskanzlerin bzw. vom Bundeskanzler jeweils für drei Jahre ernannt. Der Rat berät die Bundesregierung in Fragen der nachhaltigen Entwicklung und soll mit Vorschlägen zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie beitragen. Zu einzelnen Fragen hat er darüber hinaus gesonderte Empfehlungen veröffentlicht. Zudem nimmt der Rat eine wichtige Funktion im gesellschaftlichen Dialog wahr. Hierzu gehört etwa sein Ende 2008 neu zusammengestellter Einkaufsführer „Der nachhaltige Warenkorb“. Er gibt Verbrauchern konkrete, praxisnahe Hinweise, wie sie heute schon nachhaltig konsumieren können: bei Waren des täglichen Bedarfs wie Lebensmitteln und Kleidung, bei Gebrauchsgütern wie Haushaltsgeräten und Möbeln sowie bei Dienstleistungen wie Reisen und Geldanlagen.

Der Rat beteiligt sich an der Initiative „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“. Damit wird an eine gemeinsame Aktion von BMBF und Bundeskanzleramt zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements im Nachhaltigkeitsbereich angeknüpft (zu der Initiative siehe auch Kapitel 5.2.3). Des Weiteren beteiligt sich der RNE mit Filmprojekten, Wettbewerben und seiner Jahreskonferenz an der Vermittlung des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung. Der Rat ist zudem auf europäischer und globaler Ebene vernetzt, beispielsweise besteht eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und eine Mitgliedschaft im Netzwerk Europäischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC). Die Geschäftsstelle des RNE wird vom BMBF finanziert.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Der Beirat wurde im Frühjahr 2004 erstmals vom 15. Deutschen Bundestag eingerichtet, um den Nachhaltigkeitsprozess in Deutschland zu begleiten. Der Beirat unterbreitet u. a. Vorschläge zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und gibt mittel- bis langfristig orientierte Empfehlungen zu einzelnen nachhaltigkeitsrelevanten Themenbereichen ab. Er soll als „Anwalt langfristiger Verantwortung im politischen Geschehen“ fungieren. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie soll dadurch über die Grenzen der Fachausschüsse hinweg Beachtung finden (Bundestagsdrucksache 16/1131). Zu den Aufgaben des parlamentarischen Beirats zählt auch die Organisation eines Dialoges über nachhaltige Entwicklung mit gesellschaftlichen Gruppen. Hierzu veranstaltet das Gremium öffentliche Anhörungen.

Wissenschaftlicher Beirat: Globale Umweltveränderung

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 im Vorfeld der Rio-Konferenz von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium eingerichtet. Er erstellt regelmäßig Gutachten mit Handlungs- und Forschungsempfehlungen zur Bewältigung globaler umwelt- und entwicklungspolitischer Herausforderungen (BMU 1992/2000). Die Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren und darüber zu berichten, nationale und internationale Forschung auf dem Gebiet des Globalen Wandels auszuwerten und Impulse für die Wissenschaft zu geben, auf kommende Problemfelder hinzuweisen sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die durch gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein für die Probleme des globalen Wandels fördern sollen.

Die Themen der ca. alle zwei Jahre erstellten Hauptgutachten werden vom Beirat selbst gewählt. Die beiden letzten Hauptgutachten „Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik“ (WBGU 2004) und „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ (WBGU 2007) lassen deutlich die Tendenz erkennen, die Berichterstattung auf die Schnittstelle zwischen Umweltpolitik und Entwicklungspolitik hin auszurichten. Die Gutachten des WBGU leisten somit eine wichtige Analyse der Wechselwirkungen zwischen den Hauptthemenfeldern der nachhaltigen Entwicklung. Der WBGU wird gemeinsam von BMBF und BMU finanziert.

Nichtregierungsorganisationen

Ohne ein umwelt- und entwicklungspolitisches Bewusstsein der Bevölkerung ist Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht konsensfähig und nur schwer umzusetzen. Eine wichtige Scharnierfunktion bieten hierbei Nichtregierungsorganisationen (NRO), die oft durch ehrenamtliches Engagement Themen der nachhaltigen Entwicklung auf die gesellschaftliche Agenda setzen. Mit öffentlich-

keitswirksamen Aktivitäten und verschiedenen Bildungsangeboten beteiligen sie sich an der Diskussion über nachhaltige Entwicklung. Dabei erreichen sie durch Initiativen vor Ort zumeist andere Zielgruppen als staatliche Organisationen und Akteure. Die Bedeutung von NRO wird ausdrücklich in der der Agenda 21 hervorgehoben.

4 Sachstand in den Bildungsbereichen

4.1 Elementarpädagogik

Die Elementarpädagogik umfasst die frühkindliche Bildung mit den Institutionen Kinderkrippe, Kindergarten und Kindertagesstätte. Im Nationalen Aktionsplan für Deutschland – UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014 betreffen drei Maßnahmen explizit den Elementarbereich. Darüber hinaus integrieren einige Initiativen und vor allem die von den Ländern gesteuerten Aktivitäten die Elementarpädagogik in ihre bildungsbereichsübergreifenden Maßnahmen.

In den meisten Ländern sind zwischenzeitlich modellhafte Vorhaben oder Projekte zur Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung initiiert worden. In ihrer Zielsetzung und Ausrichtung sind diese sehr unterschiedlich und decken Teilbereiche von Bildung für nachhaltige Entwicklung wie „Klimaschutz“ (Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt) oder „Wasser“ (Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg, Thüringen) ab oder widmen sich der Vermittlung und Stärkung von Schlüsselkompetenzen wie etwa in Bayern oder Sachsen-Anhalt.

Von den ausgezeichneten Dekade-Projekten widmen sich ca. 40 Projekte explizit dem Elementarbereich. Dieser Bereich ist damit bislang unterrepräsentiert. Zu bedenken ist jedoch, dass in den letzten Jahren zahlreiche Projekten angestoßen wurden, die als Maßnahmen für Bildung für nachhaltige Entwicklung gesehen werden können, aber von den Initiatoren selbst nicht in diesen Kontext gestellt werden. Durch Modellvorhaben, Fördermaßnahmen und Wettbewerbe, initiiert sowohl von staatlicher Seite als auch von der Wirtschaft und Verbänden, sind Modelleinrichtungen entstanden, die als gute Praxisbeispiele für Bildung für nachhaltige Entwicklung aufgeführt werden könnten. So formieren etwa Initiativen der Krankenkassen oder der Deutschen Sportjugend zu Lebensstilfragen wie Gesundheit, Ernährung und Bewegung allgemeiner unter „Prävention“.

4.2 Schule

Der Lernort Schule ist von zentraler Bedeutung für Bildung für nachhaltige Entwicklung. Hier machen die Schülerinnen und Schüler oftmals ihre ersten Erfahrungen mit den komplexen Fragestellungen des Zusammenlebens und -lernen, welche Bedeutung das eigene Handeln auch für die Mitmenschen haben kann.

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) hat auf Initiative der AG Schulische Bildung im Juni 2007 Empfehlungen abgegeben, welche die Rahmenbedingungen für Bildung

für nachhaltige Entwicklung weiter verbessern. Umweltbildung ist inzwischen in den Rahmenrichtlinien fast aller Schulformen verankert. Immer mehr Schulen nehmen in ihrem Schulprogramm und in ihrer Entwicklungsplanung Bezug auf Umweltschutz und Umweltbildung sowie auf Bildung für nachhaltige Entwicklung. An Schulen werden vielfältige Projekte und Vorhaben zur umweltverträglichen Gestaltung des Schullebens, des Schulgeländes und des Schulbetriebes durchgeführt. Dies betrifft neben Ressourceneinsparungen auch Gründungen von Schülerfirmen und internationale Austauschprogramme mit Bezug zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Zwei Jahre nach dem KMK-Beschluss untersucht die AG Schulische Bildung den genauen Umsetzungsgrad dieses Beschlusses und wird hierzu die turnusgemäßen Schulinspektionen auf BNE-Kriterien durchleuchten und gegebenenfalls Ergänzungsvorschläge unterbreiten. Des Weiteren soll ein Dialog mit den Schulbuchverlagen angeregt werden.

Zudem konnte das Programm „Transfer-21“ als Nachfolge des bereits 1999 aufgelegten „BLK-Programm 21: Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erfolgreich durchgeführt werden. Zentrales Leitbild von Transfer-21 war die Orientierung der schulischen Bildung am Konzept der Nachhaltigkeit und der Vermittlung von Gestaltungskompetenz. Es wurden neue Bildungsmaterialien für alle Schulbereiche entwickelt und weitere Schulen einbezogen. Das im Juli 2008 beendete Programm erreichte insgesamt 2 586 Schulen in den teilnehmenden Ländern. Die Zielsetzung von 10 Prozent aller Schulen wurde somit übererfüllt. In Kapitel 6.2 werden u. a. die Aktivitäten der einzelnen Länder im Rahmen dieses Programms vertiefend dargestellt.

Neben den Transfer-21-Schulen geben die UNESCO-Projektschulen, die „Umweltschulen in Europa“ (ca. 190) und die GLOBE-Schulen (ca. 470) Hinweise auf die Verankerung des Nachhaltigkeitskonzeptes in der schulischen Bildung in Deutschland. Die UNESCO-Projektschulen arbeiten in einem weltweiten Schulnetzwerk aus 7 500 Schulen an internationaler Verständigung und Nachhaltigkeit. Die Umweltschulen in Europa werden von der Europäischen Umweltstiftung (FEE) gefördert, die in Deutschland von der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU) vertreten wird. Weltweit beteiligen sich über 14 000 Schulen in mehr als 38 Staaten. Ziel ist die Entwicklung umweltverträglicher Schulen und die Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die GLOBE-Schulen sind Teil eines internationalen Umweltprojekts (vgl. auch Kapitel 5.2.3).

Ein weiteres Zeichen für die gute Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im Schulbereich ist die relativ große Anzahl ausgezeichneten Dekade-Projekte. Bis Herbst 2008 wurden insgesamt 120 Schulprojekte ausgezeichnet. Schulen sind damit gemessen an der Gesamtzahl der Projekte am stärksten vertreten. Auch wird davon ausgegangen, dass Lehrkräfte durch ein verstärktes Angebot an Bildungsmaterialien dazu angeregt werden, Themen der nachhaltigen Entwicklung in ihren Unterricht zu integrieren.

Eine Studie zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung außerhalb von Modellversuchen und Kampagnen“ gibt Aufschluss über die Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen in nicht modellgebundenen Schulen. Analysiert wurden die im Internet verfügbaren Selbstdarstellungen von 150 zufällig ausgewählten Schulen. Bei den thematischen Schwerpunkten der Schulen weisen 10 Prozent „deutliche Hinweise auf Aspekte der Nachhaltigkeit“ auf. Die ökologische Seite der nachhaltigen Entwicklung ist an Schulen ein zentrales Thema. Ökonomische und soziale Komponenten tauchen seltener auf (Rode 2006).

4.3 Hochschule

Aktuell gibt es an zahlreichen Hochschulen Studienangebote, in denen Fragestellungen einer nachhaltigen Entwicklung behandelt werden. In einer aktuellen auf Selbstberichten der Hochschuleinrichtungen basierenden Studie (de Haan 2007) werden drei Gruppen von Studienangeboten differenziert:

- Studiengänge mit nachhaltigkeitsrelevanten Studienschwerpunkten über Vertiefungsmöglichkeiten, spezielle Module mit Nachhaltigkeitsbezug oder Wahlpflichtbereiche (54,6 Prozent),
- Nachhaltigkeitsstudiengänge (30,8 Prozent),
- Studiengänge, in denen einzelne Veranstaltungen Bezüge zu Themen der nachhaltigen Entwicklung aufweisen (14,2 Prozent).

Zudem werden über Hochschulnetzwerke hochschulübergreifende Studiengänge sowie Lehrangebote realisiert. Hier ist insbesondere das Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der Fachhochschulen des Landes Baden-Württemberg zu nennen. Auch wird ein „Netzwerk für Nachhaltige Entwicklung der staatlichen Fachhochschulen in der Bundesrepublik“ aufgebaut, an dem sich bislang 40 Fachhochschulen beteiligen.

Im Jahr 1999 wurde vom BMBF der Förderschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“ eingerichtet. Hier wird der traditionell naturwissenschaftliche Ansatz der Umweltforschung um sozial- und kulturwissenschaftliche Dimensionen erweitert, um disziplinübergreifend zur Lösung von Nachhaltigkeitsproblemen beizutragen. Derzeit befinden sich 16 Forschungsverbände mit insgesamt 43 Einzelvorhaben in der thematischen Förderung. Hinzu kommen Mittel, die in die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses fließen (vgl. auch Kapitel 5.2.3).

Deutliche Anzeichen für ein zunehmendes Engagement deutscher Hochschulen bei der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sind die prämierten Dekade-Projekte. Ende 2008 wurden mehr als 60 hochschulbezogene Projekte mit unterschiedlichen Ausrichtungen ausgezeichnet. Auch in einzelnen Aktionsplänen, die verschiedene Länder zur Umsetzung der UN-Dekade entwickelt haben, finden sich (Ziel-)Formulierungen für den Hochschulbereich.

4.4 Berufliche Aus- und Weiterbildung

Eine steigende Anzahl großer aber auch kleinerer und mittlerer Unternehmen hat die Chancen, die sich für sie aus nachhaltiger Entwicklung ökonomisch, ökologisch und sozial ergeben, erkannt und engagieren sich daher auch in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die ebenso die Entwicklung von Konzepten für das Management in Unternehmen einschließt. Beispielhaft sei hier der Zusammenschluss global agierender Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft zu dem Unternehmensnetzwerk „econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V.“ genannt. Das im Jahr 2000 auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) gegründete Netzwerk versteht sich als Think Tank und zentrale Dialogplattform zur Nachhaltigkeit in großen Unternehmen und Organisationen.

Einen zentralen Beitrag leisten die 10 bis Ende 2009 aus Mitteln des BMBF finanzierten und vom BIBB geförderten und fachlich begleiteten Modellversuche zu den Aspekten nachhaltige Entwicklung als Wirtschaftsfaktor und Managementstrategie in Industrie und Handwerk, Energieeffizienz und Ressourcenschonung sowie Nachhaltigkeit in der Berufsausbildung. Das Internetportal (www.bibb.de/nachhaltigkeit) informiert über Modellvorhaben, Projekte, Lehr- und Lernmaterialien sowie über aktuelle Veranstaltungen. In der Good-Practice-Agentur „Nachhaltigkeit in Berufsbildung und Arbeit“, einem Kooperationsprojekt des Instituts für Umweltschutz in der Berufsbildung (IUB) und des BIBB, gefördert durch die DBU, werden seit 2005 gelungene Praxisbeispiele vorgestellt. Vorbildliche Beispiele sind auch Gegenstand des bundesweiten Auszubildenden-Wettbewerbs „Pack the Future“, der gemeinsam von der Dualen System Deutschland AG, dem IUB und dem BIBB durchgeführt wurde.

Im Rahmen des BMBF-Forschungsprogramms „Forschung für die Nachhaltigkeit – FONA“ führt das BIBB im Förderschwerpunkt „Nachhaltige Waldwirtschaft“ seit September 2005 ein Querschnittsprojekt durch, um die Auswirkungen fachwissenschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Forschungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Berufe in der Wald- und Holzwirtschaft zu analysieren und für die Berufsbildungspraxis aufzubereiten (zu FONA siehe auch Kapitel 5.2.3). Ebenfalls im Auftrag des BMBF hat eine Gruppe unter Federführung der Universität Hamburg im Forschungsprojekt „Globalität und Interkulturalität als integrale Bestandteile Beruflicher Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ den Forschungsbedarf für eine stärkere Verankerung des Nachhaltigkeitsaspekts in der beruflichen Bildung analysiert.

Im Rahmen der UN-Dekade wurde eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches für die berufliche Aus- und Weiterbildung eingerichtet. Auf Landesebene gibt es u. a. eine Arbeitsgruppe der Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In beiden Gruppen haben die beteiligten Akteure aus Institutionen der Wirtschaft, der Berufsbildung, der Wissenschaft sowie aus Ministerien und Behörden u. a. Strategien und

Maßnahmen für eine systematische Verankerung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung in der beruflichen Bildung erarbeitet. In Nordrhein-Westfalen wurde im Januar 2009 das Forum „Aktion Zukunft Lernen“ von der Landesregierung gegründet. Eine im Februar 2009 eingerichtete Geschäftsstelle koordiniert die Aktivitäten der unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Akteure aus Wirtschaft, Politik, Vertretern verschiedener Interessensverbände sowie aus dem Bereich Bildung einschließlich Berufsbildung. Insgesamt sind große Fortschritte bei der Implementierung zu verzeichnen.

5 Aktivitäten der Bundesregierung

5.1 Übergreifende Maßnahmen

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Grundlage der Politik der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung ist die nationale Nachhaltigkeitsstrategie von 2002. Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde – wie von der Agenda 21 vorgesehen – erstmals 2002 zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg vorgelegt. Die Zuständigkeit für die Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim Bundeskanzleramt. In der Strategie und in nachfolgenden Berichten (Fortschrittsbericht 2004; Wegweiser Nachhaltigkeit 2005) wurde eine Vielzahl von Themen vertieft behandelt. Der Indikatorenbericht 2006 des Statistischen Bundesamtes analysierte den Stand der Entwicklung bei den Nachhaltigkeitsindikatoren.

Am 29. Oktober 2008 hat das Bundeskabinett den Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit dem Titel „Für ein nachhaltiges Deutschland“ beschlossen, der vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Thomas de Maizière erarbeitet worden ist. Schwerpunktthemen des Berichts sind Klima, nachhaltige Rohstoffwirtschaft, soziale Chancen des demographischen Wandels sowie Welternährung. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Nachhaltigkeit als Leitbild für die gesamte Politik der Bundesregierung dargestellt. Dazu gehören Themen wie biologische Vielfalt, Verkehr, Gesundheit oder Forschung und Entwicklung. Der Bericht sieht ferner Maßnahmen zur Einrichtung eines Nachhaltigkeitsmanagements vor, um die Wirksamkeit der Strategie zu erhöhen. Unter anderem wird Nachhaltigkeit in der Gesetzesfolgenabschätzung verankert. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wird im Bericht als Beispiel für eine aktuelle Herausforderung thematisiert.

Die Strategie enthält Nachhaltigkeitsindikatoren in 21 Schlüsselbereichen, die mit konkreten Zielen versehen sind, u. a. im Bereich Bildung. Der Anteil der 18 bis 24jährigen, die keinen Abschluss der Sekundarstufe II haben und sich nicht in Ausbildung befinden soll bis 2020 deutlich auf 4,5 Prozent an der Altersgruppe sinken und der Anteil der 25jährigen mit einem Hochschulabschluss soll bis 2020 auf 20 Prozent steigen. Eine Bildungspolitik, die möglichst vielen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht, ist Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft den künftigen Herausforderun-

gen gewachsen ist. Daher soll bis 2010 der Anteil der Studienanfänger auf 40 Prozent erhöht werden. Mit dem Bericht werden einzelne Nachhaltigkeitsindikatoren und Ziele überarbeitet. Neu aufgenommen wurden z. B. Ziele zur Senkung des Raucheranteils in der Bevölkerung.

Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist keine Aufgabe, die sich allein an die Bundesregierung richtet. In den Beiträgen des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag sowie der Länder (Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz) wird Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als wichtiges Handlungsfeld hervorgehoben. Weitere Beiträge wurden vom Rat für nachhaltige Entwicklung sowie den kommunalen Spitzenverbände übernommen.

Grundlage für den Bericht war eine umfangreiche Konsultation der Öffentlichkeit. Im November 2007 startete Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die erste Konsultationsrunde zum Fortschrittsbericht der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2008. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, sich mit Anregungen und Vorschlägen an der Fortschreibung zu beteiligen. Im Mai 2008 wurde der Entwurf des Berichts veröffentlicht. In die nachfolgende Überarbeitung des Berichts sind Anregungen der Öffentlichkeit eingeflossen. U. a. wurde Weltenernährung als zusätzliches neues Schwerpunktthema aufgenommen.

Mit dem Fortschrittsbericht wird die Wirksamkeit der Strategie gestärkt. In Umsetzung des Berichts finden seit Dezember 2008 monatliche Sitzungen des Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung statt, bei denen Themen der Nachhaltigkeit – auch mit Bezug auf Bildungsfragen – behandelt werden. U. a. beschäftigte sich der Ausschuss im April 2009 mit Fragen des nachhaltigen Konsums und begrüßte dabei die verstärkte Berücksichtigung von Ökobilanzen und Lebenszyklusanalysen durch Produzenten, Handel und Verbraucher. Ferner wurde gefordert, Nachhaltigkeitsaspekte besser in die berufliche Aus- und Fortbildung zu integrieren.

EU-Ratspräsidentschaft

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hat die Bundesregierung auch das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung auf die Agenda gehoben. Sowohl im Bereich der Entwicklungspolitik, als auch im Umwelt- und Klimaschutz wurden neue Maßstäbe gesetzt. Dem Thema Nachhaltigkeit widmete sich eine Konferenz, die vom Rat für nachhaltige Entwicklung im Juni 2007 im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt wurde.

Im Mai 2007 hat das BMBF gemeinsam mit zwei Berliner Senatsverwaltungen und der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) die internationale Konferenz „UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Der Beitrag Europas“ veranstaltet. Hauptziel der Konferenz war es, den europäischen Beitrag zur UN-Dekade zu identifizieren und dabei die globale Verantwortung Europas zu berücksichtigen.

Halbzeitkonferenz der UN-Dekade

Vom 31. März bis 2. April 2009 fand in Bonn die „UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung“ statt. Veranstalter waren die UNESCO und das BMBF in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission. Rund 900 Vertreterinnen und Vertreter sowie 250 Gäste aus 147 UNESCO-Mitgliedstaaten nahmen teil, darüber hinaus beteiligten sich 48 Minister und Vizeminister am High-Level Segment.

Im Rahmen der Konferenz präsentierte die UNESCO den Entwurf eines Halbzeitberichts zur UN-Dekade. Diese auf der Grundlage einer Umfrage bei Mitgliedstaaten erstellte Evaluation konstatiert zahlreiche Aktivitäten in allen Weltregionen von zwischenstaatlichen, staatlichen sowie nicht-staatlichen Akteuren. Defizite bestehen gemäß dem Bericht bei der Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im Zentrum von Bildung, der Bereitstellung von Mitteln sowie der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure, einschließlich der interministeriellen Zusammenarbeit.

Insgesamt 22 Workshops thematisierten unterschiedliche Aspekte von Bildung für nachhaltige Entwicklung, darunter: Nachhaltigkeitsherausforderungen wie Wasser, biologische Vielfalt oder Nahrungsmittelversorgung, die Rolle der Privatwirtschaft, die Lehrerbildung, der Zusammenhang mit dem UNESCO-Programm „Bildung für alle“ sowie das Potenzial von Bildung für nachhaltige Entwicklung für unterschiedliche Bildungsbereiche wie Schule, Hochschule und Berufsbildung. Ein Austausch über gute Praxis zwischen deutschen und internationalen Akteuren stand im Mittelpunkt der 14 so genannten Projektworkshops, die von deutschen Projekten der UN-Dekade als Exkursionen zu Bildungseinrichtungen in der Region vorbereitet wurden. Darüber hinaus präsentierte eine Ausstellung im Konferenzzentrum 25 Projekte aus allen Weltregionen.

Im Abschlussplenum wurde im Konsens die „Bonner Erklärung“ verabschiedet. Sie wurde während der Konferenz auf der Grundlage der Plenar- und Workshopdiskussionen sowie diverser Vortreffen (darunter Bordeaux, Göteborg, Nairobi, Tokio) erstellt. Die Konferenzerklärung verfolgt zwei Ziele: Sie weist zum einen auf die Dringlichkeit hin, angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel und Finanzkrise Bildung so zu gestalten, dass sie jedem Einzelnen die Möglichkeit gibt, die Kompetenzen, Fertigkeiten, Kenntnisse und Werte zu erwerben, die für die Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft erforderlich sind. In einem „Call for Action“ enthält die Erklärung zum anderen Leitlinien für die weitere Umsetzung der UN-Dekade. Die Mitgliedstaaten werden z. B. aufgefordert, Bildung für nachhaltige Entwicklung als ein wesentliches Element von Bildungsqualität voranzutreiben, ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen sowie mit Hilfe einer sektorübergreifenden Strategie Nachhaltigkeitsanliegen in Bildung und Ausbildung zu verankern. Die UNESCO wird u. a. aufgefordert, ihre koordinierende Rolle auszubauen und die Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in andere internationale Foren sicherzustellen. Es ist vorgesehen, die „Bon-

ner Erklärung“ in den UNESCO-Exekutivrat und die UN-Generalversammlung einzubringen.

5.2 Bundesministerien und nachgeordnete Einrichtungen

Die Bundesministerien und Bundesbeauftragten fördern in unterschiedlicher Weise Vorhaben und Projekte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Auf Grund der föderalen Verantwortungsverteilung für Bildung liegen wesentliche Zuständigkeiten für die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung bei den Ländern (vgl. Kapitel 6). Auf der Bundesebene sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch die Ressortzuschreibung in erster Linie beteiligt. Aber auch andere Ressorts leisten einen wichtigen Beitrag zur Initiierung, Erprobung, Umsetzung und Weiterentwicklung von Maßnahmen in den verschiedenen Bildungsbereichen. Im Folgenden kann jedoch nur ein Ausschnitt der vielfältigen Aktivitäten dargestellt werden.

5.2.1 Auswärtiges Amt

Das AA fördert die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) als Mittlerorganisation der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und unterstützt darüber hinaus die Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung u. a. durch Förderung des von der DUK betreuten Netzwerks der UNESCO-Projektschulen in Deutschland, durch die Arbeit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNESCO in Paris und durch die Arbeit der Nationalkomitees für die Wissenschaftsprogramme der UNESCO. Darüber hinaus informiert das AA durch das Netz seiner Auslandsvertretungen weltweit über die neusten Entwicklungen in diesem Bereich.

Die Leitlinien des UNESCO-Schulnetzwerkes enthalten wichtige Ziele von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Im Rahmen internationaler Projektstage und vielfältiger Kooperationen mit Schulen außerhalb des Netzwerks geben die UNESCO-Projektschulen ihre Unterrichtskonzepte und -materialien, die dem Ziel „Nachhaltigkeit lernen“ dienen, an andere Bildungseinrichtungen weiter. In diesem Sinne arbeiten sie auch verstärkt mit Universitäten (Lehrerbildung) und Lehrerfortbildungsinstitutionen zusammen.

Ein Pilotprojekt der deutschen UNESCO-Projektschulen ist die internationale Internetkonferenz „Agenda 21 NOW!“. Hier diskutieren Schülerinnen und Schüler aus über 50 Staaten einmal im Jahr über Aspekte der Nachhaltigkeit. Die deutschen UNESCO-Projektschulen setzen Konzepte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung auch in internationalen Seminaren um. So veranstalteten sie vom 2. bis 10. Dezember 2006 in Berlin einen Workshop für Jugendliche und Lehrkräfte aus arabischen Ländern und Europa zum Thema „Wie gestalten wir unsere Zukunft auf dem Fundament unterschiedlicher Kulturen? – Nachhaltigkeit lernen in einer Welt kultureller Vielfalt“.

Das vom AA geförderte Nationalkomitee für die Wasserprogramme der UNESCO und der Weltmeteorologieorganisation WMO organisierte mit der Universität Bochum im August 2007 erstmals eine Sommerschule für Studierende aus Entwicklungsländern über Wassermanagement im Gebirge. Unterstützt wurde weiter ein E-Learning Konzept für die universitäre Ausbildung in der Hydrologie, das gemeinsam von der RWTH Aachen und dem UNESCO-Lehrstuhl für nachhaltiges Wassermanagement entwickelt wurde.

Das AA hat im Jahr 2007 gemeinsam mit dem BMU die Arbeit der 13 deutschen UNESCO-Biosphärenreservate national und international vorgestellt, mit einem Schwerpunkt zu Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Heft „UNESCO heute – Modellregionen von Weltrang“ wurde auf mehreren Konferenzen vorgestellt, weltweit versandt und auf der Website des KulturKuriers (www.kulturkurierr.de) angeboten. Auch die vom AA geförderten Einrichtungen Deutsche IOC-Sektion (Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission) und das deutsche Nationalkomitee für das Internationale Geowissenschaftliche Programm der UNESCO agieren an der Schnittstelle von Forschung und Ausbildung. Sie tragen dazu bei, dass aktuelle Ergebnisse der Umweltforschung in Bildungsprozesse einfließen.

5.2.2 Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das BMAS fördert in seinem Zuständigkeitsbereich insbesondere eine qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Angebote des lebenslangen Lernens mit Hilfe arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Initiativen schwerpunktmäßig durch die Träger der Arbeitsförderung und die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Darüber hinaus ist die Erarbeitung weiterer Maßnahmen und Förderinstrumente zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Erwerbspersonen ein wichtiges Ziel des BMAS. Die Zusammenarbeit der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft im Ausbildungspakt fördert die Bereitstellung ausreichender Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für benachteiligte junge Menschen. Mit dem befristeten Ausbildungsbonus wird ein maßgeblicher Beitrag zur Reduzierung der zu hohen Zahl der Altbewerber geleistet.

Bildung ermöglicht und verbessert die Teilhabe am Arbeitsmarkt in jedem Lebensalter und legt den Grundstein für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben. Aus diesem Grund sind eine qualifizierte Ausbildung sowie ein lebenslanger systematischer Lernprozess für jede und jeden Einzelnen von großer Bedeutung.

Um das Wirtschaftswachstum von Morgen zu sichern und den demographischen Wandel in Deutschland zu meistern, bedarf es einer nachhaltigen Bildungspolitik, die der nachwachsenden Generation die erfolgreiche Gestaltung ihrer Bildungskarrieren sowie einen guten Start in die Berufstätigkeit ermöglicht und zugleich die Möglichkeit bietet, im weiteren Verlauf der Berufsbiografie Versäumtes nachzuholen und Neues zu erlernen. Nur auf diesem

Wege kann der künftige Fachkräftebedarf in Deutschland gedeckt werden.

Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft, dass für alle Mitglieder unserer Gesellschaft die Weichen für eine gute Qualifizierung gestellt sein müssen. Problematisch ist jedoch, dass in Deutschland soziale Herkunft und die Verteilung von Bildungschancen bislang noch zu eng miteinander verknüpft sind. Diesem Umstand soll u. a. durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, wie z. B. die Verankerung des Rechtsanspruchs auf Förderung der Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses für Jugendliche und Erwachsene, entgegengewirkt werden. In einer Zeit, in der Wechsel und Brüche in den Berufsbiographien häufiger werden und in der einmal erworbenes Wissen und Fertigkeiten nicht mehr ein ganzes Arbeitsleben lang ausreichen, bildet das lebenslange Lernen insbesondere im Rahmen von Weiterbildungsangeboten ein zentrales Element zum Erhalt und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit aller Erwerbstätigen. Die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) der Bundesregierung unterstützt den Ausbau lebenslangen Lernens insbesondere mit Hilfe eines thematischen Initiativkreises und Unternehmensnetzwerken. Das Sozialgesetzbuch III sieht u. a. die Förderung von Nachqualifizierungen Älterer und Geringqualifizierter in kleinen und mittelständischen Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten vor. Diese Förderung wurde zeitlich befristet (bis Ende 2010) ausgeweitet auf alle Arbeitnehmer, deren letzte Qualifizierung mindestens vier Jahre zurückliegt, unabhängig vom Alter und der Betriebsgröße. Insbesondere während Kurzarbeit sollen freie Zeitbudgets von Unternehmen und Beschäftigten zu Qualifizierung genutzt werden. Hierfür stehen in Umsetzung der Konjunkturprogramme Förderhilfen zur Verfügung, die auch für Qualifizierungen zu Nachhaltigkeitsthemen genutzt werden könnten. Menschen mit Migrationshintergrund können an Maßnahmen der Sprachförderung teilnehmen, die mit Elementen der beruflichen Bildung verknüpft werden, um so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Hierfür werden über das Programm „Stärkung der berufsbezogenen Sprachkompetenz für Personen mit Migrationshintergrund“ vom BMAS Fördermittel zur Verfügung gestellt.

5.2.3 Bundesministerium für Bildung und Forschung

Das BMBF hat im Berichtszeitraum mit einer Vielzahl von innovativen und zielgerichteten Programmen, Projekten, Initiativen und anderen Aktivitäten in den verschiedenen Bildungsbereichen sowie im Forschungsbereich dazu beigetragen, Bildung für nachhaltige Entwicklung auf den verschiedensten Ebenen weiter zu implementieren.

Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten war die Bereitstellung einer Plattform für die Umsetzung der UN-Dekade „Bil-

dung für nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland. Das BMBF fördert dazu die DUK mit jährlich 450 000 Euro. Im Berichtszeitraum konnte so eine „Organisationsstruktur“ (Nationalkomitee, Runder Tisch, thematische Arbeitsgruppen – vgl. Kapitel 3.2) fest etabliert werden, die auch die Zusammenarbeit vielfältiger Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft sicherstellt. Das BMBF fördert in diesem Kontext auch ein Internetportal (<http://www.bne-portal.de>). Ein weiterer Schwerpunkt war die Vertretung der deutschen Aktivitäten zur UN-Dekade auf internationaler Ebene in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt sowie ihre Präsentation innerhalb der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE).

Darüber hinaus hat das BMBF die „Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung – Startschuss für die zweite Halbzeit der UN-Dekade“ vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn mit insgesamt rund 1,5 Mio. Euro gefördert (vgl. insbesondere Kapitel 5.1). Organisatorisch und inhaltlich wurde das BMBF dabei auf Bundesebene insbesondere vom Auswärtigen Amt sowie den Bundesministerien für Umwelt und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt. Wesentliche vorbereitende Arbeiten erfolgten durch die Deutsche UNESCO-Kommission unter Einbeziehung internationaler und nationaler Expertinnen und Experten. Hervorzuheben sind weiterhin die Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz sowie mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn, die einzelne Aktivitäten im Rahmen der Konferenz auch finanziell begleiteten.

Insgesamt wurde auf der Konferenz deutlich, dass es sich bei Bildung für eine nachhaltige Entwicklung weltweit um eine gemeinsame Aufgabe handelt. Zugleich konnte ihr zentraler Beitrag für das Erreichen von Bildungsqualität herausgestellt werden. Darüber hinaus ist es sowohl in den Plenar- und Workshopsektionen als auch in der „Bonner Erklärung“ gelungen, deutsche Positionen sichtbar zu machen und zu verankern (vgl. dazu insbesondere Kapitel 8). Es ist vorgesehen, die Dokumentation der Konferenzergebnisse im Herbst 2009 zu veröffentlichen.

Forschungsprojekte zu Bildung für nachhaltige Entwicklung

In den letzten Jahren ist im Bildungsbereich die Hinwendung zu einer stärker an Erträgen orientierten Berichterstattung zu beobachten. Vor diesem Hintergrund werden zunehmend auch belastbare Aussagen zur Verbreitung und den Erfolgen von Bildung für nachhaltige Entwicklung in den verschiedenen Bildungsbereichen benötigt. Mitte 2007 wurde deshalb ein Projekt gestartet, das durch Transferforschung die Effekte des BLK-Programms „Transfer 21“ auf der Lehrer-, Schul- und Systemebene sowie auf die Unterrichtsgestaltung und die kognitiven Merkmale der Schülerinnen und Schüler untersucht. In einem weiteren Projekt wurde mit der Evaluation von Maßnahmen des NAP und der Dekade-Projekte begonnen. Darüber hinaus wird seit Anfang 2008 in einem interdisziplinären Projekt gemeinsam mit Österreich und der Schweiz an der Entwicklung von Indikatoren für Bildung für nachhaltige Entwicklung gearbeitet. Das BMBF

stellt für diese Projekte insgesamt rund 660 000 Euro zur Verfügung.

Außerdem ist das Projekt „Beitrag von Bildungsinstitutionen zur Förderung nachhaltigen Konsums bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (BINK)“ aus dem Kontext der Sozial-ökologischen Forschung zu erwähnen. Das Projekt untersucht die Entwicklung von Konsumbewusstsein und Gestaltungskompetenz im Handlungsfeld Konsum sowie konsumbezogenem Verhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bildungsinstitutionen (Fallstudien und Modellvorhaben). Vor dem Hintergrund einer Bestandsaufnahme von konsumbezogenen Aktivitäten in ausgewählten Bildungseinrichtungen und einer Sekundäranalyse ausgewählter Studien sowie eigener qualitativer Erhebungen zu „Jugend und Konsum“ soll in Modellprojekten gemeinsam ein Verständnis für eine nachhaltige Konsumkultur entwickelt werden, die formale und informelle Lernsettings miteinander verbindet und nachhaltiges Konsumverhalten (bewusstes Verhalten und Alltagsroutinen) fördert.

Allgemeine Bildung

BLK-Programme

Mit dem BLK-Programm „21“ wurde in den Jahren 1999 bis 2004 der Grundstein für die Verankerung des Themas Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Schulbildung gelegt. Mit dem Nachfolgeprogramm „Transfer 21“, das von August 2004 bis Juli 2008 lief, konnten mehr als 10 Prozent der Schulen in den beteiligten 14 Ländern erreicht werden. Darüber hinaus unterstützte das BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ den Partizipationsgedanken der Agenda 21.

Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB)

Im Rahmen dieses Programms unterstützt die Bundesregierung die Länder von 2003 bis 2009 mit insgesamt 4 Mrd. Euro beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Ganztagschulen (<http://www.ganztagschulen.org>). Bis 2008 wurden bereits 6 918 Schulen gefördert. Bundesweit stellt damit schon jede fünfte allgemein bildende Schule Ganztagsangebote zur Verfügung. Für die Ganztagschule kommen Fragen der Nachhaltigkeit auf vielen Ebenen zum Tragen (siehe auch die Darstellungen zu den Ländern; Kapitel 6):

- bei der Planung, Realisierung und Gestaltung von Gebäuden, Schulanlagen und Räumen,
- im Bereich der Gesundheitsprävention, z. B. im Hinblick auf eine rhythmisierte Gestaltung des Schultages mit Lern- und Entspannungsphasen sowie auf Fragen der Ernährung und Bewegung,
- im Unterricht und in außerunterrichtlichen Angeboten durch mehr Zeit und Gelegenheiten für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, z. B. in Projekten, Arbeitsgemeinschaften, Formen selbstgesteuerten Lernens und in der Hausaufgabenbetreuung,

- im Bereich des sozialen Lernens und der schulischen Partizipation,
- im Bereich der außerschulischen Umweltbildung,
- durch mehr Möglichkeiten der Kooperation mit außerschulischen Partnern aus dem sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Umfeld.

In der Zusammenarbeit der Ganztagschulen mit ihren Städten und Kommunen sowie dem sozialräumlichen Umfeld, z. B. den Lokalen Agenden, liegt ein besonderes Potenzial, Bildung für nachhaltige Entwicklung fest in der Schule zu verankern.

Um den effizienten Einsatz der IZBB-Mittel zu unterstützen, fördert der Bund in enger Abstimmung mit den Ländern und unter Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) das Begleitprogramm „Ideen für mehr! Ganztätig lernen“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Die Umsetzung erfolgt durch regionale Serviceagenturen in den Ländern. Es ist auch eine der Aufgaben dieses Begleitprogramms, die Ergebnisse der beiden BLK-Programme zur Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Ausgestaltung von Ganztagschulen zu nutzen. Darüber hinaus fördert der Bund im Rahmen der Begleitforschung die „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen – StEG“ sowie ergänzende Forschungen, z. B. zu den Auswirkungen der Implementierung von Ganztagschulen in Stadtteilen mit Problemlagen oder in dörflichen Sozialräumen, um Erkenntnisse für die regionale Bildungsplanung zur Verfügung zu stellen.

Naturwissenschaftliche Grundbildung

Einen besonderen Stellenwert für Bildung für nachhaltige Entwicklung hat eine naturwissenschaftliche Grundbildung, die den Erwerb anwendungsbezogenen naturwissenschaftlichen Wissens, das in einen gesellschaftlichen Bewertungskontext gestellt werden kann, zum Ziel hat. Die durch das BMBF geförderten so genannten Kontextprogramme haben dazu in besonderer Weise beigetragen. Sie knüpften an der Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler an und stellen naturwissenschaftliches Wissen in sinnstiftende Kontexte, die häufig dem Themenspektrum nachhaltiger Entwicklung (z. B. Energie, Klima, Ressourcen) entsprechen. Zu nennen sind: „Chemie im Kontext“ (2002 bis 2005), „Chemie im Kontext Transfer“ (2005 bis 2008), „Physik im Kontext“ (2003 bis 2006) und „Biologie im Kontext“ (2005 bis 2008). Ausgangspunkt für die Entwicklung der Kontextprogramme waren seit einigen Jahren diskutierte Probleme des naturwissenschaftlichen Unterrichts wie das geringe Interesse von Schülerinnen und Schülern an Naturwissenschaften und die tendenziell negativen Einstellungen gegenüber diesen Fächern. Allein für diese Programme hat das BMBF ca. 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Schulen ans Netz

Die vom BMBF geförderte Initiative „Schulen ans Netz“ widmet sich dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung im Rahmen des BMBF-Projektes „Naturwis-

senschaften entdecken!“ und beteiligt sich in diesem Kontext am Runden Tisch der UN-Dekade. Für seine Aktivitäten wurde „Naturwissenschaften entdecken!“ als Dekade-Projekt ausgezeichnet. Darüber hinaus fokussiert „Schulen ans Netz“ auf folgende Schwerpunkte:

- Transfer: Es wurde ein Transferbereich auf Lehrer-Online.de aufgebaut, der wichtige Ergebnisse aus dem BLK-Programm „Transfer 21“ an Lehrkräfte vermittelt (<http://www.lehrer-online.de/701865.php>).
- Unterrichtseinheiten: Speziell entwickelte Unterrichtsmaterialien zu Bildung für nachhaltige Entwicklung werden auf Lehrer-Online.de veröffentlicht und in einem eigenen Dossier zusammengefasst (<http://www.lehrer-online.de/bne.php>).
- Online-Lernmaterialien: Bisher entstanden zwei Module zu den Themen Artenvielfalt und Wasser. Weitere Module sind zum Thema regenerative Energien geplant (<http://www.naturwissenschaften-entdecken.de/701583.php>).

Wettbewerbe

Bürger initiieren Nachhaltigkeit

Der Wettbewerb „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ stellt ein Instrument zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2006 dar und wurde vom BMBF gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltigkeit zunächst befristet auf die Jahre 2005 und 2006 initiiert. „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ will gezielt die politischen Ziele der Nachhaltigkeit mit der bürgerschaftlichen Realisierung vor Ort verbinden und die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie mit den dort existenten Bedürfnissen zusammenbringen. Insgesamt konnten während des Förderzeitraums 2005/2006 42 Projekte im gesamten Bundesgebiet gefördert werden. Die Bundesregierung und der Rat für Nachhaltige Entwicklung wollen mit einem neuen Wettbewerb das bürgerschaftliche Engagement für eine nachhaltige Entwicklung revitalisieren. Unter dem Titel „Generationendialog in der Praxis – Bürger initiierten Nachhaltigkeit“ werden bis zu fünfzig wegweisende Initiativen mit insgesamt 100 000 Euro dotiert. Die Abschlussveranstaltung mit Preisverleihung ist am 27. Mai 2009 erfolgt.

Jugend forscht

Dieser europaweit bekannteste Wettbewerb im Bereich von Naturwissenschaften, Mathematik und Technik wird seit 1965 jährlich ausgerichtet. Er wendet sich an junge Menschen bis 21 Jahre. Das BMBF beteiligt sich an den laufenden Kosten und vergibt Sonderpreise. Steigende Anmeldezahlen – in 2008 haben sich über 10 000 Jugendliche beteiligt – und die hohe Qualität der präsentierten Arbeiten belegen die große Akzeptanz bei Schulen und Jugendlichen sowie deren außerordentliches Engagement. Arbeiten zu den Themen Umwelttechnik, Klimawandel und Naturschutz, die sich auch mit Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung befassen, gewinnen bei Jugend forscht zunehmend an Bedeutung. Beim Bundes-

finale 2008 widmeten sich fächerübergreifend rund 20 Prozent der Projekte derartigen Fragestellungen. Dabei interessierte die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler insbesondere auch die Anwendbarkeit und die Problemlösungskapazität ihrer Projekte. Präsentiert wurde z. B. eine Anlage zur Reduktion der Kohlendioxid- und Feinstaubemissionen von Privathaushalten. Eine weitere Arbeit befasste sich mit der Möglichkeit, das Mineral Porphyrit für die Rekultivierung von ehemaligen Tagebaustätten zu verwenden. Zudem stand auch die aktuelle Veränderung des Klimas im Fokus einer Reihe von Projekten. So wurde etwa die Stabilität des westantarktischen Eisschildes wie auch die Veränderlichkeit des Golfstroms in den vergangenen 2000 Jahren untersucht.

BundesUmweltWettbewerb

Der Wettbewerb wird vom BMBF gefördert und vom IPN seit 1990 jährlich bundesweit ausgeschrieben. Sein Ziel besteht in der Förderung des Umweltwissens der Teilnehmenden sowie von Selbstständigkeit, Kreativität und Engagement zur Problemlösung im Umweltbereich. Gemäß dem Wettbewerbsmotto „Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln“ sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ursachen von Umweltproblemen erkennen, nachhaltige Lösungen finden und diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten umsetzen. Aufgefordert zur Teilnahme sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 13 bis 21 Jahren. Dazu zählen Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen sowie der Fach- und Berufsschulen, Studierende, Auszubildende, Grundwehr- oder Zivildienstleistende sowie Teilnehmende am „Freiwilligen Ökologischen Jahr“. Seit 2005 wird der Wettbewerb nach zwei Altersgruppen differenziert durchgeführt. Die in den Projektarbeiten thematisierten Umweltprobleme sollen Bezug zum Lebens- und Erfahrungsbereich der Teilnehmenden aufweisen. Ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und technische Zusammenhänge der Umweltprobleme sollen in der schriftlichen Arbeit dargestellt und Problemlösungen im Sinne eines gesellschaftlich verantwortlichen Handelns entwickelt werden. Die Lösungsvorschläge müssen anderen nahe gebracht und in die Tat umgesetzt werden. Diese Leitlinien des BundesUmweltWettbewerbs fördern die Auseinandersetzung mit Fragen der gemeinsamen und nachhaltigen Gestaltung von Lebensräumen. Die bisher prämierten Wettbewerbsbeiträge zeigen facetten- und ideenreiche Lösungsansätze für aktuelle regionale und überregionale Umweltprobleme und sind herausragende Beispiele für fachlich hochwertige Arbeiten außerordentlich engagierter junger Menschen.

Förderprogramm Demokratisch Handeln

Der vom BMBF geförderte jährlich stattfindende Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ wurde 1989 ins Leben gerufen. Ziel ist es, Wissen und Urteilsfähigkeit sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, zu fördern und damit längerfristig zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beizutragen. Wettbewerbsbeiträge können auf folgenden Handlungsebenen angesiedelt sein: Sie können den Unterricht, die

dort behandelten Themen und Projekte, das Schulleben, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern oder das Zusammenwirken mit der Gemeinde durch Kooperationen mit außerschulischen Partnern betreffen. Seit 1999 kooperieren die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Thüringen in einem den Wettbewerb ergänzenden Projekt mit dem Ziel, die regionale Entwicklung beispielhafter Projekte sowie begleitende Maßnahmen in der Qualifikation von Schülerschaft sowie Lehrerinnen und Lehrern zu ermöglichen.

GLOBE-Programm

Das vom BMBF seit 1996 geförderte GLOBE-Programm (Global Learning and Observations to Benefit the Environment) ist ein internationales Schul- und Umweltprojekt, das in enger Zusammenarbeit zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Ziel war es, durch langfristige Beobachtung umweltrelevanter Faktoren ein tieferes Verständnis über das Zusammenwirken der Bereiche Klima, Gewässer und Boden zu erreichen. Mit GLOBE Germany wurden Forschung und Bildung für nachhaltige Entwicklung miteinander verknüpft. Um einen stärkeren Unterrichtsbezug zu gewährleisten, wurde GLOBE in 2004 vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt Köln an das IPN überführt. Basierend auf dieser Neuausrichtung des Programms konnten verstärkt innovative Unterrichtskonzepte für Schulen konzipiert, implementiert und evaluiert werden. GLOBE bot Schülerinnen und Schülern Gelegenheit, sich intensiv mit den wesentlichen Zielen von Bildung für nachhaltige Entwicklung auseinander zu setzen. Die gemeinsame Umsetzung erlernter Handlungsstrategien und die darauf aufbauende Entwicklung neuer Lösungsansätze ermöglichte ihnen eine aktive Mitwirkung an der lokalen Gestaltung nachhaltiger Entwicklung. Durch die internationale Vernetzung der in den GLOBE-Schulen durchgeführten Projekte wurden Kommunikationskompetenz sowie ein vertieftes Bewusstsein des globalen Kontextes lokaler Probleme vermittelt. Zum 31. Januar 2008 endete die Laufzeit des vom BMBF mit insgesamt 311.000 Euro finanzierten Programms.

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Neuordnung und Modernisierung der Ausbildungsberufe im dualen System

Die Schaffung neuer und die Modernisierung bestehender Ausbildungsberufe ist eine kontinuierliche Aufgabe des BMBF im Zusammenwirken mit dem Ordnungsgeber – i. d. R. das BMWi – unter Beteiligung der Fachressorts und mit Unterstützung durch das BIBB. Das BMBF ist bestrebt, die Erlangung von Gestaltungs- und Handlungskompetenzen im Sinne der Zusammenführung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und sozialer Verantwortung als übergreifende berufliche Qualifikationsanforderung in die Ausbildungsordnungen aufzunehmen.

Good-Practice-Agentur – GPA

Im BIBB wurde ein Internetportal zur Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (www.bibb.de/nachhaltigkeit) eingerichtet. Als gemeinsame Plattform dient sie dem Austausch und der Vernetzung der Akteure und Beteiligten in der Berufsbildung und fungiert mit ihrem Angebot an Praxisbeispielen, Materialien und Fachinformationen zur Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung als wichtige Informationsquelle in diesem Themenfeld. Dem Internetportal ist auch eine „Good-Practice-Agentur – GPA“ angegliedert. Im Rahmen eines Kooperationsprojektes des Instituts für Umweltschutz in der Berufsbildung (IUB) und des BIBB und mit Förderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) werden dort seit 2005 gelungene Praxisbeispiele vorgestellt sowie gewonnene Erfahrungen und Ergebnisse themenspezifisch zusammen geführt. Das von der DBU geförderte Drittmittelprojekt endet im Mai 2009. Danach wird die GPA in eine Informations- und Kommunikationsplattform integriert werden. Das Fortführungskonzept ist zunächst auf zwei Jahre begrenzt.

Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung“

Im Rahmen des Förderschwerpunktes „Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung“ werden 10 Modellversuche aus Mitteln des BMBF vom BIBB bis Ende 2009 gefördert und fachlich begleitet. Das breite Spektrum von Ansätzen behandelt konkret u. a. das prozess- und innovationsbegleitende Kompetenzmanagement für die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im ökologisch orientierten Fahrzeugbau, nachhaltiges Handeln als Anforderung in der Chemieausbildung sowie die Nachhaltigkeitsorientierung in der handwerklichen Aus- und Weiterbildung am Beispiel von Wärmedämmung im Gebäudebestand. Im Rahmen dieses Förderschwerpunktes sind bereits eine Reihe von Produkten entstanden zur Gestaltung von Lehr- und Lerneinheiten für die Aus- und Weiterbildung unter Nutzung diverser innovativer didaktischer Methoden und Konzepte (Blended-Learning, E-Learning, Simulationssoftware etc.), Modelle zur Messung von Nachhaltigkeit im Unternehmen, Beratungs- und Entwicklungskonzepte für das Handwerk, aber auch Beratungs- und Weiterbildungskonzepte für die Managementebene zur nachhaltigen Unternehmensausrichtung.

Forschungsvorhaben „Globalität und Interkulturalität als integrale Bestandteile beruflicher Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – GINE“

Das Forschungsvorhaben des BMBF „Globalität und Interkulturalität als integrale Bestandteile beruflicher Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – GINE“ zielte darauf, die Voraussetzungen für eine nachhaltigkeitsorientierte Curriculumsentwicklung zu beleuchten und liefert Erkenntnisse zum Verständnis des um Globalität und Interkulturalität erweiterten Nachhaltigkeitsbegriffs in der Berufsbildung und der beruflichen Bildung, aber auch zu Gestaltungsprinzipien, Indikatoren und Spielräumen für darauf bezogenes berufliches Handeln.

Es ist vorgesehen, die Ergebnisse des Modellversuchsförderschwerpunktes systematisch aufzubereiten, diese mit den Ergebnissen des Forschungsvorhabens GINE zusammenzuführen und weiter in die Praxis zu transferieren.

Berufliche Aus- und Weiterbildung im Rahmen der UNESCO-Weltkonferenz

Berufsbildungsfragen waren auch ein wichtiges Querschnittsthema der UNESCO-Weltkonferenz in Bonn. Zwei Workshops – „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Entwicklung von Qualifikationen und Kompetenzen für das Berufsleben“ („Developing Skills an Labour Force Competencies including TVET in Support of Sustainable Development“) und „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Arbeits- und Lebenswelt, House of NICA (Nachhaltigkeit in der chemischen Ausbildung)“ – befassten sich in diesem Kontext mit Berufsbildungsfragen. Der zweitgenannte Projektworkshop im Chemiepark Knapsack wurde vom BIBB in Zusammenarbeit mit den Beteiligten des Modellversuchs „NICA“ organisiert.

Querschnittsprojekt „Berufsbildung für eine nachhaltige Wald- und Holzwirtschaft“

Eingebettet in das Rahmenprogramm Forschung für Nachhaltigkeit (FONA) des BMBF führt das BIBB zum Förderschwerpunkt „Nachhaltige Waldwirtschaft“ das Querschnittsprojekt „Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Wald- und Holzwirtschaft – BI-FONA-Wald“ bis 2009 durch. Zu den Zielen gehören neben der Ermittlung der Qualifizierungsbedarfe entlang der Wald-Holz-Wertschöpfungskette und der Formulierung von Handlungsempfehlungen auch die Aufbereitung berufsbildungsrelevanter Ergebnisse aus den Forschungsverbänden, ihr exemplarisches Implementieren, der Transfer der Erkenntnisse in die Berufsbildungspraxis und die Vernetzung der Akteure im Bereich beruflicher Bildung.

Die Forschung für nachhaltige Waldwirtschaft wird verbunden mit der Kompetenzentwicklung im Beruf und der innovativen Weiterentwicklung des Lehrens und Lernens. Dabei werden die Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und soziale Verträglichkeit auf die gesamte Wertschöpfungskette bezogen und sowohl in globale als auch regionale Zusammenhänge eingebettet.

Im Rahmen der Praxiserprobung in einer Modellregion („Berliner Wald und Holz“) werden hier didaktisch-methodische Konzepte der Aus- und Fortbildung, neue Formen der Kooperation von Lernorten sowie innovative Kommunikations- und Präsentationsformen entlang der Wertschöpfungskette Wald-Holz entwickelt und erprobt. Damit wird ein Beitrag zur weiteren Verankerung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in den Berufen der Forst- und Holzwirtschaft geleistet, der auch Modellcharakter für andere Berufsbereiche haben kann. Das Querschnittsprojekt BI-FONA-Wald hat noch eine Laufzeit bis Februar 2010 (s. auch Gliederungspunkt „Forschungsförderung“, hier: Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“).

Hochschule

Fachprogramm „Studieren und Forschen für die Nachhaltigkeit“

Dieses Fachprogramm des Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) hat zum Ziel, Forschungsaktivitäten zum BMBF-Rahmenprogramm „Forschung für die Nachhaltigkeit – FONA“ durch gezielte Förderung von wissenschaftlichem Nachwuchs zu unterstützen. Mit der Maßnahme soll die internationale Fachkommunikation (Know how Transfer), Qualifizierung (Capacity Building) und Forschung zu ausgewählten Themenbereichen der Nachhaltigkeitsforschung wie Land- und Forstwirtschaft, biogene Ressourcen und Wasser unterstützt werden. Schwerpunktländer sind Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und die Mongolei. Mit dem Stipendienprogramm bietet der DAAD in Zusammenarbeit mit dem BMBF fachlich besonders qualifizierten Graduierten, Doktoranden und Postdoktoranden aus ausgewählten Ländern sowie Doktoranden aus Deutschland die Möglichkeit, in Deutschland bzw. im Ausland zu studieren und zu forschen. Es werden Individualstipendien sowie serielle Sommerschulen für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an einschlägigen Instituten, an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland zu Fachthemen der Nachhaltigkeit gefördert.

Leitfaden „Studium und Forschung zur Nachhaltigkeit“

Mit diesem vom BMBF erstellten Leitfaden liegt eine aktuelle und umfassende Zusammenstellung von Studienangeboten und Forschungseinrichtungen in Deutschland zur nachhaltigen Entwicklung vor. Der Leitfaden richtet sich gleichermaßen an diejenigen, die einen Studien- oder Praktikumsplatz suchen, wie auch an Beratungskräfte und Forschende. Er bietet in der beigelegten CD den im Feld der Nachhaltigkeitswissenschaften aktiven Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen umfassenden Überblick hinsichtlich der Studien- und Forschungsschwerpunkte in Deutschland. Beschrieben werden über 300 Studienangebote im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Neben Studieninhalten und beruflichen Zukunftsperspektiven wird über Studienvoraussetzungen und Kontaktmöglichkeiten informiert. Zusätzlich werden knapp 60 außeruniversitäre und 130 universitäre Forschungseinrichtungen präsentiert, die ihre Forschung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausrichten. Neben Forschungsschwerpunkten, Ausstattung und Kontaktinformationen werden u. a. Zukunftsperspektiven der Einrichtungen sowie Praktikumsmöglichkeiten dargestellt.

Allgemeine Weiterbildung, lebenslanges Lernen

Alphabetisierung und Grundbildung

Die Weltalphabetisierungsdekade der Vereinten Nationen sieht vor, die Anzahl der Analphabeten weltweit bis Ende 2012 spürbar zu verringern und Grundbildung als ein Menschenrecht für alle zu realisieren. Auch vor diesem Hintergrund hat das BMBF für Forschungs- und wissenschaftlich begleitete Entwicklungsaufgaben im Bereich

Alphabetisierungs-/Grundbildungsarbeit mit Erwachsenen einen Förderschwerpunkt eingerichtet und unterstützt damit im Rahmen seiner Zuständigkeit gleichzeitig die vielfältigen Aktivitäten der Länder in diesem Bereich. Gefördert werden Kooperationsverbände, in denen Forschungseinrichtungen und Einrichtungen der Weiterbildungspraxis (Weiterbündungsverbände, -einrichtungen, -initiativen) gemeinsam ein Vorhaben bearbeiten. Insgesamt werden 27 Verbundprojekte, die über 100 Einzelprojekte umfassen, gefördert. Für den Förderschwerpunkt stehen insgesamt 30 Mio. Euro im Zeitraum von 2007 bis 2012 zur Verfügung.

Weitere Beispiele aus der Projektförderung

Mit Blick auf Bildung für nachhaltige Entwicklung fördert das BMBF im Bereich der allgemeinen Weiterbildung weitere innovative Projekte. Ziel des Projekts „Gut leben in der EINEN WELT“ der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und Misereor ist z. B. die Entwicklung und Erprobung eines Konzepts, mit dem hauptamtliche und nebenamtliche Erwachsenenbildner motiviert und qualifiziert werden können, Themen einer nachhaltigen Entwicklung in ihre alltägliche Bildungsarbeit zu integrieren, die Programmentwicklung ihrer Bildungseinrichtungen zu ergänzen sowie EinWelt-Projektgruppen zu initiieren und zu begleiten. Das Vorhaben „Motivation und Qualifikation älterer Erwachsener für bürgerschaftliches Engagement“ (Arbeit und Leben e.V.) will ältere Menschen, die bereits in der gewerkschaftlichen Arbeit, als Personal- oder Betriebsräte oder in anderen Bereichen engagiert sind oder waren, für die nachberufliche ehrenamtliche Arbeit gewinnen, motivieren und befähigen. Mit dem Projekt „AQUILLO: Aktivierung und Qualifizierung erlebnisorientierter Lernorte (Freizeit- und Erlebniswelten)“ (IFKA Bielefeld) werden Freizeitparks, Museen, Science Center und ähnliche Einrichtungen angeregt und unterstützt, das Bildungspotenzial ihrer Einrichtungen zu aktivieren und zu optimieren. Dabei stehen Themenfelder wie Nachhaltigkeit, Ökologie und Umwelt im Mittelpunkt.

Konzeption für das Lernen im Lebenslauf

Die Bundesregierung hat im April 2008 die Konzeption für das Lernen im Lebenslauf auf Grundlage der Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung beschlossen. In diesem Rahmen werden verschiedene Maßnahmen, u. a. zur Bildungsberatung, geplant, um alle Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensphasen und Lebensbereichen, an verschiedenen Lernorten und in vielfältigen Lernformen für das lebenslange Lernen zu motivieren und zu unterstützen. Dabei sollen auch das nicht-formale und informelle Lernen stärker einbezogen und anerkannt werden. Es werden auf Nachhaltigkeit gerichtete Maßnahmen konzipiert und umgesetzt, die auf den vorhandenen Bildungsstrukturen, Aktivitäten und Erfahrungen aufbauen und einen strukturierten Rahmen lebenslangen Lernens abstecken, der kontinuierlich weiterentwickelt werden soll.

Forschungsförderung

Rahmenprogramm „Forschung für die Nachhaltigkeit – FONA“

Mit diesem Rahmenprogramm (<http://www.fona.de>) mit einer Laufzeit von 2004 bis 2009 fördert das BMBF gezielt Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung mit 800 Mio. Euro. Sein interdisziplinärer und anwendungsorientierter Ansatz spiegelt die innovative Weiterentwicklung bisheriger Forschungskonzepte und -ergebnisse wider. Im Mittelpunkt des Rahmenprogramms stehen die vier Aktionsfelder: Nachhaltigkeit in Industrie und Wirtschaft, nachhaltige Konzepte für Regionen, nachhaltige Nutzung von Ressourcen und Strategien für gesellschaftliches Handeln. Das Rahmenprogramm verbindet dabei technologischen Fortschritt mit gesellschaftlichen Prozessen und zielgerichtetem Transfer in das Bildungssystem. Durch die Verankerung von begleitenden Bildungsmaßnahmen wird das forschungspolitische Ziel einer stärkeren Vernetzung von Forschung und Bildung sowie einer Verbreitung von Forschungsergebnissen umgesetzt.

Die Stärkung des Transfers von Forschungsergebnissen in Bildung (Schule, Berufsbildung, Hochschule) ist beispielsweise im BMBF-Förderschwerpunkt „Nachhaltige Waldwirtschaft“ neben der transdisziplinären Forschung von Wissenschaft und Wirtschaft und der internationalen Ausrichtung der Forschung verankert. Als Pilotmaßnahme wurde hier u. a. erstmalig gemeinsam mit dem BIBB das in diesem Abschnitt bereits beschriebene Querschnittsprojekt „BI-FONA-Wald“ implementiert. Vor dem Hintergrund der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der UN-Dekade wird im Förderschwerpunkt auch ein Fokus auf Methoden- und Instrumentenforschung (z. B. eLearning, Umweltkommunikation) für die allgemeine und schulische Bildung gelegt. So thematisiert das Vorhaben Mensch und Wald „Social Marketing und Bildung für eine nachhaltige Waldwirtschaft“. Es werden Konzepte für zielgruppengerechte, integrierte Social Marketing- und Bildungsstrategien zur Unterstützung einer nachhaltigen Waldwirtschaft auf nationaler und regionaler Ebene sowie ein Kommunikationshandbuch „Nachhaltige Waldwirtschaft“ erarbeitet. Ein neues BMBF-Rahmenprogramm zur Forschung für die Nachhaltigkeit steht kurz vor der Veröffentlichung; im Fokus stehen dabei die zentralen Themen Klima, Ressourcen und Gesellschaft. Die internationale Ausrichtung soll weiter gestärkt werden, zum einen auf europäischer Ebene, insbesondere in Richtung Mittel- und Osteuropa sowie im Dialog mit wichtigen Entwicklungs- und Schwellenländern. Außerdem wird FONA durch eine stärkere Vernetzung von Grundlagen- und Anwendungsforschung erweitert, insbesondere im Bereich der Erdsystemforschung. Zur Identifizierung von Ursachen, die nachhaltigen Konsummustern entgegenstehen, existiert seit 2008 ein Forschungsvorhaben unter dem Titel „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“. Weiterhin ist es Ziel der Bekanntmachung, die Verhaltensweisen des Individuums sowie förderliche und hinderliche Rahmenbedingungen zu analysieren. Die Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten sollen Verbrauchern und Wirtschaft Handlungs-

möglichkeiten für einen sozial und ökologisch verträglichen, energie- und materialeffizienten Konsum aufzeigen.

Sozial-ökologische Forschung

Seit 1999 fördert das BMBF die sozial-ökologische Forschung (<http://www.sozial-oekologische-forschung.org>). Dieser Forschungsschwerpunkt zeichnet sich dadurch aus, dass Wissen fachübergreifend zusammengeführt wird, um zur Lösung konkreter gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsprobleme und damit zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beizutragen. In aller Regel erfordert die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit konkreten gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsproblemen ein Zusammenwirken von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Natur- und Gesellschaftswissenschaften. In der sozial-ökologischen Forschung wird der naturwissenschaftliche Ansatz der Umweltforschung um die gesellschaftliche Dimension erweitert. So werden auch gesellschaftliche Akteure – z. B. Verbraucher, Kommunen, Unternehmen und NROs – in den Forschungsprozess (u. a. bei der Problem- und Zielbeschreibung) einbezogen. Dabei sind kontinuierliche Dialoge mit diesen Akteuren und der allgemeinen Öffentlichkeit substanzieller Bestandteil. Dadurch werden intensive Lerneffekte bei den Akteuren, aber auch in der Wissenschaft selbst, ausgelöst. Das BMBF unterstützt die sozial-ökologische Forschung durch Projekt- und Nachwuchsförderung sowie infrastrukturfördernde Maßnahmen für wissenschaftlichen Austausch (z. B. Gastwissenschaftlerprogramm, internationaler Austausch), Themengenerierung, Wissensmanagement, Methodenentwicklung und Wissenstransfer.

Die Projektförderung greift aktuelle gesellschaftliche Probleme auf, die sich aufgrund von Zielkonflikten zwischen dem gesellschaftlichen System und der natürlichen Umwelt ergeben haben. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei z. B. Agrarwende, Ernährung, Umbau der Ver- und Entsorgungssysteme, Klimawandel, nachhaltiger Konsum, Stadtentwicklung, Regionalentwicklung und Gefährdung durch systemische Risiken.

Der Nachwuchsförderung kommt eine besondere Bedeutung zu. Zwischen 2002 und 2008 konnten sich in neun Nachwuchsgruppen aus Hochschulen und Umweltforschungsinstituten rund 50 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit inter- und transdisziplinären Forschungsthemen qualifizieren. Das Fördervolumen betrug insgesamt 14 Mio. Euro. In 2008 begann eine zweite Phase, von der 12 Teams profitieren. Die Nachwuchsförderung hat nachweislich zu einer Verankerung des Themas nachhaltige Entwicklung sowie einer Stärkung inter- und transdisziplinärer Forschungszugänge in den Hochschulen beigetragen. Ein weiterer Effekt liegt in der Förderung des weiblichen Nachwuchses im Wissenschaftssystem. Die Frauenquote liegt mit über 60 Prozent deutlich höher als in der klassischen Umweltforschung. Zudem wird etwa die Hälfte der bisher und zukünftig geförderten Gruppen von einer Wissenschaftlerin geleitet. Die Nachwuchsgruppen beschäftigen sich mit konkreten ökologischen Problemen und deren Lösungen, wobei der

Fokus auf die Handlungsmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Akteure, Gruppen und Organisationen gerichtet ist. In diesem Zusammenhang finden auch geschlechtsspezifische Unterschiede Beachtung.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Das Heranführen der jungen Generation an Forschungsthemen, die für Umwelt und Nachhaltigkeit relevant sind, hat in der Forschungsförderung eine große Bedeutung. Dazu leisten z. B. auch die in der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) zusammengeschlossenen Forschungszentren einen wichtigen Beitrag. So werden derzeit von den Helmholtz-Zentren an 18 Standorten Experimentallabore für junge Menschen bereitgestellt. In vielen dieser Schülerlabore geht es um Fragestellungen der Umweltforschung und um das Verständnis für die Einflüsse des Menschen auf die Natur. Beispielsweise thematisiert das Schülerlabor des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven die Bedeutung von Algen für den Kohlendioxid-Kreislauf, in den Forschungszentren Jülich und Karlsruhe geht es um die Beschaffenheit und die Funktion des Bodens als Trinkwasserspeicher oder für das Pflanzenwachstum. Im Schülerlabor des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle stehen „Umweltgifte im Visier“. Experimente z. B. zum Biomonitoring zeigen den Schülerinnen und Schülern die Auswirkungen von Schadstoffen auf Bakterien, Pilze und Fischeier und bieten somit einen Einblick in die Komplexität moderner Umweltforschung. Darüber hinaus beschäftigt sich u. a. der Forschungsbereich „Erde und Umwelt“ der HGF mit den wesentlichen Herausforderungen, die durch das Wachstum der Erdbevölkerung und den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen entstanden sind. Aus diesem Grund werden in verschiedenen Programmen, insbesondere „Nachhaltige Nutzung von Landschaften“ oder „Nachhaltige Entwicklung und Technik“, Wissensgrundlagen für konkrete umweltpolitische Zielsetzungen erarbeitet.

Des Weiteren fördert das BMBF die Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Insbesondere das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung, das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung und das Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften führen in unterschiedlichem Umfang Vorhaben zur Bildung für nachhaltige Entwicklung durch.

5.2.4 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Das BMELV ist der nachhaltigen Entwicklung besonders verpflichtet. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft gestalten die nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Ressourcen und damit die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen in besonderer Weise mit. Das BMELV unterstützt Betriebe darin, wirtschaftlich erfolgreich und umweltgerecht hochwertige Nahrungsmittel und Rohstoffe zu erzeugen. Ein weiterer Schwerpunkt sind Initiativen, die die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume fördern. Zudem werden Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt, ihr Konsum- und Er-

nährungsverhalten im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu gestalten. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist daher im BMELV in vielen Aktivitäten verankert.

Bundesprogramm Ökologischer Landbau

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau wurde in 2002 aufgelegt und soll bis 2015 fortgesetzt werden. Im Rahmen dieses Programms werden verschiedene Aktivitäten zur Information über den ökologischen Landbau und seine Erzeugnisse initiiert. Die Maßnahmen richten sich sowohl an Wirtschaftsakteure in Erzeugung, Verarbeitung und Handel als auch an Kinder, jugendliche und erwachsene Verbraucherinnen und Verbraucher. Einbezogen werden ferner auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Institutionen (z. B. Vorschulen, Schulen und Weiterbildungsinstitutionen) und Verbänden (z. B. Wirtschafts-, Verbraucher-, Umwelt-, Naturschutzverbände). Damit trägt es gleichzeitig zur Erreichung des Ziels der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bei, den Anteil des biologischen Landbaus an den Anbauflächen in den nächsten Jahren auf 20 Prozent zu erhöhen. Folgende Maßnahmen tragen in besonderem Maße zur Bildung für nachhaltige Entwicklung bei:

- In den ersten Jahren wurde eine Vielzahl von methodisch aufbereiteten Informationsmaterialien über Bio-Produkte für den Einsatz in allgemein bildenden Schulen, in einschlägigen Berufs- und Fachschulen sowie in der Weiterbildung entwickelt und den Bildungseinrichtungen u. a. über das Internet (www.oekolandbau.de/lehrer/) zur Verfügung gestellt. Für alle Schulformen steht im Öko-Schulportal eine Vielzahl an Unterrichtsmaterialien zu verschiedensten Themen zur Verfügung. Die Materialien umfassen sowohl methodisch-didaktische Hinweise für die Lehrkräfte als auch Arbeitsmaterialien für die Schülerinnen und Schüler. Hinzu kommen Vorschläge für Projekte und außerschulische Lernorte.
- Seit 2003 haben Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 10 aller Schularten die Möglichkeit, am jährlichen Schülerwettbewerb „Bio find ich kuh-“ (www.bio-find-ich-kuhl.de) teilzunehmen. Die besten Beiträge werden mit der „kuhlen Kuh“ ausgezeichnet. Seit Beginn haben sich rund 20 000 Schülerinnen und Schüler am Wettbewerb beteiligt. In die Bewertung der Beiträge fließt auch die Intensität der Auseinandersetzung mit der Thematik des ökologischen Landbaus ein.
- In speziellen Veranstaltungen und Workshops erhalten Verpflegungsverantwortliche, insbesondere in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, die Möglichkeit, sich mit Fragen der gesunden Ernährung sowie den Möglichkeiten zur Integration von Bio-Produkten in die Speiseplanung auseinanderzusetzen. Seit 2002 wurden bislang unter dem Logo „Bio kann jeder!“ (www.biokannjeder.de) bundesweit insgesamt über 500 Informationsveranstaltungen durchgeführt und mehr als 12 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht.

Im Jahr 2008 wurde das Bundesprogramm Ökologischer Landbau als Maßnahme in den Nationalen Aktionsplan der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aufgenommen.

Berufsbildung im „grünen Bereich“

Bildung und Qualifizierung sind vor dem Hintergrund geänderter immer neuer Herausforderungen in den Betrieben und für die Gesellschaft auch für Gartenbau, Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft eine entscheidende Zukunftsinvestition zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung. Die Sicherung des Bedarfs der Unternehmen des Agrarbereichs an hoch qualifizierten Fach- und Führungskräften ist ein wesentliches Element der Zukunftssicherung, insbesondere in Zeiten des demographischen Wandels. Zur Unterstützung der steigenden Aktivitäten für die Nachwuchssicherung der Agrarwirtschaft sieht das BMELV eine Verantwortung in der Schaffung der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Im Rahmen der kontinuierlichen Modernisierung und Anpassung von Regelungen zur landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung wird besonderer Wert darauf gelegt, dass neben den Umweltaspekten auch die weiter gehenden Nachhaltigkeitsaspekte in diese Regelungen integriert werden.

Die Ausbildungsberufe des Agrarbereichs schreiben bereits seit Jahren in ihrem Berufsbild konkrete, im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens erforderliche Qualifikationsanforderungen verbindlich fest. So wurde in die Ausbildungsordnungen eine Berufsbildposition eingeführt, die sich neben ökologischen und ökonomischen Kompetenzen auf die zielgerichtete Vermittlung von Sozialkompetenzen in der betrieblichen Erstausbildung orientiert. Mit der konsequenten Umsetzung komplexer, ganzheitlicher Prüfungsmethoden in den agrarischen Aus- und Fortbildungsordnungen wurde der Aspekt des Erwerbs und des Nachweises von Schlüsselqualifikationen im Sinne nachhaltigen Handelns erheblich verstärkt.

Die Umsetzung des in der Agenda 21 verankerten Nachhaltigkeitsgedankens in die Ausbildungspraxis bedarf allerdings noch weiterer Anstrengungen, insbesondere auch bei der Weiterbildung der betrieblichen Ausbilder und der Ausbildungsberater. Die Geschwindigkeit und der Umfang, mit dem Nachhaltigkeitsaspekte zum integrativen Bestandteil der betrieblichen Bildungspraxis werden, hängen allerdings auch entscheidend vom Grad der Durchsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in Wirtschaft und Gesellschaft ab. Angesichts der Tatsache, dass die Elemente der Nachhaltigkeit selbstverständlicher Bestandteil von Produktionsprozessen im Agrarbereich sind, bestehen gute Voraussetzungen für den weiteren Umsetzungsprozess.

Informationsveranstaltungen und Modellvorhaben

Bei der Förderung bundesweiter Informationsveranstaltungen, die von Organisationen des ländlichen Raums (u. a. Landjugend- und Landfrauenverbände) durchgeführt werden, bilden Themen mit Bezug zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung einen wesentlichen

Schwerpunkt. Diese Maßnahmen sind nicht nur auf die unmittelbar im landwirtschaftlichen Bereich Tätigen zugeschnitten, sondern richten sich an die Gesamtheit der im ländlichen Raum lebenden Menschen. Die zahlreichen Träger im Bereich der agrarischen Weiterbildung bieten vielfältige Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums an und führen Projekte durch.

Die mit Förderung des BMELV durchgeführten Wettbewerbe für Auszubildende in landwirtschaftlichen Berufen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich unter dem Aspekt eines verantwortungsbewussten und nachhaltigen Wirtschaftens weiterentwickelt. Als ein wesentlicher Effekt dieser Wettbewerbe hat sich das nachweisbar hohe gesellschaftliche Engagement erfolgreicher Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmer in ihrem späteren beruflichen Leben herausgestellt.

Zur Umsetzung und Verbreitung von Handlungsstrategien, die sich auf den Nachhaltigkeitsgedanken stützen, werden vom BMELV auch Modellvorhaben im Bereich der Bildung genutzt. Das Modellvorhaben „Umstellungs- und Betriebsentwicklungsbegleitung für Betriebe des ökologischen Landbaus (Coaching in der Landwirtschaft)“ diente der Umsetzung des lebenslangen Lernens durch die Einführung einer neuen Methode der Weiterqualifizierung für Betriebsleiterinnen und -leiter. Dieses sehr erfolgreiche Vorhaben hat zu wesentlichen Impulsen für eine Verbreitung dieser modernen Weiterbildungsmethode im Agrarbereich geführt.

In dem erfolgreich abgeschlossenen Modellvorhaben „Generationswechsel in der Landwirtschaft – Zukunftsorientierte Qualifizierung von Führungskräften für landwirtschaftliche Unternehmen unterschiedlicher Rechtsformen“ wird – auch mit Blick auf die demographische Entwicklung in Deutschland – erprobt, mit welchen Methoden einem erwarteten Führungskräftemangel begegnet werden kann. Dabei werden Konzepte der Rekrutierung von Nachwuchskräften, der Begleitung in der Einführungs- und Übergabephase zwischen der ausscheidenden und nachfolgenden Führungskraft ebenso praktisch erprobt, wie begleitende Schulungsangebote für Führungskräfte. Ein wesentliches, sich bereits abzeichnendes Ergebnis des Modellvorhabens ist, dass dem Aspekt Sozialkompetenz in diesen Prozessen eine wesentlich größere Bedeutung zukommt als bisher angenommen. Die wesentlichen Ergebnisse des Modellvorhabens können als Leitfaden durch das BMELV zur Verfügung gestellt werden.

Das Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“ das im Dezember 2007 ausgelaufen ist, hatte die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums im Fokus. Im Vordergrund standen dabei jeweils auf die Region bezogene individuelle Ansätze und Lösungen. Es sollten sichtbare Zeichen für die stärkere Orientierung der regionalen Akteure auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit gegeben werden. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten in den Modellregionen war die Stärkung der Verbraucherorientierung sowie der Natur- und Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft. Zur Ver-

besserung der Kenntnisse über die Erzeugung von hochwertigen regionalen Lebensmitteln gab es in den Regionen u. a. Weiterbildungsangebote für bestimmte Berufsgruppen, Informationskampagnen für die Bevölkerung, Angebote für Kindergärten und Schulklassen. Spezielle Bildungsangebote wurden in einzelnen Regionen auch in den Bereichen „Energieeffizienz“ und „Bioenergie“ entwickelt. Ein zentrales Ziel des Modellvorhabens war die Verstärkung, d. h. die Fortführung der aufgebauten Prozesse über die Laufzeit hinaus aus eigener Kraft der Regionen oder über andere Fördermöglichkeiten. In den meisten Regionen ist es gelungen dauerhaft tragfähige Entwicklungen zu erreichen. Ein ausführlicher Bericht über die Ergebnisse und Erfahrungen von Regionen Aktiv kann beim BMELV bezogen werden ist auch im Internet (www.modellregionen.de) verfügbar.

Nachwachsende Rohstoffe – Bildungsmaßnahmen unter Mitwirkung von BMELV/FNR

Im Klimapaket der Bundesregierung spielt der Ausbau der erneuerbaren Energien und mit ihm die Bioenergie aus nachhaltiger Produktion eine zentrale Rolle. Schon heute ist Bioenergie der wichtigste regenerative Energieträger in Deutschland. Nachwachsende Rohstoffe leisten darüber hinaus auch einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Steigerung der Wertschöpfung sowie zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen.

Das BMELV fördert über seinen Projektträger, die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR), nicht nur zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die sich mit der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Biomasse beschäftigen. Es werden außerdem Lehrmaterialien zu nachwachsenden Rohstoffen erstellt, die auch auf die nachhaltige Produktion von Biomasse eingehen.

Mit den Lehrmaterialien sollen verschiedene Zielgruppen und Altersstufen erreicht werden. Die beiden bereits verfügbaren Materialien – „Nachwachsende Rohstoffe – Aus dem Kreislauf der Natur“ und die Arbeitsmappe „Bauer Hubert“ – sind für die Grundschule konzipiert. Zwei geplante Unterrichtspakete richten sich an die Sekundarstufe I und II für den Einsatz in den Fächern Chemie, Biologie, Geographie, Sozialkunde und Physik bzw. an landwirtschaftliche Fachschulen.

Verbraucherbildung und -information

Verbraucherbildung und -information spielen nach wie vor eine wesentliche Rolle für eine stärkere Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsprinzipien. Das Konsumverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher hat einen großen Einfluss darauf, ob sich nachhaltige Verfahren für die Herstellung und Vermarktung von Produkten langfristig durchsetzen; gleichzeitig liegen in einem nachhaltigen Konsum aufgrund der Qualität und Energieeffizienz ihrer Produkte große Chancen für die deutsche Wirtschaft. Informationsmaßnahmen sollen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, wie Kriterien der Nachhaltigkeit beim täglichen Einkauf wie auch bei größeren Anschaffungen

und deren Nutzung Berücksichtigung finden können und so Einstellungs- und Verhaltensänderungen im Sinne der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung anstoßen. Ernährungs- und Verbraucheraufklärung sollte möglichst früh beginnen, da im Kindes- und Jugendalter Gewohnheiten erworben und gefestigt werden. Nachhaltigkeitsprinzipien sowie Aspekte eines nachhaltigen Konsumverhaltens und einer gesunden Ernährung wurden den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie spezifischen Zielgruppen im Berichtszeitraum durch folgende Aktivitäten vermittelt: Mit der Informationsmaßnahme „ECHT GERECHT. Clever Kaufen“ der Bundesregierung, die nach zweijähriger Laufzeit im Dezember 2006 endete, wurden Verbraucherinnen und Verbrauchern die Zusammenhänge zwischen dem individuellen Konsumverhalten und den Umwelt-, Lebens- und Arbeitsbedingungen dargestellt und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Ziel war, darauf aufmerksam zu machen, wie Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihren alltäglichen Konsumscheidungen auf den Umgang mit der Umwelt, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die soziale Gerechtigkeit Einfluss nehmen können. Im Rahmen der Maßnahme wurden darüber hinaus ab Oktober 2005 insgesamt 13 Informationsprojekte zu spezifischen Themen des nachhaltigen Konsums gefördert und dabei bürgerschaftliches Engagement unterstützt.

Mit der Förderung der EcoTopTen-Initiative wurde ein wissenschaftlich fundiertes Instrumentarium zur Förderung von nachhaltigem Konsum und Produktinnovationen im Massenmarkt entwickelt. Dabei wurden wissenschaftlich abgesicherte Kriterien zu Produktqualität, Umweltauswirkungen, Kosten und sozialen Fragen für konkrete Produktgruppen erarbeitet und das tatsächliche, markttypische Warenangebot nach diesen Kriterien bewertet. Im Ergebnis werden den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch die jährlichen Gesamtkosten aufgezeigt und somit transparent gemacht, was die Produkte „wirklich“ kosten. Es wird also nicht nur der Kaufpreis verglichen, sondern es fließen auch die Folgekosten in die Bewertung ein. Mit den übersichtlichen Produktbewertungen, der vorgenommenen Reihung (Rankings) sowie Hinweisen über nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten werden Verbraucherinnen und Verbraucher solide und handhabbare Informationen verfügbar gemacht. EcoTopTen wird vom Öko-Institut e. V. in Zusammenarbeit mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) durchgeführt. BMELV und BMBF haben die Durchführung von 2005 bis März 2007 gefördert. Die Maßnahme ist bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der Wirtschaft auf gute Resonanz gestoßen. Seit Oktober 2007 wird EcoTopTen im Rahmen einer dreijährigen Förderung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt weitergeführt.

Ein neuer Schwerpunkt der Verbraucherinformation über nachhaltigen Konsum ist das Thema Unternehmensverantwortung. In der Öffentlichkeit steigt das Interesse daran, inwieweit Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung (Corporate Social Responsibility) gerecht werden. Der Bedarf an unabhängiger Information zu diesem Thema ist hoch. Das BMELV hat im Rahmen seiner

Verbraucherinformation und Projektförderung das Thema Unternehmensverantwortung gezielt aufgegriffen. Seit 2008 gibt die Stiftung Jugend und Bildung – gefördert vom BMELV – unterrichtsbegleitendes Material für Berufsschulen unter dem Titel „Mit Verantwortung – sozial und ökologisch handeln im Unternehmen“ heraus, um Auszubildende aller Berufsgruppen für das Thema CSR zu sensibilisieren. Des Weiteren hat BMELV unter dem Titel „Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ einen Verbraucherleitfaden zum Thema CSR publiziert.

Um speziell jungen Menschen aufzuzeigen, wie sie sich in ihrem Alltag nachhaltiger verhalten können, hat UNEP/UNESCO die bereits 2002 gestartete Initiative „Youth XChange – training kit on responsible consumption“ 2007 fortentwickelt und international in 20 Sprachen publiziert. Die Herausgabe der deutschsprachigen Ausgabe der zugehörigen Broschüre ist unter Federführung des BMELV für 2009 vorgesehen. Damit wird auch für die jugendlichen Leserinnen und Lesern deutlich, dass sie Teil eines globalen Netzwerks auf dem Weg zu einem nachhaltigen Lebensstil sind.

Bildung und Information über Ernährung, Bewegung und Gesundheit

Gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sind die Voraussetzungen für Wohlbefinden und Lebensqualität und legen die Grundlage für eine aktive und leistungsfähige Gesellschaft. Übergewicht ist maßgeblich beteiligt an der Entstehung von Zivilisationskrankheiten. Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist es, dass der Anteil der übergewichtigen/adipösen Menschen in Deutschland bis 2020 wieder zurückgeht. Derzeit weisen 13,6 Prozent aller Erwachsenen einen Body-Mass-Index über 30 auf und werden damit als adipös eingestuft.

Deshalb hat die Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten mit dem Titel „IN FORM- Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ am 25. Juni 2008 beschlossen. Der Nationale Aktionsplan „IN FORM“ wird vom BMELV und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) getragen. Bei der Erarbeitung waren Ressorts, Länder und Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingebunden. Der Umsetzung des Aktionsplans ist ein wichtiges Handlungsfeld im BMELV-Nachhaltigkeitskonzept gewidmet.

Der Nationale Aktionsplan „IN FORM“ versteht sich als nationale Strategie zur Stärkung und Etablierung gesundheitsförderlicher Alltagsstrukturen durch gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung. Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 das Ernährungs- und Bewegungsverhalten in der gesamten Bevölkerung nachhaltig zu verbessern und die Zunahme von Krankheiten zu verringern, die durch einen ungesunden Lebensstil mit einseitiger Ernährung und Bewegungsmangel mit verursacht werden. Mit „IN FORM“ soll in Deutschland ein Umfeld geschaffen werden, in dem ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung in allen Lebensbereichen fest verankert sind.

Auf der Website www.in-form.de werden zielgruppen-spezifische Informations- und Aufklärungsmaterialien zur Verfügung gestellt.

Zur Umsetzung des Aktionsplans sollen die bereits vorhandenen vielfältigen Initiativen gebündelt und verstetigt werden. Zudem werden verschiedene bundesweite Maßnahmen und Modellprojekte durch den Bund gefördert.

Ein Baustein zur Ernährungsbildung ist der „aid-Ernährungsführerschein“, ein Unterrichtskonzept für Kinder der dritten Klassen; er hat eine breite Anwendung gefunden. In sechs Einheiten wird der praktische Umgang mit Lebensmitteln, ergänzt durch wichtige Informationen über eine ausgewogene Ernährung, vermittelt. Das BMELV fördert im Rahmen von IN FORM die Verbreitung des aid-Ernährungsführerscheins in den Schulen durch Multiplikatoren.

Im Modellprojekt „KINDERLEICHT-REGIONEN“ erarbeiten 24 regionale Netzwerke Best-Practice-Beispiele für Ernährungsaufklärung und Verhältnisprävention, die zeigen, mit welchen Methoden, über welche Zugangswege und mit welchen Partnern der Entstehung von Übergewicht bei Kindern frühzeitig und dauerhaft entgegenge-wirkt werden kann. Damit sollen Strukturen geschaffen werden, die auch nach Beendigung der Förderung bestehen bleiben.

Das im Rahmen von IN FORM geförderte Modellprojekt „gesunde kitas. starke kinder“ der Plattform Ernährung und Bewegung e.V. dient der Förderung ausgewogener Ernährung, ausreichender Bewegung und Stressbewältigung in Kindertagesstätten. Individuell an die Einrichtung angepasste Programme sollen in der täglichen Regelarbeit verankert werden und so eine nachhaltige Verhaltensbesserung bei den Kindern erreichen.

Mit dem Projekt „Fit Kid“ werden all diejenigen angesprochen, die sich mit Kindern und deren Ernährung in den ersten Lebensjahren befassen. Dazu zählen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kindertageseinrichtungen, Eltern, Tagesmütter und -väter, Hebammen sowie externe Verpflegungsanbieter. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) bietet in Kooperation mit den Verbraucherzentralen vielfältige Informationen, Fortbildungen und Tagungen an. Die im Rahmen dieses Projekts erarbeiteten „Qualitätsstandards für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder“ dienen dabei als große Hilfestellung, um eine vollwertige Ernährung in den Einrichtungen zu sichern und die Ernährungsbildung fest in den Alltag zu integrieren.

Die Kampagne „Fit im Alter“ richtet sich an ältere Bürgerinnen und Bürger und möchte dazu beitragen, das Ernährungswissen und -verhalten und damit die Gesundheit im Alter unter Berücksichtigung der verschiedenen Lebenssituationen zu verbessern. Gleichzeitig finden Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, wie Träger von Senioreneinrichtungen oder Anbieter von Essen auf Rädern, über die speziellen Anforderungen einer ausgewogenen Ernährung im Alter statt.

Bildungsmaßnahmen zur Ernährungssicherung im Rahmen des Bilateralen Fonds mit der Welternährungsorganisation

Bildungsmaßnahmen sind wiederholt integraler Bestandteil der vom BMELV im Rahmen eines bilateralen Treuhandfonds unterstützten Projekte der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zur Bekämpfung des Hungers in den ärmsten Regionen der Welt. Sie setzen auf drei Ebenen an. Auf der Produzentenebene werden Wissen und Kenntnisse zu nachhaltigen Produktionsmethoden vermittelt (z. B. Projekte zu Conservation Agriculture in Tansania und Kenia). Auf der Konsumentenebene sind Ernährungsprobleme häufig durch eine ungenügende Verwendung und Verwertung von Nahrungsmitteln bedingt. Wissen und Fähigkeiten um richtige Ernährung (Abstillverhalten, Zusammensetzung der Nahrung, Verarbeitung und Zubereitung von Nahrungsmitteln, Hygiene etc.) spielen eine wichtige Rolle in diesem Kontext. Nicht minder wichtig ist die Wiedergewinnung von Informationen, die durch lange Kriege verloren gingen, wie z. B. in Afghanistan, wo es in einem Projekt um die Vermittlung von Kenntnissen über nicht mehr genutzte Nahrungspflanzen geht. Auf der Ebene der Politik sollen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Ernährungssicherheit durch Einflussnahme auf die Etablierung von Strategien und die Umsetzung von Politiken verbessert werden (z. B. Informationen über das Menschenrecht auf angemessene Nahrung).

5.2.5 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das BMFSFJ fördert durch vielfältige Unterstützungsmaßnahmen nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes die bundeszentralen Infrastrukturen der außerschulischen politischen und kulturellen Bildung und unterstützt Vorhaben vor allem im Bereich der Agenda 21 und der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie im Rahmen der Gleichstellungsförderung. Weiterhin ist es zuständig für das Freiwillige Ökologische Jahr und den Zivildienst.

Nationaler Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010“

Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung, auf ein gesundes Aufwachsen, auf gesellschaftliche Beteiligung und vor allem darauf, dass sie vor physischer und psychischer Gewalt geschützt werden. Deshalb setzt die Bundesregierung die Ziele des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010“ gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen sowie allen politischen und gesellschaftlichen Kräften um. Sechs Handlungsfelder, denen aus Sicht der Bundesregierung eine Schlüsselstellung für mehr Kindergerechtigkeit zukommt, stehen im Mittelpunkt:

1. Chancengerechtigkeit durch Bildung
2. Aufwachsen ohne Gewalt

3. Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen
4. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
5. Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder
6. Internationale Verpflichtungen

Der Nationale Aktionsplan knüpft an die Sondergeneralversammlung zu Kindern der Vereinten Nationen vom 8. bis 10. Mai 2002 in New York (Weltkindergipfel 2002) an. Auf dieser Konferenz wurde unter dem Titel „A world fit for children“ ein Abschlussdokument verabschiedet, das im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention weltweit zur Verbesserung der Lebenssituation der Kinder beitragen soll. Wie alle Unterzeichnerstaaten hat sich Deutschland darin verpflichtet, einen Nationalen Aktionsplan mit konkreten Zielen und Vorhaben zu erstellen. Damit wird die international definierte Zielsetzung auf nationaler Ebene umgesetzt.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Für die Bundesregierung ist die Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein prioritäres Ziel ihrer Jugendpolitik. Bereits im Herbst 2001 hatte sie eine bundesweite Partizipationsbewegung durch eine Beteiligungswoche mit unterschiedlichen Aktionen initiiert. Demokratie braucht engagierte und interessierte junge Menschen. Viele Jugendliche haben aber das Gefühl, nicht mitreden und politisch nichts bewirken zu können. Daher wird die Bundesregierung auch weiterhin auf Jugendliche zugehen und neue Foren politischer und gesellschaftlicher Beteiligung anbieten. Junge Menschen müssen für politische und gesellschaftliche Beteiligung stets auf Neue gewonnen werden. Hier ist die Politik gefordert, echte Mitsprache zu ermöglichen. Aufgabe einer neuen Politik der Partizipation ist es, jungen Menschen demokratische Handlungskompetenzen zu vermitteln und Gelegenheiten dafür zu bieten.

Unter dem Motto „Nur wer was macht, kann auch verändern!“ startete 2007 das neue Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung, das gemeinsam von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem BMFSFJ, und dem Deutschen Bundesjugendring durchgeführt wird. Das Aktionsprogramm verfolgt das Ziel, das gesellschaftspolitische Engagement von Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 27 Jahren zu stärken und ihre Stimme in Entscheidungsprozessen hörbar zu machen.

Seit der Vorlage des Weißbuchs „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ im Jahr 2002 verständigte sich der Rat der EU (Teil Jugend) auf Ziele und Aktionslinien vor allem in den folgenden vier Schwerpunktthemenbereichen: Jugendpartizipation und -information, freiwilliges Engagement junger Menschen und Jugendforschung. Hauptinstrumente waren die Offene Methode der Koordinierung in der Europäischen Union und der Europäische Jugendpakt, seit 2006 jeweils verstärkt durch den so genannten strukturierten Dialog, der in vielfältiger Weise Jugendli-

che an politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung national wie international beteiligte.

Aufgrund des Europäischen Pakts für die Jugend aus dem Jahr 2005, ein jugendpolitisches Instrument zur Erreichung der Lissabonner Ziele nach Wachstum und Beschäftigung, konnte in der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007 bis 2013 eine zunehmend große Offenheit für beschäftigungs- und bildungsrelevante Jugendhilfemaßnahmen erreicht werden. Die europäischen Staats- und Regierungschefs verständigten sich darauf, bei der Umsetzung des Jugendpakts ein stärkeres Augenmerk insbesondere auf die Übergänge zwischen Schule und Erwerbstätigkeit und die Mobilitätsförderung zu legen.

Die jugendpolitische Zusammenarbeit im EU-Rahmen wurde 2008 umfänglich durch die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission evaluiert. Der Prozess wurde durch internationale wie nationale strukturierte Dialoge mit Jugendlichen und diverse Beteiligungsverfahren mit allen weiteren Akteuren der Jugendpolitik intensiv begleitet.

Im Laufe des Jahres 2009 will man sich im Rat der EU (Teil Jugend) auf neue Instrumente bzw. Formen und neue Schwerpunktthemen der jugendpolitischen Zusammenarbeit im EU-Rahmen einigen.

Jugendfreiwilligendienste

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) sind für junge Menschen bis zum Alter von 27 Jahren besondere Orte informeller Bildung. Sie sind ein Lernfeld bürgerschaftlichen Engagements und unterstützen die Phase der Berufs- und Lebensorientierung.

Im Rahmen einer freiwillig vereinbarten Vollzeitbeschäftigung bei gemeinnützigen oder gemeinwohlorientierten Trägern sozialer oder ökologischer Arbeit bieten FSJ und FÖJ Gelegenheiten der Persönlichkeitsentwicklung und des Erlernens von verantwortlichem Verhalten gegenüber den Mitmenschen, der Natur und der Umwelt und gegenüber der Gesellschaft. Zugleich erwerben die jungen Freiwilligen erste Arbeitserfahrungen und stärken ihre personalen und sozialen Kompetenzen, die als wichtige Schlüsselkompetenzen am Arbeitsmarkt zunehmend gefragt sind.

Ein FSJ oder ein FÖJ kann im In- oder im Ausland geleistet werden. Auch anerkannte Kriegsdienstverweigerer können sich für ein FSJ oder ein FÖJ anstelle des Zivildienstes entscheiden.

Einsatzfelder im FSJ sind Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich der außerschulischen Jugendbildung und -arbeit, der Gesundheitspflege, des Sports, der Kultur und der Denkmalpflege. Die Einsatzfelder im FÖJ sind ebenso breit gestreut und umfassen z. B. die Arbeit in Naturschutz-, Umwelt-, Energie-, Land- und Forstwirtschafts- oder Gartenbauprojekten ebenso wie den Einsatz in Umweltschutz- und Jugendorganisationen, Bildungsstätten oder Umweltlaboren.

Das seit 1. Juni 2008 in Kraft getretene neue Jugendfreiwilligendienstgesetz führt die beiden bisherigen Gesetze zur Förderung des FSJ und des FÖJ zu einem Gesetz zusammen und stärkt darüber hinaus den Bildungscharakter der Jugendfreiwilligendienste deutlich. Die Gesetzsterminologie unterstreicht die Förderung der Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen, die Lernzielorientierung sowie die Ausgestaltung der Jugendfreiwilligendienste als kompetenzbasierte Bildungsdienste. Diesen Zielen des FSJ und FÖJ dienen weitere zeitliche Flexibilisierungen bei der Ableistung des Dienstes unter pädagogischen Aspekten.

Mit dem aus ESF-Mitteln geförderten Programm „Freiwilligendienste machen kompetent“ (2007 bis 2010) erprobt das Bundesfamilienministerium erforderliche Rahmenbedingungen für einen verbesserten Zugang für bildungsbenachteiligte und partizipationsferne junge Menschen zu den Jugendfreiwilligendiensten.

5.2.6 Bundesministerium der Finanzen

Das BMF verantwortet die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Zollverwaltung. In Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung ist in der Laufbahnausbildung für den mittleren und gehobenen Zolldienst die Vermittlung von Kenntnissen im Bereich „Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr“ hervorzuheben. Dabei werden umweltrelevante Fragestellungen erörtert und zollrechtliche Handlungs- und Eingriffsbefugnisse zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt (insbes. Washingtoner Artenschutzübereinkommen, Bundesnaturschutzgesetz) vermittelt. Ein weiterer Lehrinhalt ist die Bekämpfung des illegalen Verbringens von Abfällen.

Ein wachsender Bereich der zöllnerischen Tätigkeit ist der Schutz der Bevölkerung vor der Einfuhr gefälschter Produkte z. B. im Lebensmittel- und Medikamentenbereich (Gewerblicher Rechtsschutz). In diesem Zusammenhang ist auch die Aufgabe der Zollverwaltung zu nennen, zu kontrollieren, ob die aus Drittländern eingeführten Erzeugnisse mit den geltenden Produktsicherheitsvorschriften übereinstimmen. Die Zollverwaltung stellt überdies sicher, dass die in Deutschland und der Europäischen Union zum Schutz von Kulturgütern geltenden Regelungen bei der Ein- und Ausfuhr beachtet werden. Die hierfür erforderlichen breit gefächerten Kenntnisse werden in der theoretischen und praktischen Laufbahnausbildung intensiv vermittelt. Ergänzend werden spezielle Fortbildungsmaßnahmen für diese Bereiche angeboten.

Eine Sensibilisierung für den wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit den Ressourcen in der Verwaltung ist integraler Bestandteil der praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz. Das BMF fördert auch die stetige berufliche Qualifikation der eigenen Mitarbeiter durch eine intensive Fortbildungsarbeit. Ein breites Angebot an Qualifikationsinhalten ist ein wesentliches Element der dauerhaften Sicherung der Leistungsfähigkeit aller Beschäftigten. Die Nutzung unterschiedlicher Lernwege und -formen ermöglicht auch Beschäftigten, die in Teil-

zeitmodellen tätig sind, eine Teilnahme an der beruflichen Weiterbildung.

5.2.7 Bundesministerium für Gesundheit

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung führt als Fachbehörde im Geschäftsbereich des BMG und in dessen Auftrag Maßnahmen zur Verbesserung des Wissens über die Zusammenhänge von Lebensstil und Gesundheit sowie zur Stärkung des Gesundheitsbewusstseins und gesundheitsfördernder Einstellungen in der Bevölkerung durch. Ziel ist es, Menschen durch den verbesserten Kenntnisstand zu einer Änderung des Verhaltens zu befähigen. Beispielhaft sind Aktivitäten zur Aids- und Suchtprävention sowie zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen zu nennen, von denen letztere im Folgenden exemplarisch näher beschrieben werden.

Im Kindes- und Jugendalter bilden sich wesentliche gesundheitsrelevante Verhaltensweisen heraus, die für das Erwachsenenalter bestimmend sind. Viele Entwicklungs- und Gesundheitsstörungen in jungen Lebensjahren werden zu Risikofaktoren für schwerwiegende Erkrankungen im späteren Leben. Besonders oft betroffen sind diejenigen Kinder, die in sozial schwierigen und benachteiligten Verhältnissen leben. Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich vor allem die Kompetenz der Eltern zu stärken, die gesundheitliche Entwicklung ihres Kindes zu fördern. Mit ihren Konzepten und Angeboten folgt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung einem lebensbegleitenden und ganzheitlichen Ansatz. Zahlreiche Medien werden Eltern, ehren- und hauptamtlichen Betreuungspersonen sowie Kindern und Jugendlichen selbst zur Verfügung gestellt, um ihre Kenntnisse und Einstellungen für ein gesundes Leben zu stärken. Für die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen werden zusätzlich Konzepte der personalen Kommunikation (Kinderliedertour, Jugendfilmtage, Mitmach-Parcours etc.) entwickelt, modellhaft durchgeführt und Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt. Kinder und Jugendliche können ihre Gesundheitskompetenzen weiterentwickeln. Durch Kooperation mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist es möglich, gezielt sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und weitere Betreuungspersonen mit den genannten Konzepten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu erreichen, indem diese Maßnahmen bevorzugt in sozialen Brennpunkten angeboten werden.

Neben der Familie, dem Kindergarten- und dem Jugendfreizeitbereich stellt die Schule als Lebens- und Lernraum einen wichtigen Ort für präventive Maßnahmen dar. Hier können Heranwachsende aus allen sozialen Schichten erreicht werden. Ferner ist die Schule aufgrund ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages verpflichtet, an der Gesundheitserziehung mitzuwirken. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung entwickelt und veröffentlicht seit 1975 Unterrichtsmaterialien zu Basisthemen der schulischen Gesundheitserziehung und -förderung. Es handelt sich um baukastenartige Angebote, die von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten zur Durchführung von gesundheitsrelevantem Unterricht genutzt werden

können. Diese Unterrichtsmaterialien sind Bestandteil von Aufklärungskampagnen, wie Aids-Aufklärung, Suchtprävention, Ernährungs- und Bewegungsaufklärung sowie Sexualaufklärung. Außerdem greift die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung weitere Themen auf, mit denen sie den aktuellen Ansatz der gesundheitsfördernden Schule unterstützen möchte, u. a. in der Arbeitsgruppe „Gesunde Kindergärten und Schulen“ der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. Mit ihrem Schwerpunkt Kinder- und Jugendgesundheit leistet sie einen Beitrag zur Umsetzung der Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit.

Das BMG, das BMU und das BMVEL sowie die zuständigen Bundesoberbehörden kooperieren im Rahmen des gemeinsamen Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit – kurz APUG (www.apug.de). Ziel des Aktionsprogramms ist es, die Bevölkerung über umweltbedingte Gesundheitsrisiken und gesunde Ernährungsweisen zu informieren – insbesondere Kinder und Jugendliche. Durch die Integration umwelt-, gesundheits- und Verbraucherschutzbezogener Aspekte bei diesen Informationsangeboten wird zu einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung beigetragen. Die Ziele des APUG wurden durch die Ergebnisse der WHO-Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit in Budapest im Juni 2004 bestätigt und unterstützt. Auch die 5. Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit im Februar 2010 in Parma wird sich mit der Thematik befassen.

Die Bundesregierung will mit dem Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten und „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ erreichen, dass Menschen gesünder leben, Kinder gesünder aufwachsen und von einer höheren Lebensqualität und einer gesteigerten Leistungsfähigkeit in Bildung, Beruf und Privatleben profitieren. Darüber hinaus sollen Krankheiten deutlich zurückgehen, die durch einen ungesunden Lebensstil mit einseitiger Ernährung und Bewegungsmangel mit verursacht werden. Eines der Handlungsfelder ist die Information über Ernährung, Bewegung und Gesundheit. Dabei sollen die direkten Zusammenhänge von Ernährungs- und Bewegungswissen sowie der Einfluss von Stress auf die Gesundheit mit einer überzeugenden und qualifizierten Wissensvermittlung verdeutlicht werden. Informationen geben im Alltag dann Orientierung, wenn sie vertrauenswürdig, verlässlich, vergleichbar, allgemein verständlich und leicht in praktisches Handeln umsetzbar sind. Dies gilt für alle Bereiche, in denen Ernährungs- und Bewegungswissen verbreitet wird, wie beispielsweise in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Ausbildung, Beruf aber auch in der Freizeit.

Das BMG hat deshalb den Förderschwerpunkt „Aktionsbündnisse gesunde Lebensstile und Lebenswelten“ gestartet. Dessen Aufgabe ist es, lokale bzw. kommunale Akteure zu vernetzen und soziale Nachhaltigkeit zu fördern. Ziel ist die Erreichung von Chancengleichheit beim Zugang zu Gesundheitsinformationen und zu Ernäh-

rungs- und Bewegungsangeboten. In elf Bündnissen werden tragfähige Kooperationen durch die Vernetzung bestehender Aktivitäten beispielsweise in Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen und Stadtteilen ausgebaut und dauerhaft verankert.

Um Alltagsbewegung als Teil von Gesundheitsförderung möglichst breit zu verankern, sind zehn Zentren für Bewegungsförderung im März 2009 eingerichtet worden, die durch Kooperationen alle Länder abdecken. Diese Zentren vernetzen bestehende Aktivitäten auf Länderebene, machen gute Praxisbeispiele bekannt und stehen als kompetenten Ansprechpartner zu Verfügung. Vorrangig sollen ältere Menschen angesprochen werden. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit erfolgt dies in enger Abstimmung mit den Ländern.

Darüber hinaus werden in Modellprojekten besondere Aspekte zur Herstellung von gesundheitlicher Chancengleichheit berücksichtigt. Es werden einzelne Zielgruppen wie Kinder, Ältere, sozial Benachteiligte und mit Migrationshintergrund angesprochen, übergeordnete Fragestellungen wie zur Qualitätssicherung bearbeitet und konkrete Veränderungen in den Lebenswelten wie Kindertagesstätten, Schulen, Betrieben und Senioreneinrichtungen aufgegriffen. Die Projekte verstehen sich als Initialmaßnahmen, die von den jeweiligen Akteuren übernommen und selbständig weitergeführt werden. Damit wird die Überführung in dauerhafte Angebote erleichtert, die Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit durch die Erstellung von Modulen, Handlungsempfehlungen und Multiplikatorenschulung sichergestellt.

5.2.8 Bundesministerium des Innern

Das BMI verantwortet die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes sowie der Verwaltungsangestellten, Fachrichtung Bundesverwaltung, und der Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker. Das BMI ist zudem für die dienstliche Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung zuständig. Weiterhin fallen in seine Verantwortung die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Förderung der Stiftungen der politischen Parteien.

Ausbildung

Das Bundesverwaltungsamt und die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung bilden in den genannten Verwaltungslaufbahnen und Ausbildungsberufen aus. In Angleichung an die in den Ausbildungsordnungen für die Berufe des dualen Ausbildungssystems bestehenden Standardlernziele zum Umweltschutz werden ökologische Lerninhalte auch in den Ausbildungsgängen der Verwaltungslaufbahnen vermittelt. In der Laufbahnausbildung für den mittleren Dienst und in den Ausbildungsberufen der Verwaltungsfachangestellten sowie der Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker ist der Umweltschutz als Unterrichtsfach Teil der theoretischen Lehrveranstaltungen. Umweltrelevante Fragestel-

lungen werden auch in anderen Fächern, z. B. Haushalts- und Beschaffungsrecht, aufgegriffen und bei allen Ausbildungsgängen in die Evaluierung von Lehrinhalten einbezogen. Die Vermittlung eines Umweltbewusstseins im Sinne einer Sensibilisierung für den rationalen und sparsamen Umgang mit Ressourcen in der Verwaltung ist zudem integraler Bestandteil der praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz. Im gehobenen Dienst soll das Bewusstsein für Nachhaltigkeit in der öffentlichen Verwaltung darüber hinaus durch Planspiele im Rahmen der praxisbegleitenden Lehrveranstaltungen vertieft werden.

Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) wirkt als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes im Rahmen der fach- und funktionsbezogenen Fortbildung an der Umsetzung des Konzepts der Nachhaltigkeit mit. So fließen Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Seminare zum Zusammenwirken von Qualitäts-, Umwelt- und Arbeitssicherheitsmanagement ebenso ein wie in die Veranstaltungen zur Gesetzesfolgenabschätzung inklusive der Ermittlung von Bürokratiekosten. Aber auch Seminare zum Zuwendungsrecht und öffentlichen Auftragswesen, Controlling, zur Prozessoptimierung und Organisation tragen dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit Rechnung. In der Vermittlung der Grundlagen der Volkswirtschaftslehre als Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns nehmen Aspekte der Globalisierung einen wichtigen Raum ein.

Im Rahmen der Umsetzung des Regierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovation“ wurde in das Seminar zum Qualitätsmanagement das Modul des gemeinsamen europäischen Qualitätsbewertungssystem für die öffentliche Verwaltung CAF (Common Assessment Framework) aufgenommen, um im Vergleich mit anderen europäischen Verwaltungen bestehen zu können. Auch die Seminare zu Methoden und Techniken der Prozessorganisation beinhalten Aspekte der Nachhaltigkeit.

Nicht zuletzt bildet die verstärkte Einbeziehung und Durchführung von Erfahrungsaustauschen in den Fachveranstaltungen die Grundlage der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Aufgaben im internationalen Bereich wahrnehmen, sollen den Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung, entwicklungspolitischer und ökologischer Sichtweise sowie sozialer Verpflichtung beachten. Innerhalb der Fortbildung im europäischen und internationalen Bereich werden deshalb seit 2002 regelmäßige Workshops zu Fragen der Globalisierung als Herausforderung für die Verwaltung unter internationaler Zusammensetzung sowohl der Referentinnen und Referenten als auch der Teilnehmenden durchgeführt. Auch in den Veranstaltungen zu aktuellen Fragen der internationalen Beziehungen werden entwicklungspolitische Aspekte behandelt. Ferner nehmen Seminare zur interkulturellen Kommunikation den Nachhaltigkeitsaspekt auf.

Mit Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verbindet sich die Chance zur gesellschaftlichen Modernisierung und Gestaltung. Die BAKöV unterstützt deshalb auch den

Modernisierungsprozess der Verwaltung, der auf eine wirtschaftlichere Arbeitsweise und höhere Qualität und Flexibilität des Verwaltungshandelns sowie auf größere Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zielt und damit ebenfalls dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Politische Bildung

Die Anliegen der Bildung für nachhaltige Entwicklung fließen auch in die Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung ein. Ihre Angebote zielen insbesondere darauf, die politische Dimension des Begriffs „nachhaltige Entwicklung“ und die Zusammenhänge zwischen ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Aspekten zu verdeutlichen.

Seit 2007 wird in der Angebotsplanung der Bundeszentrale für politische Bildung u. a. der Themenkreis „Klimawandel/Energie/Rohstoffe/Biodiversität“ als Schwerpunkt verfolgt. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, werden differenzierte Angebote entwickelt, die auf die Ansprüche unterschiedlicher Adressaten ausgerichtet sind. Die Palette reicht von Veranstaltungen und Peer-Teaching-Projekten über Printprodukte und audiovisuelle Produkte bis hin zu Online-Auftritten. Auf diese Weise gelingt es, sowohl Lehrkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Bildungs- und Jugendarbeit als auch interessierte Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch Kinder und Jugendliche zu erreichen.

Beispielhaft sei die bundesweite „Ecopoliciade“ genannt, die 2008 erstmals stattgefunden hat. Mit der Lernsoftware „ecopolicy“ können Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 bis 10 lernen, ein Industrie-, Schwellen- oder Entwicklungsland so zu steuern und zu regieren, dass alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche – Politik, Wirtschaft, Umwelt, Lebensqualität usw. – im Gleichgewicht gehalten werden. Haben die Jugendlichen die spielerische Herausforderung erfolgreich gemeistert, können sie sich in Schülerteams über Landeswettbewerbe für den Bundesentscheid der „Ecopoliciade“ qualifizieren.

Weiter schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung als nachgeordnete Behörde des BMI den Schülerwettbewerb zur politischen Bildung aus. Der seit 1971 stattfindende Wettbewerb animiert Schülerinnen und Schüler aktuelle gesellschaftliche Themen im Rahmen des Projektunterrichts aufzugreifen und selbst aktiv zu behandeln. Angesprochen werden jährlich neue Themen des gesellschaftlichen Lebens z. B. auch Klimawandel, Nord-Süd-Konflikt, Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit, die in altersgerechter Form bearbeitet werden.

Die in der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung angestrebte Stärkung der Partizipationsbereitschaft ist ebenfalls ein wichtiges Ziel der politischen Bildung. Hier ist insbesondere auf das von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem BMFSFJ und dem Deutschen Bundesjugendring initiierte „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung 2007 bis 2009“ hinzuweisen.

5.2.9 Bundesministerium der Justiz

Das Bundesministerium der Justiz ist sich des Wertes einer nachhaltigen Entwicklung bewusst und fördert in seinem Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Themen Ökologie, Ökonomie und internationale Gerechtigkeit sind Bestandteil des Fortbildungsangebots der „Deutschen Richterakademie“, der von Bund und Ländern gemeinsam getragenen wichtigsten Fortbildungseinrichtung für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Es wurden u. a. fachübergreifende Seminare zu den Themen „Umweltschutz im Planungsrecht“, „Demografischer Wandel in der Justiz“, „Richterliche Ethik im weltweiten Vergleich“ und „Justiz und Islam“ veranstaltet. Diese Seminare vermitteln ökologischen Sachverstand, Kenntnisse über das Erreichen von Generationengerechtigkeit sowie das Wahrnehmen internationaler Verantwortung.

Daneben unterstützt das Bundesministerium der Justiz auch internationale Projekte wie die Europäische Rechtsakademie in Trier, die Seminare mit europarechtlichem Bezug anbietet. Auch hier ist die Vermittlung von Wissen zu Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema, zum Beispiel in Seminaren zum Umweltschutz. Im Jahr 2009 findet ein Seminar zum Thema „Die neue Abfall Rahmenrichtlinie“ stattfinden, die sich mit Prävention, Respekt für die menschliche Gesundheit und Umwelt sowie Wiederverwertung von Abfällen befassen wird.

Auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen im September 2005 wurde die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit in einem breiten politischen Konsens als Voraussetzung sowohl für eine freie und selbstbestimmte persönliche Entwicklung als auch für eine freie und selbstbestimmte persönliche Entwicklung als auch für die Herausbildung von Demokratie und für sozialen Frieden herausgestellt. Deutschland engagiert sich für die Verbreitung des Rechtsstaates in der Welt. Der Rechtsstaat sichert gesellschaftlichen Frieden, persönliche Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand. Das Bundesministerium der Justiz unterstützt deshalb Transformations- und Schwellenländer bei der Gesetzgebung und dem Aufbau ihrer Justiz. Die „Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e. V.“ ist seit 1992 für die operative Zusammenarbeit bei der Rechtsstaatsentwicklung zuständig. Außerdem fördert das Bundesministerium der Justiz die internationale rechtliche Zusammenarbeit durch Austausch von Experten, Unterstützung bei der Gesetzgebung, Fortbildungen und Hospitanzen für ausländische Juristinnen und Juristen in Deutschland. In diesem Rahmen koordiniert das Bundesministerium der Justiz den Rechtsstaatsdialog mit China, der im Jahr 2000 zwischen Deutschland und China vereinbart wurde.

5.2.10 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ziel der Bildungsaktivitäten im Geschäftsbereich des BMU ist, auf die fachliche Qualität von umwelt- und nachhaltigkeitsrelevanten Bildungsinhalten Einfluss zu nehmen und wichtige umweltpolitische Themen so aufzubereiten, dass sie ohne zusätzlichen Aufwand in die regu-

läre Bildungsarbeit einfließen können. Das kann entweder durch Mitwirkung an der Konzeptentwicklung, den Projekten und Materialien anderer Bildungsinstitutionen geschehen oder durch eigene Konzeptentwicklung, Projekte und Materialien. Das Dach für die Bildungsaktivitäten bildet der BMU-Bildungsservice, der Angebote für die schulische und außerschulische Bildung, für Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der Fort- und Weiterbildung, für Fach- und Führungskräfte im Umweltschutz sowie in der beruflichen Bildung für die Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben umfasst.

Die Bildungsarbeit des BMU orientiert sich an den aktuellen Erkenntnissen der Bildungsforschung, insbesondere der im Bereich von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Konzeptentwicklung, Projekte und Materialien bauen darauf auf und binden den Sachverstand wichtiger Bildungsorganisationen entsprechend ein. Grundsätzlich gilt für alle Bildungsaktivitäten das Kontroversprinzip: Was in der Gesellschaft umstritten ist oder kontrovers diskutiert wird, muss auch entsprechend dargestellt werden, unabhängig von der BMU-Position. Die Ergebnisse der Bildungsaktivitäten im BMU sollen sich sowohl fachlich als auch methodisch-didaktisch auf hohem Niveau bewegen, sie sollen ästhetisch ansprechend gestaltet und vor allem serviceorientiert sein, d. h. die Produkte sollen von den Zielgruppen als Unterstützung bei der Erledigung ihrer Aufgaben empfunden werden und nicht als zusätzlicher Aufwand. Dies wird auch von den Projekten Dritter erwartet, die durch das BMU gefördert werden.

BMU-Bildungsservice

Die Kernaktivität des BMU zur Bildung für nachhaltige Entwicklung ist der BMU-Bildungsservice. Mit ihm erhalten die BMU-Bildungsaktivitäten ein gemeinsames Dach, das auch für die Qualität der Produkte steht. Die Qualitätssicherung und Zusammenarbeit zur Bildung für nachhaltige Entwicklung zwischen den Abteilungen und den nachgeordneten Behörden wird durch das gemeinsame Bildungskonzept für den Geschäftsbereich des BMU gewährleistet.

Der BMU-Bildungsservice deckt mit seinen Materialien bisher nur den Bildungsbereich der Sekundarstufe I ab. Zurzeit werden entsprechende Materialien für die Grundschule entwickelt. Zukünftig sollen Bildungsmaterialien für alle Bildungsbereiche einschließlich eines entsprechenden Qualitätskonzeptes entwickelt werden. Des Weiteren sollen die Aktivitäten des BMU-Bildungsservice (Unterrichtsmaterialien, Newsletter, Tipp der Woche, Bildungsmatinee) ausgeweitet werden. Der Bildungsservice des BMU ist eine Maßnahme der UN-Dekade.

Den Bereich der beruflichen Bildung, insbesondere zu den Berufsfeldern der Erneuerbaren Energien, unterstützt BMU durch Dialogforen, Informationsmaterial und Projektförderungen. So veranstaltete das Umweltministerium z. B. im September 2007 und im Juni 2008 zwei Fachtagungen zum Thema „Ausbildung für Erneuerbare Energien“. Eine enge Zusammenarbeit mit dem BMBF sowie dem Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) stellt

dabei ein gemeinsames Agieren der Bundesregierung sicher.

Das BMU ist im Nationalkomitee der UN-Dekade vertreten und hat dort die Federführung für das Jahresthema 2008 „Wasser“ übernommen. Ein vom Umweltbundesamt betreutes Forschungsvorhaben analysierte die Bildungssituation zum Themenkomplex Wasser, entwickelte Qualitätskriterien für wasserbezogene Bildungsprojekte und baute die inzwischen viel genutzte Mediendatenbank „H₂O-Wissen“ als Service für Bildungseinrichtungen auf. Das BMU hat eine Arbeitsgruppe „Wasser und Bildung“ eingerichtet, in der sich erstmalig Bildungs- und Wasserfachleute gemeinsam darauf verständigt haben, wie handlungsorientierte Bildung für nachhaltige Entwicklung zum Thema Wasser heute aussehen muss. Während die Wasserfachleute wissen, welche Themen im Bereich Wasser drängen und an welchen Lösungen gearbeitet werden muss, können die Bildungsfachleute ihr Know-How zur Vermittlung dieses Wissens einbringen. Die Ergebnisse dieser fruchtbaren Kooperation wurden auf einer Fachtagung im September 2008 präsentiert.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum im Geschäftsbereich des BMU zahlreiche nationale und internationale Projekte im Kontext einer Bildung für nachhaltige Entwicklung initiiert, gefördert und durchgeführt.

BNE im Umweltschutz

Grundlage für alle Bildungsprojekte sind zuverlässige und wissenschaftlich fundierte Informationen über den Zustand der Umwelt und die zu beobachtenden Entwicklungstrends. In den vom UBA ausgebauten Internet-Informationenportalen wie z. B. den Daten zur Umwelt (www.umweltbundesamt-umwelt-deutschland.de/umweltdaten); zum Klimaschutz (www.klimaschuetzen.de) oder zur Klimafolgenanpassung (www.anpassung.net) steht ein systematisch aufbereitetes Angebot zur Verfügung, das sich auch in Bildungsveranstaltungen gut einsetzen lässt und auch oft genutzt wird.

Da erfolgreiche Umweltpolitik eine aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger voraussetzt, geben BMU und UBA seit Anfang der 90er Jahre regelmäßige Repräsentativumfragen in Auftrag, die einen Überblick über den Stand des Umweltbewusstseins, die Verhaltensbereitschaften der Menschen im Alltag sowie die Akzeptanz der Umweltpolitik erarbeiten (www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/umweltbewusstsein). Die dabei erzielten Erkenntnisse lassen sich nutzen, um mittels zielgruppengenaue Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen den Menschen eine wirkungsvollere Teilhabe an der notwendigen (Um-) Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne des Nachhaltigkeitsleitbildes zu ermöglichen (Empowerment).

Dieses Ziel verfolgt auch der seit 2007 jährlich stattfindende bundesweite „Netzwerk21Kongress“ (ein prämiertes UN-Dekade-Projekt), der nicht nur dem Erfahrungsaustausch, sondern v. a. auch der Motivationsbestärkung und der Professionalisierung der Akteure dient. Beleuchtet wird eine große Bandbreite von Sachthemen, wie z. B.

Klimaschutz, Nachhaltige Stadtentwicklung, regionale Wirtschaftskreisläufe, kinder- und familienfreundliche Kommunen, aber auch methodische Fragen wie die Einbindung wichtiger Akteure oder die Förderung von Bürgerengagement. Im Rahmen des Kongresses wird außerdem der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis „ZeitzeiChEN“ in mehreren Kategorien verliehen, um Verdienste um nachhaltige Entwicklung auf der lokalen Ebene anzuerkennen und sichtbar zu machen. Der Kongress wird durch das BMU und UBA finanziell gefördert sowie durch Sponsoren aus der Wirtschaft unterstützt. Weitere Partner sind die Kommunalen Spitzenverbände, der Rat für Nachhaltige Entwicklung und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Zu jedem Kongress wird ein konkreter Handlungsleitfaden für die Akteure erstellt (www.netzwerk21kongress.de).

In den letzten Jahren gewinnt zunehmend ein Spannungsfeld zwischen Umwelt und Gerechtigkeit an Bedeutung für die Umweltpolitik – wie u. a. aus den o. g. Repräsentativumfragen ersichtlich ist. Daher haben BMU und UBA mehrere Studien in Auftrag gegeben und Fachgespräche sowie Konferenzen gefördert zum Thema „Umwelt und Gerechtigkeit“. Ziel ist, beispielhaft die Schnittstellen zwischen Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik herauszuarbeiten und sowohl (latente) Konflikte als auch (mögliche) Synergien zu verdeutlichen (www.uba.de/umweltbewusstsein/oekologische-gerechtigkeit). Dabei stellen sich zwei Grundfragen: Welche Bevölkerungsgruppen sind durch Umweltprobleme besonders belastet – und können folglich mittels Umweltpolitik am stärksten entlastet werden? Und: Wie sind umweltpolitische Maßnahmen sozialverträglich zu gestalten, so dass nicht die gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabechancen der sozial schwächeren Menschen dadurch geschmälert werden?

Von besonderer Bedeutung im Kontext von BNE sind (Empowerment-) Projekte, welche die Umweltpolitik mit konkreter Sozialpolitik verbinden, indem sie Haushalte sozial schwächerer Schichten bei den Energiesparmöglichkeiten im Alltagsverhalten beraten. Ein Beispiel dafür sind die Energiesparprojekte der Caritas (vgl. www.stromspar-check.de). Durch die kostenlose Überlassung von Stromsparpaketen können die beratenen Haushalte recht schnell spürbare Ersparnisse erzielen. Darüber hinaus wird soziales Vertrauen aufgebaut und das Thema des Klimaschutzes in der Gesellschaft verankert. Da die Beratung vor Ort durch dazu ausgebildete Langzeitarbeitslose stattfindet, entfaltet das Projekt auch noch Synergien mit der Bildungspolitik.

Weiterhin ist die Qualifizierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Hinblick auf Möglichkeiten des umweltbewussten Konsums eine wichtige Bildungsaufgabe. Zum 30jährigen Jubiläum des Blauen Engels wurden von BMU und UBA zahlreiche Aktionen durchgeführt, um den Blauen Engel als zentrales Informations- und Orientierungsinstrument für Verbraucher zu stärken. Unter dem Motto „Auch Du kannst Deine Welt verändern“ ging der Blaue Engel 2008 mehrere Wochen mit einem Aktionsbus auf Deutschlandtour. Durch die neu eingeführte Er-

gänzung des Blauen Engels mit themenbezogenen Kategorien (Klima, Gesundheit, Wasser, Ressourcen) trägt er zukünftig zu einem höheren Problemverständnis bei.

In den Bereich der Bildungsmaßnahmen gehört auch das Empowerment für das Umweltschutzengagement der Bürgerinnen und Bürger. Es wird in der Regel im Rahmen von Umweltverbänden ausgeübt, die damit eine wichtige Aufgabe für das Funktionieren der Zivilgesellschaft erfüllen. BMU und UBA unterstützen seit vielen Jahren Umwelt- und Naturschutzverbände sowohl finanziell als auch durch gezielte Studien und Vorhaben zur Stärkung der Verbände. Denn es gibt eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem potenziellen und dem heute tatsächlich realisierten bürgerschaftlichen Engagement im Umweltschutz. Nur 4 Prozent der Befragten sind nach eigener Auskunft in ehrenamtlichen Tätigkeiten oder in einzelnen Projekten und Aktivitäten engagiert, aber 36 Prozent bekunden daran ein generelles Interesse (Umweltbewusstseinsumfrage 2008). Daher haben BMU und UBA Forschungsprojekte gefördert zu den Fragen, wie das Engagement der Bevölkerung für Umweltthemen stärker gefördert werden kann und wie eine bessere Zusammenarbeit zwischen Umweltbildungszentren und Nachhaltigkeitsinitiativen zu ermöglichen ist. Zurzeit wird ein Vorhaben zur Stärkung des lokalen Engagements von Kindern und Jugendlichen im Natur- und Umweltschutz durchgeführt. Dieses Vorhaben will am Beispiel der Kinder- und Jugendgruppen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und seiner Jugendorganisation NAJU mittels einer empirischen Erhebung die Situation der ehrenamtlichen und verbandlichen Kinder- und Jugendgruppenarbeit in Deutschland untersuchen und ein strategisches Handlungskonzept entwerfen zu der Frage, wie junge Menschen wieder vermehrt für die Anliegen des Umweltschutzes zu gewinnen sind.

Im Umweltbundesamt fanden im Berichtszeitraum eine Reihe von Kunstprojekten statt, die kulturelle Aspekte der Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellten, u. a. die internationalen Ausstellungen „RE-ART One“ (2006), die besonders junge Menschen zur Wiederverwertung von Produkten und zu nachhaltigem Lebensstil anregen sollte sowie die „Arte Sostenibile – Kunst und Design der Nachhaltigkeit“ (2008). Beide Präsentationen waren anerkannte UNESCO-Dekade-Projekte mit großer öffentlicher Resonanz.

Fortgeführt wurden das seit Jahrzehnten vom Umweltbundesamt betreute internationale UNEP/UNESCO/BMU – Trainingsprogramm „Umweltmanagement für Teilnehmende aus Entwicklungs- und Schwellenländern“. An dem Programm und drei fachspezifischen Kursen z. B. zum Thema Wasser oder Energie nehmen jährlich 80 Postgraduierte aus Asien, Afrika, Südamerika und aus Ländern Mittel- und Osteuropas teil. Es trägt zum Kapazitätsaufbau für eine nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern bei.

BNE im Naturschutz

Das BMU fördert seit Juni 2007 gemeinsam mit dem Bundesamt für Naturschutz das Projekt Schulhofdschun-

gel (www.schulhofdschungel.de). Inhalt des Projektes ist es, Schülern ab 10 Jahren die Begriffe Artenvielfalt bzw. Biodiversität und Artenschutz „vor der Haustür“ bewusst und erfahrbar zu machen. Hintergrund ist dabei auch die Vertragsstaatenkonferenz zum UN-Abkommen über die Biologische Vielfalt, die im Mai 2008 in Bonn stattgefunden hat. Zur Unterstützung wird den Schulen Material in Form von Arbeitsblättern und einer Internetseite zur Verfügung gestellt, um die gebräuchlichsten Arten erfassen und mehr über ihren Lebensraum erfahren zu können.

Im Frühjahr 2007 haben das Bundesamt für Naturschutz und BMU gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe Städte und Gemeinden dazu aufgerufen, sich am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ zu beteiligen. 115 Städte und Gemeinden sind diesem Ruf gefolgt und konkurrierten um diesen Titel.

Das Bundesamt für Naturschutz fördert zudem gemeinsam mit dem BMU und dem BMELV den Bundeswettbewerb „Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung“. Der Wettbewerb ist Teil einer Strategie zur Optimierung des Bundes-Förderprogramms zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile der Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung. Das langjährige Förderprogramm des BMU wird erstmals direkt mit flankierenden Maßnahmen der ländlichen Entwicklung verknüpft. Mit dem Wettbewerb als neuem Instrument und der Integration als neuem Ansatz sollen ein moderner Naturschutz gefördert und neue herausragende Naturräume in Deutschland identifiziert und entwickelt werden, in denen Schutz und Nutzung Hand in Hand gehen.

5.2.11 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Globalisierung, zunehmende Personen- und Gütermobilität, Verstädterung und Bevölkerungswachstum, demographischer Wandel und Klimawandel bilden die Eckpfeiler und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Verkehrs-, Stadt- und Baupolitik. Dem Thema Nachhaltigkeit in der (Aus- und Fort-) Bildung misst das BMVBS daher einen hohen Stellenwert bei. Der Nachhaltigkeitsgedanke zieht sich wie ein roter Faden durch sämtliche Aktivitäten des Ministeriums und bildet sich in einer Vielzahl von Facetten ab.

Derzeit sind drei Aktionsfelder innerhalb des BMVBS im Kontext Bildung für nachhaltige Entwicklung besonders hervorzuheben, die Auswirkungen auf viele weitere Lebens- und Wirkungsbereiche in Deutschland haben: Nachhaltigkeit im Bereich Güterverkehr und Logistik, die Initiative nachhaltiges Bauen und die Städtebauförderung.

Güterverkehr und Logistik

Als zentrale Bestandteile moderner Produktions- und Dienstleistungsprozesse stellen Transport und Logistik wichtige Produktionsfaktoren für die Wirtschaft dar und tragen wesentlich zu ihrer Wettbewerbsfähigkeit bei. Mit dem Investitionsrahmenplan 2010 hat die Bundesregierung verkehrsträgerübergreifend eine mittelfristige Inves-

tionsplanung für die Infrastruktur entwickelt, um auch in Zukunft die Leistungsfähigkeit und Nachhaltigkeit des deutschen Verkehrssystems zu sichern. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie enthält konkrete Ziele im Bereich Gütertransportintensität sowie Anteil am der Güterverkehrsbeförderung. Mit dem Masterplan Güterverkehr und Logistik, den das Bundeskabinett am 16. Juli 2008 beschlossen hat, wurde ein Handlungskonzept für eine effizientere, nachhaltigere Gestaltung des Güterverkehrssystems und eine bessere Nutzung der Verkehrswege und Logistikinfrastruktur vorgelegt. Ausgangspunkt des Masterplans und der darin festgelegten umfassenden Güterverkehrsstrategie ist das derzeitige starke Anwachsen des Güterverkehrs, das nicht zuletzt auf der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung beruht. Ein wesentlicher Bestandteil des Masterplans ist ein Maßnahmenpaket (Maßnahmen F1 bis F6) zur Sicherstellung guter Arbeit und guter Ausbildung im Transportgewerbe. Hierzu zählt neben einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute, einer verstärkten Durchsetzung von Sozialvorschriften im Straßengüterverkehr und eines Monitorings der Arbeitsbedingungen, die Schaffung eines international anerkannten Studiengangs zur Aus- und Fortbildung der nationalen sowie internationalen Führungskräfte im Güterverkehr und Logistikbereich. Insbesondere soll mit dem Start einer Aus- und Weiterbildungsinitiative im Zusammenwirken mit Wirtschaft, Deutschem Industrie- und Handelskammertag, Transportverbänden, dem BIBB und der Bundesvereinigung Logistik der gegenwärtigen Situation begegnet werden, dass mehr als 40 Prozent der Beschäftigten im Bereich Güterverkehr und Logistik keinen Ausbildungsabschluss besitzen. Sie steht im Einklang mit der EU-Verkehrspolitik, die das Thema Personal und Ausbildung in ihrem Aktionsplan Güterverkehrslogistik unter der Überschrift „Nachhaltige Qualität und Effizienz“ behandelt. Um vor allem Verbesserungspotenziale erschließen zu können, wird die Initiative durch regelmäßige Treffen von Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften begleitet.

Nachhaltiges Bauen

Kriterien für ein nachhaltiges Bauen enthält das Deutsche Gütesiegel nachhaltiges Bauen des BMVBS, das schnellstmöglich als freiwilliges Instrument für eine breite Markteinführung zur Verfügung gestellt werden soll. In der Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung vom Mai 2009 wurde beschlossen, dass die Errichtung und Modernisierung von Bundesgebäuden nach Möglichkeit so ausgerichtet wird, dass die Anforderungen des Gütesiegels erreicht werden. Neue Anforderungen in diesem Bereich können nur durch entsprechend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Bauverwaltungen umgesetzt werden. Grundbaustein dafür sind Fachlehrgänge für Referendarinnen und Referendare des höheren technischen Verwaltungsdienstes der Fachrichtung Hochbau. Auf Basis des Leitfadens Nachhaltiges Bauen, der seit 2001 bei Bundesbauten verbindlich anzuwenden ist, werden einzelne As-

pekte des nachhaltigen Bauens seitdem vertiefend aufbereitet.

Das auf Initiative des BMVBS eingerichtete und von der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, AöR betriebene Internetportal „Informationsbörse Aus- und Fortbildung Staatlicher Hochbau“ dient der laufenden Aktualisierung des Wissens. Die Internetseite wendet sich mit ihrem Angebot an die Beschäftigten der Bauverwaltung, Referendarinnen und Referendare, Anwärterinnen und Anwärter sowie an Freiberuflerinnen und Freiberufler, Studierende und sonstige Interessierte.

Die Forschungsinitiative Zukunft Bau des BMVBS (insgesamt ca. 30 Mio. Euro in der 16. Legislaturperiode) ist sehr erfolgreich gestartet. Mit dieser Initiative reagiert das BMVBS auf die Herausforderungen zur Entwicklung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen modernen Bauwirtschaft, die mit Innovationen, Qualität und Investitionen zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Baubranche sichert. Seit 2006 wurden dort rund 80 Forschungsvorhaben gefördert, die auch Vorschläge zur Weiterentwicklung der Netzwerke zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Bauwesen beinhalten. Zunehmend komplexe Anforderungen im Bauwesen erfordern ein kontinuierliches Engagement des BMVBS im Bereich der Qualifizierung aller am Bauwesen Beteiligten und der intensiven Veröffentlichung der Bauleistungen „Made in Germany“. Das BMVBS verstärkt deshalb im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau die aktive Beteiligung an öffentlichkeitswirksamen Kongressen und Messen. Neben den großen Baumessen in München, Essen und Berlin ist es gelungen, auf internationalen Veranstaltungen der „International Initiative for a Sustainable Built Environment“ – Reihe wie z. B. in Tschechien, Portugal, China und Australien, auf den Stand des Nachhaltigen Bauens in Deutschland aufmerksam zu machen und wichtige Impulse für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie im Bauwesen zu geben.

Stadtentwicklung und Nachhaltigkeit

Der gesamte Bereich der Stadtentwicklung ist auf das Nachhaltigkeitsziel ausgerichtet. Grundlagen dafür werden in § 1 Absatz 5 BauGB und den Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern zur Städtebauförderung gelegt.

Die Städtebauförderung leistet einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik. Sie wird gezielt eingesetzt, um den Strukturwandel zu unterstützen, die Lebensqualität in den Städten zu verbessern und soziale Probleme zu bekämpfen. Fördervoraussetzung aller neuen Programme der Städtebauförderung sind städtebauliche Entwicklungskonzepte, die unter Einbezug aller fachlichen Anforderungen eine nachhaltige Entwicklung sicherstellen. Die städtebaulichen Entwicklungskonzepte sind von den Gemeinden vor Ort zu erstellen. Sie beinhalten z. B. auch Aussagen zu Demographie und regionaler Zusammenarbeit. Energieeinsparung und Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung sowie die Förderung von Bildung und Familie sind weitere gemeinsame Anliegen von Bund, Ländern und Kommunen. Die Städtebauförderung wird daher 2008 ergänzt durch zusätzliche Bundes-

finanzhilfen zur energetischen Erneuerung der Infrastruktur in den Kommunen. Dafür stellt der Bund den Ländern weitere 200 Mio. Euro zur Verfügung. Die Zuschüsse können z. B. für die energetische Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten, Turnhallen eingesetzt werden, was zu einer nachhaltigen finanziellen Entlastung der Träger bei den Energiekosten führt. Grundlage der Förderung sind auch hier fachliche Entwicklungskonzepte.

5.2.12 Bundesministerium der Verteidigung

Die vom BMVg veranlasste Umweltschutzaus- und -weiterbildung zielt vorrangig darauf, Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu befähigen, umweltrelevante Aufgaben effizient zu erfüllen. Ziel dabei ist der Schutz von Mensch und Umwelt. Soldatinnen und Soldaten erhalten schon in der Grundausbildung eine praxisbezogene Unterrichtung im Umweltschutz. In der allgemeinen militärfachlichen Ausbildung ist Umweltschutz integrierter Bestandteil der Lehre. Unteroffizierinnen und Unteroffiziere sowie Offizierinnen und Offiziere werden Umweltschutz auch in ihrer Laufbahn- und Verwendungsausbildung vermittelt.

Die Aus- und Fortbildung im Umweltschutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehrverwaltung erfolgt in der Laufbahnausbildung oder ist Gegenstand eigenständiger Lehrgänge. So sieht der Studienplan der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung – für das Studium der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes das Studienfach Umweltschutz vor. Bei der Ausbildung der übrigen Laufbahnen des nichttechnischen und technischen Dienstes sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Lehrinrichtungen der Bundeswehr ist der Umweltschutz ebenfalls Lehrinhalt. Darüber hinaus finden jährlich Fortbildungsveranstaltungen für etwa 800 mit Umweltschutzaufgaben betraute zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr an der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in Mannheim statt. Dort absolvieren Fachhochschulingenieurinnen und -ingenieure bei Bedarf ein halbjähriges Aufbaustudium im Umweltschutz.

In Kooperation mit dem BMVg und dem Streitkräfteamt der Bundeswehr arbeitet die Projektgruppe Fernausbildung der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg an der wissenschaftlich begleiteten Weiterentwicklung der neuen Ausbildungsform Fernausbildung. Ziel ist es, den Soldatinnen und Soldaten auch im Auslandseinsatz praxis- und handlungsorientierte Ausbildung on demand zur Verfügung zu stellen. Dafür nutzt die Bundeswehr die moderne Ausbildungstechnologie im Sinne eines weltweit verfügbaren moderierten Wissensmanagements im Intranet und Internet. Ausbildung wird dabei immer mehr integraler Bestandteil des täglichen Handelns. Denn im Kontext von Ausbildung ist nachhaltiges Handeln – gerade im Auslandseinsatz und in der Einsatzvorbereitung – mehr als nur theoretisches Wissen. Nachhaltigkeit misst sich in der Fernausbildung immer auch an dem Kriterium, einmal erworbene Handlungskompetenz kontinuierlich weiter zu entwickeln und

auf dem aktuellen Stand zu halten. Dies dient einerseits einem wirtschaftlichen Umgang mit Ausbildungs- und Einsatzressourcen und andererseits dem Erwerb nachhaltiger Handlungskompetenz.

5.2.13 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Das BMZ setzt sich in seiner Informations- und Bildungsarbeit dafür ein, die Herausforderung globaler Themen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen und konkrete Auswirkungen auf den Einzelnen wie auch Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der drohende Klimawandel führt heute beispielhaft vor Augen, dass die globalen Entwicklungsfragen nicht im nationalen Alleingang zu bewältigen sind. Politisch können diese Jahrhundertaufgaben nur bewältigt werden, wenn die Gesellschaft insgesamt bereit ist, die Politik hierin auf allen Handlungsebenen zu unterstützen.

Die Bundesregierung hat daher die Fördermittel für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit (ohne Presse und Öffentlichkeitsarbeit) in den vergangenen zehn Jahren von rund 2,2 Mio. Euro im Jahr 1998 auf 15 Mio. Euro im Jahr 2009 angehoben.

Leitbild des BMZ ist dabei eine global nachhaltige Entwicklung, die gleichermaßen für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und gute Regierungsführung steht. Damit ist Bildung für nachhaltige Entwicklung der Leitgedanke der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit des Ministeriums; entwicklungspolitische Bildung ist ein Teilaspekt von Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Zugleich ist Bildung ein Schwerpunktthema der Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein zentrales Mittel, um Armut zu bekämpfen und die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen.

Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

In der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit spiegelt sich die Vielfalt der Akteure der Entwicklungszusammenarbeit wider. Viele Privatpersonen engagieren sich für Entwicklungspolitik und sind unentbehrliche Partner und Partnerinnen des BMZ.

Der größte Teil der Mittel des BMZ wird infolgedessen für entwicklungspolitische Maßnahmen privater Träger aufgewandt. Die Anzahl der vom BMZ in ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten in Deutschland geförderten Nichtregierungsorganisationen (NRO) ist von 50 Anfang der 90er Jahre auf rund 200 im Jahr 2008 angestiegen. Ein großer Teil wird hierbei durch das „Aktionsgruppenprogramm“ und das „Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ unterstützt. Das BMZ sieht seine Aufgabe darin, den Dialog und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren zu gestalten und deren Engagement zu fördern. Hierbei werden eine breite Palette an Themen und verschiedene Bevölkerungsgruppen ange-

sprochen. Während ein wichtiger Schwerpunkt der letzten Jahre die Kampagnen zum fairen Handel waren („fair feels good“, „Faire Woche“), sind die aktuellen Schwerpunkte die Themen Klimaschutz, Afrika und Millennium-entwicklungsziele.

Außerdem unterstützt das BMZ Foren und Einrichtungen, die entwicklungsbezogene Themen in Deutschland zielgruppenspezifisch aufbereiten – ein Beispiel ist hier das Forum Fairer Handel (www.forum-fairer-handel.de). Und das BMZ arbeitet mit großen gesellschaftlichen Bildungsträgern wie Volkshochschulverband, Evangelischem Entwicklungsdienst, Misereor oder der Gesellschaft der Europäischen Akademien zusammen. Diese tragen entwicklungspolitische Inhalte auch an die Bevölkerungsgruppen heran, die mit diesen Themen bislang wenig vertraut sind. Zahlreiche der geförderten Maßnahmen wenden sich zudem – teilweise als entwicklungspolitisches Angebot für den Schulunterricht – an die Schulen.

Informations- und Bildungsangebote des BMZ für Bürgerinnen und Bürger, Studierende, Kommunen und Multiplikatoren

Neben dem zentralen Instrument der finanziellen und fachlichen Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements informiert das BMZ über nachhaltige Entwicklung durch zahlreiche Bürgerbroschüren und Materialien, die sich an ein Fachpublikum richten. Zudem erwirbt das BMZ nicht-gewerbliche Rechte von besonders gelungenen Filmen zur Situation in den Entwicklungsländern, zu Eine-Welt-Themen und zur Entwicklungspolitik. Die Filme werden vervielfältigt und in den öffentlichen Verleih gegeben.

Die staatliche Durchführungsorganisation für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ist die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt), die aus der Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft e. V. und Deutscher Stiftung für internationale Entwicklung hervorgegangen ist. InWEnt führt im Auftrag des BMZ unter anderem folgende Programme durch:

- Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Amerika (ASA): Das ASA-Programm ermöglicht seit fast 50 Jahren Studierenden und jungen Berufstätigen, in entwicklungspolitischen Projekten in Afrika, Asien, Südosteuropa sowie Lateinamerika mitzuarbeiten. Das Begegnungs- und Lernprogramm hat sich mittlerweile zu einer entwicklungspolitischen Lernwerkstatt entwickelt. Pro Jahr stehen rund 250 Projektplätze zur Verfügung.
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW): Aufgabe der 2001 gegründeten SKEW ist es, durch Informations- und Beratungsangebote das entwicklungspolitische Engagement in deutschen Kommunen und damit die dezentrale Bildungsarbeit in diesem Feld zu stärken. So berät die SKEW Rathäuser beim Ausbau des fairen Handels und Beschaffungswesens, beim Erwerb interkultureller Kompetenzen und bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Haushalts-

politik. Besonders bewährt hat sich die SKEW in der Partnerschaftsinitiative Fluthilfe nach dem Tsunami in Südostasien im Jahr 2005: Mehrere hundert Kommunen, Schulen und Initiativen, die Partnerschaftsprojekte initiieren wollten, wurden kompetent beraten und begleitet.

- Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland (EBD): Dieses Weiterbildungsprogramm richtet sich an Akteure aus Wirtschaft, Staat und Medien; vermittelt Orientierungswissen über Entwicklungs- und Transformationsländer. Ziel ist der Erwerb von Handlungskompetenz.
- Auch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die KfW Bankengruppe, DED, InWEnt und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) tragen u. a. mit Fachveröffentlichungen und Veranstaltungen zur Information der breiten Öffentlichkeit bei.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Schulunterricht

Eine wesentliche Zielgruppe der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit sind Kinder und Jugendliche, die über das schulische und außerschulische Umfeld erreicht werden. Eine gemeinsame Initiative der Kultusministerkonferenz und des BMZ führte gemeinsam mit InWEnt zur Erarbeitung des „Orientierungsrahmens Globale Entwicklung“ (vgl. auch Kapitel 6.1). Dieser hat zum Ziel, den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung im Unterricht der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen fächerübergreifend zu verankern. Abgestimmt mit der KMK wird das BMZ in den kommenden Jahren die Bildungseinrichtungen, Länder und zivilgesellschaftlichen Organisationen darin unterstützen, den Orientierungsrahmen umzusetzen.

Das BMZ hat bereits im Januar 2008 das Schülerarbeitsheft „Welt im Wandel“ für die Sekundarstufe II neu aufgelegt, das den Orientierungsrahmen umsetzt. Das Arbeitsheft wird durch eine entsprechende Seite im Internet (www.omnia-verlag.de) ergänzt. Die Nachfrage nach dieser Publikation ist groß. Auch die im Sommer 2008 herausgegebene interaktive DVD „Das grüne Gold der Inkas“ zur Bedeutung der Kartoffel für die Ernährungssicherung weltweit basiert auf dem Orientierungsrahmen.

Mithilfe der Durchführungsorganisation InWEnt bietet das BMZ für Schulen verschiedene Möglichkeiten zur fächerübergreifenden Projektarbeit an:

- Das entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA) fördert seit 2006 Begegnungen zwischen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrenden aus Deutschland und seinen Partnerländern. Die Teilnehmenden sollen ihre Erfahrungen anschließend in Schule und privatem Umfeld einbringen. Etwa 60 Begegnungen konnten so bislang unterstützt werden.
- Der entwicklungspolitische Schulwettbewerb des Bundespräsidenten „Eine Welt für alle – alle für eine

Welt“ für alle Schulstufen vermittelt fächerübergreifend Verständnis für die „Eine“ Welt in einer breiten Öffentlichkeit. Bei der dritten Wettbewerbsrunde 2007/2008 beteiligten sich über 20 000 Schülerinnen und Schüler aus 381 verschiedenen Schulen.

- Auf der Internetplattform „Ch@t der Welten“, die InWEnt 2004 mit Unterstützung des BMZ eingerichtet hat, diskutieren Schülerinnen und Schüler via Internet mit Gesprächspartnerinnen und -partnern in Lateinamerika, Afrika und Asien zu umwelt- und entwicklungspolitischen Themen. Ziel ist es, Ansätze für nachhaltige Entwicklung kennen zu lernen und globale Zusammenhänge zu verstehen. „Ch@t der Welten“ findet in Form regionaler Projekte zudem in sieben Ländern statt.

Für den Schulunterricht und außerschulische Veranstaltungen zum Globalen Lernen bietet zudem das bundesweite Programm „Bildung trifft Entwicklung“ Referentinnen und Referenten an: In „Bildung trifft Entwicklung“ vermitteln vier NRO-Regionalstellen und das Schulprogramm des Deutschen Entwicklungsdienstes in Berlin zurückgekehrte Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer an Schulen, Kindertageseinrichtungen und andere Bildungseinrichtungen.

Schließlich fördert das BMZ die Internetplattform der Eine Welt im Internet-Konferenz zum Globalen Lernen (www.globaleslernen.de), die umfangreiche Materialsammlungen für den Unterricht bereithält.

Freiwilligenprogramm „weltwärts“

Seit Anfang 2008 ermöglicht der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“ des BMZ jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren einen 6 bis 24monatigen Aufenthalt in einem Entwicklungsland. Im Jahr 2008 wurden rund 3 000 Freiwillige entsandt.

Unter dem Motto „Lernen durch tatkräftiges Helfen“ fördert „weltwärts“ das Engagement für die Eine Welt. Neben Abiturientinnen und Abiturienten werden gezielt auch Haupt- und Realschülerinnen und -schüler mit Berufsausbildung angesprochen. Das Programm soll nachhaltig zur Bildungsarbeit im Inland im Sinne globalen Lernens beitragen.

„weltwärts“ wird überwiegend durch das BMZ finanziert und von einer großen Zahl gemeinwohlorientierter Entsendeorganisationen zusammen mit deren Projektpartnern vor Ort durchgeführt. Die Freiwilligen werden von den Entsendeorganisationen sowohl fachlich als auch pädagogisch intensiv betreut. Ziel ist es, die zurückgekehrten Freiwilligen in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland einzubinden.

Hochschulkooperation und Grundbildung in den Partnerländern

Im internationalen Bereich fördert das BMZ die Wissenschafts- und Hochschulkooperation mit unseren Partnerländern. Diese werden so in globale Wissensnetze einbezogen. Durch den DAAD, die Alexander-von-Humboldt-

Stiftung (AvH) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat das BMZ im Jahr 2008 insgesamt rund 31,4 Mio. Euro hierfür bereitgestellt.

Auch die Länder beteiligen sich an diesem Programm, indem sie Stipendien finanzieren, Fortbildungseinrichtungen und Lehrpersonal bereitstellen. Die deutsche Wirtschaft stellt zum Teil unentgeltlich Plätze für Praktika zur Verfügung. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Programme sind junge Fach- und Führungskräfte der Partnerländer, die an den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Schaltstellen ihrer Heimatländer nachhaltige Entwicklung mit gestalten können.

Das BMZ sieht im Bildungsbereich eine zentrale Aufgabe in der Verbesserung der Bildungsqualität in Entwicklungsländern und deren Unterstützung bei der Erreichung der bildungsbezogenen Millenniumsziele sowie der Ziele der Initiative „Education for All EFA“. Hierbei ist Bildung für nachhaltige Entwicklung ein zentrales Leitbild. 2007 wurden in den Bereichen Grundbildung, Erwachsenenbildung/non-formale Bildung, berufliche Bildung und Hochschulwesen rund 267 Mio. Euro ausgezahlt. Weitere 701 Mio. Euro Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern wurden in den Ländern aufgebracht. Damit wendete Deutschland im Jahr 2007 15 Prozent seiner bilateralen Official Development Assistance-Mittel für den Bildungsbereich auf.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Grundbildung. Im Jahr 2008 hat Deutschland zur Sicherung der Grundbildung in den Partnerländern und damit als Beitrag zur Umsetzung der entsprechenden Millenniumsziele 133 Mio. Euro für Grundbildung (einschließlich Alphabetisierung und Erwachsenenbildung) in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt. Damit hat Deutschland seine Verpflichtung aus dem Jahr 2002 zur Verdoppelung der bilateralen Mittel für Grundbildung bereits übertroffen.

Im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit nimmt Deutschland aktiv an der „Education for All – Fast Track Initiative (FTI) teil, in der es 2007 die Präsidentschaft innehatte. FTI ist inzwischen das wichtigste Post-Monterrey-Instrument, um Einfluss auf die nationale Politik im Hinblick auf „Education for All“ zu haben. Dies geschieht unter anderem durch hohes politisches Gewicht, Ressourcenmobilisierung in Industrie- sowie Entwicklungsländern und effiziente Mittelverwendung durch Koordinierung und Harmonisierung. Seit 2007 trägt das BMZ nicht nur im Rahmen der bilateralen EZ zu FTI bei, sondern beteiligt sich mit einem Beitrag in Höhe von 9,5 Mio. Euro für den Zeitraum 2008/2009 (4,5 Mio. Euro im Jahr 2008 und 5 Mio. Euro 2009 am FTI Catalytic Fund).

Daneben hat das BMZ berufliche Fortbildungsprogramme für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungs- und Transformationsländern der InWEnt und der Deutschen Welle – Akademie übertragen. Für diese praxisorientierten Fortbildungsprogramme hat das BMZ im Jahr 2008 rund 63,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf europäischer Ebene

Auch auf europäischer Ebene setzt sich das BMZ für Bildung für nachhaltige Entwicklung ein. Seit 2001 ist das Ministerium Mitglied des Nord-Süd-Zentrums bei dem Europarat. Eine weitere wichtige Plattform ist das Global Education Network Europe, das 2001 auf Initiative des Europarates gegründet wurde. Das Netzwerk dient dem europäischen Erfahrungsaustausch und möchte die entwicklungspolitische Bildung europaweit weiter entwickeln. Insbesondere sollen die osteuropäischen Transformationsländer in diesen Lernzusammenhang eingebunden werden. Über Modelle der Qualitätssicherung soll ein europäischer Vergleich ermöglicht werden.

Zudem fand der European Development Day im November 2008 in Straßburg unter dem Thema „Local Governance“ statt. In diesem Rahmen wurde insbesondere die kommunale Entwicklungszusammenarbeit behandelt. Diese trägt maßgeblich zur entwicklungspolitischen Bildung für breite Bevölkerungsgruppen bei, so dass diese entwicklungspolitische Großveranstaltung staatlicher und nicht staatlicher Akteure und Akteurinnen ebenfalls Gelegenheit bot, gemeinsame europäische Ansätze weiter zu entwickeln.

5.2.14 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Nachhaltigkeitsbezogene Lernziele werden im Bereich der dualen beruflichen Ausbildung seit mehreren Jahren in allen Ausbildungsordnungen berücksichtigt, die das BMWi als Verordnungsgeber gemeinsam mit dem BMBF erlässt. Alle seit 1997 überarbeiteten und seit diesem Zeitpunkt neu geschaffenen Ausbildungsberufe – dies gilt sowohl für den gewerblich-technischen als auch den kaufmännisch-verwaltenden Bereich – orientieren sich am Grundsatz ganzheitlicher Handlungszusammenhänge und enthalten als Standardberufsbildpositionen „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“ sowie „Umweltschutz“. In allen Neuordnungsverfahren wird geprüft, ob diese Standardpositionen ausreichen, die Nachhaltigkeit hinreichend zu berücksichtigen. Sind darüber hinausgehende Maßnahmen erforderlich, werden diese in die fachbezogenen Inhalte aufgenommen, z. B. Sparsamkeit im Umgang mit Materialien, Ressourcen und Energien, regelmäßiges Kontrollieren und Warten.

Darüber hinaus gibt es Fälle, in denen über die Standardlernziele hinaus gehende Qualifikationsanforderungen im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens verbindlich festgeschrieben wurden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Umweltberufe und die Laborberufe Chemikant und Pharmakant, die unter der neuen Berufsbildposition „Betriebliche Maßnahmen zum verantwortlichen Handeln (Responsible Care)“ zahlreiche Aspekte der nachhaltigen Entwicklung enthalten.

5.2.15 Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

Für die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen stellt die gemeinsame Beschulung

von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen an Regelschulen einen Schwerpunkt für die nachhaltige Entwicklung Deutschlands dar. In dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen verpflichten sich die Vertragsstaaten zu einem inklusiven Bildungssystem. Das allgemeine Bildungssystem soll sich so entwickeln, dass Menschen mit Behinderungen am individuellen Bedarf orientiert die notwendige Unterstützung erhalten, damit sie sich mit ihren Fähigkeiten voll entfalten und tatsächlich an der Gesellschaft teilhaben können. Von den knapp 500 000 Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden weniger als 16 Prozent in Regelschulen unterrichtet. Eine Schule für alle macht ein Umdenken in unserem Bildungssystem erforderlich. Es muss von den individuellen Möglichkeiten der Kinder ausgegangen und individuelle und selbstverständlich auch sonderpädagogische Förderung an den Regelschulen angeboten werden. Die Situationen in den Regelschulen müssen so ausgestaltet werden, dass sich die Lehrer um jedes Kind ausreichend kümmern können. Dafür müssen durch kleinere Klassen und Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Denn insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen Fachkräftemangels ist es notwendig allen Menschen die notwendigen Bildungschancen zu eröffnen, damit alle möglichst ohne Probleme in die Arbeitswelt integriert werden können. Für die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft ist auch notwendig, dass menschliche Vielfalt als wünschenswerte Selbstverständlichkeit angenommen wird. Der Umgang mit Menschen, die anders sind, die alt oder die behindert sind, muss gelernt und gelebt werden. Auch hier kann eine konsequente Inklusion von Beginn an helfen.

5.2.16 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien

Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur prägt Persönlichkeit und Identität, sie nimmt Einfluss auf die individuelle Entwicklung – die Entwicklung der Sinne, der kreativen Fertigkeiten, auf den emotionalen Ausdruck – und diese ist prägend für die soziale Kompetenz. In den aktuell diskutierten Studien zur Armut in Deutschland wird zu Recht darauf verwiesen, dass Armut in unserem Land nicht nur ein materielles Problem sei. Armut in Deutschland trägt vielmehr häufig das Gesicht sozialer und kultureller Ausgrenzung und Verwahrlosung, sie beruht auf mangelnder Teilhabe an Bildung und Kultur. Trotz zahlreicher Initiativen in der kulturellen Breitenarbeit ist der Zugang zu Kultur für zahlreiche Menschen bis heute durch soziale Barrieren erschwert. Kultureinrichtungen werden in vielen Fällen nur von bestimmten Bevölkerungsgruppen genutzt; bildungsferne Schichten nehmen ihre kulturellen Angebote nur selten wahr.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) widmet sich deshalb mit besonderer Aufmerksamkeit der professionellen, aktivierenden und zielgruppenorientierten Vermittlung dessen, was die von ihm geförderten Einrichtungen sammeln, erforschen und präsentieren.

Ziel des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ist es, den Aspekt der kulturellen Bildung bzw. der Vermittlung bei allen seinen Förderaktivitäten zu stärken und kulturelle Bildung als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen, die prinzipiell zu den Aufgaben jeder Kultureinrichtung und jedes Kulturprojektes gehört. Dabei sollen vor allem jene Zielgruppen angesprochen werden, die entsprechende Angebote bislang weniger nutzen. In Umsetzung einer kulturpolitischen Initiative von Staatsminister Bernd Neumann wird deshalb folgende Formulierung in die Zuwendungsbescheide des BKM aufgenommen: „Das Engagement der Kultureinrichtungen muss auch darauf gerichtet sein, ihre vielfältigen Potenziale offensiv zu kommunizieren. Deshalb werden die Zuwendungen des Bundes mit dem Ziel einer aktiven kulturellen Vermittlungsarbeit verbunden. Bislang unterrepräsentierten Zielgruppen ist dabei ein besonderer Stellenwert einzuräumen. Die Qualität der kulturellen Vermittlung soll regelmäßig in den Aufsichtsgremien erörtert werden und ist Bestandteil der Erfolgskontrolle“. Außerdem leistet der BKM einen aktiven Beitrag dazu, die Akteure auf Bundesebene zu bündeln und zu vernetzen. Damit wird auch eine Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland realisiert.

Aktivierende Vermittlung bedeutet ebenso die Aneignung von Kompetenzen im Bereich der elektronischen Medien wie die intensive Beschäftigung mit unserer Erinnerungskultur. Insbesondere Fragen des Umgangs mit Medien, Film und Fernsehen und dessen Folgen sind immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Die Stärkung der Medienkompetenz, auch als besondere Ausprägung der Konsumkompetenz, ist daher unerlässlich. Im Bereich der Medienerziehung wurden in der 16. Legislaturperiode mehrere innovative und nachhaltige Projekte initiiert, von denen stellvertretend im Folgenden drei besonders erfolgreiche skizziert werden.

Vision Kino

Die von der Bundesregierung mit initiierte und über den BKM geförderte Gesellschaft „Vision Kino gGmbH – Netzwerk für Film- und Medienkompetenz“ unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler hat die Förderung des Verständnisses für und die Kenntnis über das Medium Kinofilm und den Erlebnisort Kino zum Ziel. Die Einrichtung unterstützt und koordiniert bundesweit Initiativen und Institutionen im Bereich Kino und Schule sowie der außerschulischen Filmarbeit mit engagierten Kinobetreibern und Filmverleihern ein dauerhaftes Netzwerk für Film- und Medienkompetenz soll geschaffen und sichergestellt werden. „Vision Kino“ ist Ansprechpartner für Einzelprojekte, Kinos und Verleiher sowie zentrale Informationsstelle für Lehrkräfte, Schülerinnen, Schüler sowie Eltern. Bundesweit werden unterstützende Maßnahmen u. a. zur Vermittlung von Filmbildung durchgeführt, die sich primär an Kinder und Jugendliche richten. Diese Maßnahmen zur Stärkung von Medienkompetenz basieren darauf, dass gerade der Spielfilm durch das bewegte Bild, den Ton und die Musik ein sehr verdichtetes Genre ist und daher als populäres Leitmedium unserer Gesellschaft zentrale Orientierungsmus-

ter und Vorstellungen von sozialer Realität begründet. „Vision Kino“ (www.visionkino.de) will die Fähigkeit vermitteln, Filmsprache zu verstehen, zu analysieren und sich kritisch mit den Inhalten von Filmen auseinander zu setzen.

Ein Netz für Kinder

Die Förderinitiative „Ein Netz für Kinder“ ist Teil des von der Bundesregierung und der Wirtschaft initiierten Gemeinschaftsprojekts „Ein Netz für Kinder – fragFINN“ (www.Ein-Netz-für-Kinder.de), das Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel am 27. November 2007 gestartet hat.

Ziel der Initiative ist es, Kinder als Nutzergruppe an die Informationsgesellschaft heranzuführen, sie aber gleichzeitig vor den damit verbundenen Gefahren zu schützen. Sie schafft einen Bereich im Internet, der für Kinder unbedenklich ist und das leichte Auffinden interessanter und vielfältiger Inhalte ermöglicht. Kinder sollen durch ein umfangreiches kindgerechtes Angebot davon abgehalten werden, für sie ungeeignete Angebote aufzurufen und gleichzeitig mit Hilfe der positiven Angebote Medienkompetenz erwerben, indem sie einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Medium Internet erlernen und die Netzstruktur begreifen. Zielgruppe sind vor allem Kinder von 6 bis 14 Jahren, wobei der Schwerpunkt bei Kindern des Alters von 8 bis 12 Jahren liegt.

Da der effektivste Jugendmedienschutz in einer Vielzahl qualitätsvoller, altersgerechter und interessanter Inhalte besteht, verfolgt die Initiative das Ziel, einen entsprechenden Surfraum für Kinder zu schaffen.

Die Initiative steht auf zwei Säulen. Mit der ersten Säule wird ein gesicherter Surfraum für Kinder geschaffen. Dieser Teil der Initiative wird von der Wirtschaft finanziert. Mit der zweiten Säule, die vom BKM finanziert wird, wird der Aufbau neuer, kindgerechter Angebote im Wege einer Anschubfinanzierung ermöglicht.

Die führenden nationalen und internationalen Unternehmen und Verbände der Multimediabranche tragen die erste Säule, indem sie den Aufbau und die Fortführung des Internetportals www.fragFINN.de organisieren und finanzieren. Dazu haben sich erstmalig in Europa Wettbewerber zusammengetan, um den repressiven Ansatz des Jugendschutzes um einen positiven, zielgruppengerechten Ansatz zu ergänzen. In Deutschland wird damit ein wichtiger Schritt für die Teilhabe aller an der Informationsgesellschaft getan. Der sichere Surfraum umfasst inzwischen mehrere tausend für Kinder unbedenkliche Domains, die ständig überprüft werden.

Trotz dieser großen Anzahl an Domains gibt es aber nicht genügend hochqualitative Angebote für Kinder im Alter von 6- bis 12 Jahren. Da sich nach den Ergebnissen der KIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest vor allem die unter 10-jährigen dem Internet zuwenden, wird mit der zweiten Säule der Initiative das Angebot verbessert und die Anzahl geeigneter Seiten für Kinder erhöht. Bislang gibt es kaum wirtschaftlich tragfähige Geschäftsmodelle für Kinderinhalte. Viele Unternehmen bieten überhaupt keine eigenen Kinderseiten

an oder haben diese nach einiger Zeit wegen Unrentabilität wieder eingestellt. Kleine, sehr kreative Graswurzelinitiativen benötigen Unterstützung, da sie allein mit ihrem persönlichen Engagement oft keine hinreichend professionellen Seiten aufbauen können.

Die Förderung dient daher neben der Verbesserung der Medienkompetenz der Wirtschaftsförderung, die insbesondere kleinen und mittleren Anbietern aus dem nicht-öffentlichen Bereich die Möglichkeit des Aufbaus eines Medienangebots ermöglicht. Um sicherzustellen, dass es sich ausschließlich um eine Anschubfinanzierung handelt, dürfen die Zuwendungsempfänger die geförderten Internetangebote nach 12 Monaten kommerziell verwenden. Da die Vermarktung kleiner sog. Graswurzelinitiativen oftmals an der unzureichenden Auffindbarkeit ihrer Angebote und dem Mangel an Kontakten zu Providern krankt, sollen diese Defizite durch Plattformen und gemeinsame Tagungen abgebaut werden. Dadurch werden die Verwertungsstrukturen für die Unternehmen und ihre Vernetzung untereinander verbessert. Die Auswahl trifft eine zehnköpfige Fachjury. Es sollen ausschließlich Angebote gefördert werden, die zu einer kompetenten Nutzung des Internets anregen und die Kinderseitenlandschaft nachhaltig bereichern. Dabei werden Integrationsangebote für benachteiligte Kinder eine besondere Rolle spielen.

Zur Qualitätssicherung der Förderinitiative wird diese begleitend evaluiert. Dafür richtet die Universität in Erfurt eine Juniorprofessur ein. Durch die Initiative wird das Vertrauen von Kindern, Eltern und Schulen in das wichtige Medium Internet gefördert.

Deutscher Computerspielpreis

Der Deutsche Computerspielpreis ist die höchste Auszeichnung für interaktive Unterhaltungsmedien in Deutschland. Er wurde am 31. März 2009 in München zum ersten Mal verliehen. Prämiert werden können Spiele in zehn Kategorien. Dafür stehen Preisgelder in Höhe von 600 000 Euro bereit, die je zur Hälfte vom Kulturstaatsminister und den Branchenverbänden zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wird ein nicht dotierter Sonderpreis „Bestes internationales Spiel“ für herausragende ausländische Produktionen verliehen. Ausgewählt werden die Preisträger von einer unabhängigen Jury. Neben Wissenschaftlern, Vertretern der Medienpädagogik und des Jugendmedienschutzes gehören ihr auch zwei Bundestagsabgeordnete, ein Landesabgeordneter sowie Vertreter der Spielbranche an. Die nächste Preisverleihung findet im Frühjahr 2010 in Berlin statt.

5.2.17 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sieht die gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft als zentrales Element für eine nachhaltige Entwicklung. Gute Bildung und Ausbildung der zugewanderten Menschen sichert gesellschaftli-

che Teilhabe und Integration. In den Regelsystemen von Betreuung, Bildung und Ausbildung geht es deshalb verstärkt darum, Chancengleichheit herzustellen sowie höhere Bildungsabschlüsse und Zugänge zu Ausbildung und Hochschule zu erleichtern. Dabei ergänzt ein breites bürgerschaftliches Engagement die Regelangebote auf vielfältige Weise und unterstützt somit Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Bildungsprozess.

Die Beauftragte stärkt mit der „Aktion zusammen wachsen“ das Engagement von Bildungs- und Ausbildungspartnerschaftsprojekten für Migrantinnen und Migranten und wird zunächst mit einer Laufzeit von 2008 bis 2009 durch professionelle regionale und bundesweite Angebote langfristig nachhaltige Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement schaffen.

Das Vorhaben zielt darauf, lokale Projekte zu unterstützen, zu verstetigen und zu vernetzen, sowie auf regionaler und bundesweiter Ebene sinnvolle Infrastruktur- und Serviceleistungen für bürgerschaftliches Engagement bereit zu stellen. Bürgerschaftliches Engagement für die individuellen Bildungsverläufe junger Migrantinnen und Migranten soll aktiviert und gefördert werden. Unterstützt wird das Vorhaben durch das BMFSFJ und private Stiftungen.

Eine bundesweite Servicestelle führt Fachveranstaltungen und Kongresse durch und unterhält ein umfangreiches Online-Angebot für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Projektträger (www.aktion-zusammen-wachsen.de). Die Webseite bietet eine Projektdatenbank, Online-Bibliothek, aktuelle Informationen und Nachrichten zum Thema sowie für die Aktion entwickelte Publikationen zum Download (Patent-Atlas, Leitfaden für Patenschaften, Qualitätskriterien und Instrumente für die Qualitätsentwicklung). Modellhaft werden fünf regionale Servicestellen eingerichtet, die vor Ort eine Plattform für den fachlichen Erfahrungsaustausch der Akteure bieten.

Die „Aktion zusammen wachsen“ ist offen für das gesamte Spektrum bürgerschaftlichen Engagements im Bildungsbereich, setzt aber Schwerpunkte bei der frühen Förderung und bei betrieblicher Ausbildung. Im Fokus stehen die Phase der frühen Kindheit bis zum Ende der Grundschule, der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung sowie die Unterstützung der Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit von Betriebsinhaberinnen und -inhabern mit Migrationshintergrund.

6 Aktivitäten der Länder

6.1 Übergreifende Maßnahmen

Kultusministerkonferenz

Die KMK ist Mitglied des Nationalkomitees und des Rundes Tisches der UN-Dekade sowie in der Arbeitsgruppe Schule. Sie hat vielfältige Initiativen ergriffen, die im Folgenden nur beispielhaft dargestellt werden können.

Seit dem Jahr 2004 führt die KMK mit dem BMZ und InWent ein gemeinsames Vorhaben durch, das der Förderung des Lernbereichs Globale Entwicklung in Schulen

und bei außerschulischen Kooperationspartnern dient (vgl. auch Kapitel 5.2.3). Im Juni 2007 wurde ein Arbeitsergebnis des Vorhabens, der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom Plenum der KMK verabschiedet. Dieser Orientierungsrahmen bietet Hilfestellung für die Entwicklung von Lehrplänen und schulischen Curricula, für die Gestaltung von Unterricht sowie für lernbereichsspezifische Anforderungen und deren Überprüfung. Er liefert Bezugspunkte in den Unterrichtsfächern bis hin zu Beispielaufgaben u. a. für Biologie oder Erdkunde. Der Orientierungsrahmen umfasst Aussagen zu

- den Kompetenzen, die Schülerinnen und Schüler erwerben sollen,
- den Themen und fachlichen Inhalten, die für den Erwerb dieser Kompetenzen wichtig oder geeignet sind,
- den Leistungsanforderungen, die erreicht und in konkreten Aufgaben überprüft werden sollen.

Im Rahmen des Vorhabens wurden im Berichtszeitraum von InWent zwei große Fachtagungen zum Lernbereich Globale Entwicklung durchgeführt. Diese Tagungen dienten der Abstimmung mit der Fachöffentlichkeit (Kultusministerien der Länder, den für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Akteure aus Wissenschaft und Fachdidaktik). Seit der Veröffentlichung des Orientierungsrahmens werden Umsetzungsaktivitäten der Länder wie Lehrerfortbildungen vom Projekt begleitet und gefördert. Das Vorhaben ist Teil des Maßnahmenkatalogs des Nationalen Aktionsplans der UN-Dekade.

Ebenfalls im Juni 2007 hat die KMK gemeinsam mit der DUK eine Empfehlung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule verabschiedet. Ziel der Empfehlung ist eine stärkere Orientierung der Schulen an den Leitbildern von Gestaltungskompetenz und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Zur Umsetzung dieser Leitbilder in das Schulprofil nennt die KMK drei wesentliche Ziele, die in die Schulen integriert werden sollen:

- interdisziplinäres Wissen,
- partizipatives Lernen,
- Etablierung innovativer Strukturen.

Anhand dieser Kategorien sollen die Möglichkeiten der Gestaltung der Schule als erweiterter Lernort genutzt und eine Öffnung der Schulen durch die Einbeziehung außerschulischer Lernorte und Kooperationspartner vorangebracht werden.

Auf der „UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn“ führte die Kultusministerkonferenz in Zusammenarbeit mit InWent einen Workshop mit dem Titel „From the margins to the centre – establishing education for sustainable development in education plans and curricula“ durch. Im Mittelpunkt standen dabei der Ansatz des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Ent-

wicklung sowie geplante Umsetzungsaktivitäten für die zweite Halbzeit der UN-Dekade“.

Umweltministerkonferenz (UMK)

Die UMK hat mehrere Arbeitsgremien aus Vertretern des Bundes und der Länder, die der UMK zuarbeiten. Für den Bereich nachhaltige Entwicklung und die Bildung für nachhaltige Entwicklung ist seit November 2007 die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft „Klima, Energie, Mobilität – Nachhaltigkeit“ zuständig. Sie begleitet fachlich u. a. die Vertretung der UMK im Nationalkomitee und am Runden Tisch durch Herrn Staatssekretär Schink (NW).

Die UMK betont gemeinsam mit der Jugendministerkonferenz (JMK) die große Bedeutung einer Altersgerechten Umweltbildung im Vorschulbereich und fördert die Umweltbildung im Elementarbereich. Die Mitglieder der UMK unterstützen die Kooperationen zwischen vorschulischen und schulischen Einrichtungen einerseits und den außerschulischen umweltpädagogischen Einrichtungen andererseits, insbesondere im Hinblick auf die Fortbildung von Fachkräften. Im Rahmen der Präzisierung der Vorgaben für die frühe Bildung soll danach das Thema Nachhaltige Entwicklung verstärkt berücksichtigt werden. Die UMK hat daher die zuständigen Ministerkonferenzen JMK und die Kultusministerkonferenz (KMK) gebeten, das Thema Nachhaltige Entwicklung sowohl in der Aus- und Fortbildung der Fachkräfte als auch bei der Erstellung von Bildungsplänen auf Länderebene und in der Qualitätsentwicklung von Kindertagesstätten zu verankern. Die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen, schulischem Bereich und außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen solle abgesichert und ausgebaut werden.

6.2 Einzelne Länder

Es ist hervorzuheben, dass neun Länder im Zuge der UN-Dekade bisher eigene Landesaktionspläne erarbeitet und veröffentlicht haben. Sie haben in entsprechende Kabinetts- und/oder Landtags-/Bürgerschaftsbeschlüsse zur Unterstützung der UN-Dekade BNE gefasst und/oder eigene Landesaktionspläne bzw. Agenda21-Programme oder Landesnachhaltigkeitsprogramme zur Unterstützung der UN-Dekade BNE vorgelegt. Andere Länder entwickeln diese derzeit. Zudem wurden mehrere länderübergreifende Partnerschaften und Kooperationsprojekte wie die Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade gestartet, die Bildung für nachhaltige Entwicklung fest in den Landesstrukturen etablieren.

Aus den Ländern stammen viele Beiträge zu den Maßnahmen im Nationalen Aktionsplan (NAP) für Deutschland – UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014. Staatliche und gesellschaftliche Akteure aus allen Bildungsbereichen arbeiten eng zusammen. Angebote bestehen für den gesamten Bildungsverlauf vom vorschulischen und schulischen Bereich über die berufliche Aus- und Fortbildung bis zur (lebenslangen) Weiterbildung. Zu diesen Angeboten gehört auch, dass mehrere Umweltressorts der Länder inzwischen spe-

zielle Websites zur UN-Dekade BNE im Internet eingerichtet haben.

6.2.1 Baden-Württemberg

BNE in der baden-württembergischen Landesstruktur

Die UN-Dekade wird von der Landesregierung als Chance verstanden, Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker im gesamten Bildungssystem zu verankern. Dazu sollen bereits vorhandene Ressourcen und Initiativen genutzt, gleichzeitig aber auch neue Perspektiven entwickelt und weitere Akteure einbezogen werden.

Zur Unterstützung der UN-Dekade wurde von der Landesregierung im November 2005 mit einem Kabinettsbeschluss der Aktionsplan „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ verabschiedet. In diesem Aktionsplan werden rückblickend die bisherigen Aktivitäten des Landes dokumentiert und nach vorn weisend konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der UN-Dekade beschrieben. Der Aktionsplan wurde am 2. Dezember 2005 im Rahmen des 1. Symposiums „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Im Aktionsplan werden Ziele für die UN-Dekade in Baden-Württemberg formuliert, die sich an den strategischen Zielen des Nationalen Aktionsplanes orientieren. Darüber hinaus enthält der Aktionsplan einen Maßnahmenkatalog mit einer Zusammenstellung von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen. Als Schwerpunkte wurden die vorschulische und die schulische Bildung, die außerschulischen Lernorte, die außerschulische Jugendbildung, die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie die berufliche Fort- und Weiterbildung ausgewählt. Der Aktionsplan des Landes ist im Nationalen Aktionsplan als Maßnahme vertreten.

Der im baden-württembergischen Aktionsplan enthaltene Maßnahmenkatalog ist nicht abschließend, sondern soll im Rahmen der Dekade regelmäßig fortgeschrieben und um Maßnahmen der nichtstaatlichen Akteure ergänzt werden. Eine Fülle von Maßnahmen wird dabei gemeinsam mit der Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg umgesetzt. Im Bereich der übergreifenden Maßnahmen finden sich insbesondere strukturelle Maßnahmen und Impulsveranstaltungen, die für den künftigen Verlauf der Dekade in Baden-Württemberg von Bedeutung sind.

Die Steuerung und Koordination der Aktivitäten des Landes im Rahmen der Dekade obliegen der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (IMA), der das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (Vorsitz), das Umweltministerium, das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, das Wirtschaftsministerium sowie die Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg angehören. Als Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, ist sie operativ und fördernd in innovativen und modellhaften Maßnahmen insbesondere im Bereich der Aufklärung, Ausbildung und Fortbildung im Natur und

Umweltschutz/Bildung für nachhaltige Entwicklung tätig.

Zur Unterstützung der IMA wurde 2007 beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport eine Koordinierungsstelle für die UN-Dekade eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, die Treffen des Netzwerkes „Nachhaltigkeit lernen“ und der Netzwerk-Arbeitsgruppen zu organisieren und den Dekadeprozess in Baden-Württemberg zielführend zu moderieren. Die Koordinierungsstelle gewährleistet überdies den kontinuierlichen und zielgerichteten Informationsfluss zwischen den Beteiligten.

Die Partizipation und Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in den UN-Dekadeprozess in Baden-Württemberg ist ein zentrales Anliegen des Landes. Hierzu wurde am 23. Juli 2006 in Stuttgart das Netzwerk „Nachhaltigkeit lernen“ ins Leben gerufen. Das Netzwerk vereinbart Leitlinien und Ziele, gemeinsamen Handlungsfeldern und konkrete, gemeinsame Maßnahmen und einigt sich auf eine gemeinsame Kommunikationsstrategie und Evaluierungsmethoden. Die Beteiligten kommunizieren die Beschlüsse in ihren Institutionen, Organisationen und Mitgliedsgruppen und sorgen dafür, dass diese den gemeinsam beschlossenen Aktionsplan mittragen. Erkennbar wird dies in den 96 ausgezeichneten Dekade-Projekten (Stand Herbst 2008), die landesweit an der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung beteiligt sind.

BNE in der Schule und anderen Bildungseinrichtungen

Mit den Bildungsplänen 2004 wurde die entscheidende Grundlage dafür gelegt, BNE in den verschiedenen Fächern und Fächerverbänden sowie den Schulcurricula verankern zu können. Der Aspekt „Umwelterziehung und Nachhaltigkeit“ wurde bereits vor dem Start der UN-Dekade ausdrücklich als Themen- und Aufgabenbereich in den neuen Bildungsplänen verankert. Zur Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule wurden zudem folgende Maßnahmen angeregt:

- Eine empirische Erhebung zum Stand der Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen in Baden-Württemberg als Grundlage für die Bedarfsentwicklung weiterer konkreter Angebote (Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, Materialien etc.).
- Weitere Handreichungen zum Themenkomplex „Umwelterziehung und Nachhaltigkeit“ der Bildungspläne 2004 für die allgemein bildenden Schulen und alle Schulen in Baden-Württemberg. Die Handreichungen sollen auch in der Lehrerfortbildung Einsatz finden.
- Unterstützung von Schülerwettbewerben und Schul- bzw. Schülerprojekten, die Inhalte der nachhaltigen Entwicklung zum Gegenstand haben.
- Eine Ausstellung „Expedition ins Klima – Dein Leben im Morgen“ für Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I und II.
- Multiplikatorenschulung für Fachberater und Seminarlehrkräfte beispielsweise im Rahmen des Orientie-

rungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.

- Im außerschulischen Bereich wurden durch das Förderprogramm der Landesstiftung Baden-Württemberg „Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit lernen“ in den zurückliegenden zwei Förderrunden bisher 14 Projekte gefördert, die die Vielschichtigkeit der Themen im Rahmen von Bildung für nachhaltiger Entwicklung widerspiegeln.

Perspektiven

Im Rahmen der aktuell stattfindenden Fortschreibung des Aktionsplanes „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ werden in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren Handlungsdefizite bzw. Handlungsbedarf in den unterschiedlichsten Bildungsbereichen konstatiert sowie Leitlinien und Ziele für eine gemeinsame Arbeit benannt. Nach Abschluss der Fortschreibung geht es um die konkrete Umsetzung des Aktionsplanes. Dabei wird die Integration von BNE im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes eine wichtige Rolle spielen.

6.2.2 Bayern

BNE in der bayerischen Landesstruktur

In Bayern wurde das erste Umweltministerium in Europa etabliert. Dementsprechend gibt es in Bayern eine lange Tradition im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, die sich auch in einer dichten Struktur von Orts-, Kreis- und landesweiten Gruppierungen zeigt. Diese Gruppen engagieren sich intensiv für Bildung für nachhaltige Entwicklung und kümmern sich um deren Umsetzung und Verankerung in weiten Teilen der Gesellschaft. Im Gefolge der 1992 in Rio beschlossenen Agenda 21 bildeten sich bereits in den 90er Jahren zusätzlich hunderte von lokalen Agenda-Gruppen, die ebenfalls das Thema BNE aufgreifen. Auch im Bildungsbereich ist Umweltbildung in Bayern seit vielen Jahren etabliert. Derzeit erarbeitet Bayern einen eigenen Landesaktionsplan, der alle BNE-relevanten Themenbereiche umfasst.

Zur Koordinierung der Landesaktivitäten arbeitet seit Jahren ein Arbeitskreis „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, dem neben allen einschlägigen Ministerien die wichtigsten Verbände im Umfeld von BNE, Wirtschaftsvertreter, Gewerkschaften, Kirchen, Medien etc. angehören. Dieser Arbeitskreis ist beim Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz angesiedelt. Das Gremium erarbeitet u. a. den bayerischen Landesaktionsplan.

Neben dem Arbeitskreis BNE gibt es mehrere koordinierende Stellen, wie beispielsweise ein Agenda21-Büro oder das Umweltministerium als Leitstelle aller unter der Dachmarke „Umweltbildung Bayern“ agierenden Verbände und Anbieter. Ziel dieser Dachmarke ist es u. a. einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Umweltbildung

im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu leisten.

Einen Nachweis für die flächendeckende Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern bilden die ausgezeichneten 88 Dekade-Projekte (Stand Herbst 2008). Diese Projekte bieten landesweit eine Vielzahl an guten Beispielen in den Handlungsfeldern Qualifizierung und Zertifizierung, Innovation und Transfer, Vernetzung und Kooperation, öffentliche Wahrnehmung und Kommunikation, sowie internationale Ausrichtung.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind in den bayerischen Schulen stark verankert. Entsprechend dem Auftrag der Bayerischen Verfassung (Artikel 131 Absatz 2) sind alle Schulen zur Umweltbildung verpflichtet. Der Rahmenplan in Form der „Richtlinien für die Umweltbildung an den bayerischen Schulen“ wurde 2003 vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus unter das Leitziel einer nachhaltigen Entwicklung gestellt. Diese Richtlinien orientieren sich explizit am Bericht der Brundtland-Kommission zur nachhaltigen Entwicklung, nehmen eine globale Position ein und plädieren für eine Öffnung der Schule für Kooperationen mit externen Partnern und hin zu außerschulischen Lernorten. Die Richtlinien sind verbindliche Vorgaben sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Lehrplangestalter.

BNE ist auch Teil der bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Gemäß § 37 der Lehramtsprüfungsordnung I gehört die „Kenntnis der Möglichkeiten des Unterrichtsfachs, zum Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt beizutragen“ zu den inhaltlichen Prüfungsanforderungen im Staatsexamen aller Fächer. Zusätzlich ist das Thema in einigen Ausbildungsgängen (z. B. Biologie, Physik) mehrfach verankert. Auch in der 2. Phase der Lehrerbildung ist die Thematik verbindlich vorgeschrieben.

Im Bereich der Volksschulen gibt es ein fest etabliertes System von Fachberatern für Umweltbildung sowie ein Netz von lokalen und regionalen Arbeitskreisen, die sich für BNE engagieren. Zudem gibt es mehrere Transfer-21-Multiplikatoren, die im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen Schulen dabei unterstützen sollen, sich zu Transfer-21-Schulen zu entwickeln. Auch mit dem Projekt „Umweltschule in Europa – Internationale Agenda 21 Schule“ werden von Jahr zu Jahr mehr Schulen erreicht.

Perspektiven

Auf der Basis der bereits bestehenden und gut funktionierenden Strukturen der Bildung für nachhaltige Entwicklung an den bayerischen Schulen wird kontinuierlich weiter daran gearbeitet, BNE flächendeckend an allen bayerischen Schulen zu etablieren. Ziel ist es, dass BNE selbstverständlicher und mit Leben erfüllter Bestandteil des Schulalltags wird.

6.2.3 Berlin

BNE in der Berliner Landesstruktur

Die UN-Dekade wird in Berlin als Chance begriffen, BNE stärker in die Bildungsinstitutionen zu integrieren. In Berlin werden Initiativen zur UN-Dekade von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gefördert und koordiniert. Vertreter der für Bildung, Stadtentwicklung und Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltungen wirken zudem in einer Arbeitsgruppe zusammen, die u. a. der Vorbereitung von Veranstaltungen zum Thema BNE dient. Die Koordinierung der Veranstaltungen geht sowohl von der Senatsverwaltung für Bildung als auch von der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in der Senatsverwaltung für Wirtschaft aus.

In den letzten drei Jahren wurden regelmäßig Veranstaltungen im Rahmen der UN-Dekade durchgeführt, u. a.:

- „Globalisierung und Bildung in der Metropole Berlin“ im September 2006 (200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer),
- „Nachhaltigkeit und Wirtschaft“ – Projekte zum Thema Nachhaltigkeit aus der Berliner Wirtschaft im Juni 2007 (160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer).

Im Lenkungsausschuss des Programms „Transfer-21“ und beim Runden Tisch gibt es darüber hinaus landesübergreifende Verknüpfungen. Berlin ist beispielsweise durch die Koordinatorin für das inzwischen beendete Programm „Transfer-21“ am Runden Tisch vertreten.

Im Rahmen der UN-Dekade sind bisher über 40 Berliner Projekte ausgezeichnet worden, darunter Projekte wie

- Modellregion Berliner Wald und Holz,
- „Prima Klima“. Ein Theaterstück über den Klimawandel für Menschen ab 8 vom Grips-Theater,
- Kampagne für Globales Lernen in der Beruflichen Bildung.

Seit 2003 wurden zudem jährlich ca. 12 bis 16 Schulen als Umweltschule Europa- bzw. Agenda 21-Schule ausgezeichnet.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

In den Rahmenlehrplänen des Landes Berlin ist nachhaltige Entwicklung in vielen Bereichen verankert, z. B. in den Naturwissenschaften, in Biologie und Chemie, in Sozialkunde, in Politikwissenschaften, im Sachunterricht und in Arbeitslehre. Dabei geht es vor allem um das Wissen um nachhaltige Entwicklungen und um systemische Ansätze.

Auch in der Lehrerbildung des Landes ist BNE fest integriert, vor allem in den Seminaren der Lehrerbildung der 2. Phase. Im Dezember 2007 fand eine Fachtagung zu BNE mit den Leiterinnen und Leitern aller

schulpraktischen Seminare in Berlin statt. Es ist geplant, auch für die Fachseminare eine Tagung zu BNE anzubieten. In dem für die Lehrerfortbildung zuständigen Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg werden Lehrkräfte als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für BNE qualifiziert und in der regionalisierten Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung für die Themenbereiche BNE, Umwelterziehung und Gesundheit eingesetzt.

Zu den wichtigsten Projekten zur Verankerung von BNE in den Schulen zählen:

- Durchführung von ‚Klimatagen‘ anhand des Planspiels „Keep Cool“ in allen 10. Klassen eines Gymnasiums,
- Einrichtung nachhaltiger Schülerfirmen z. B. mit fairen Produkten, mit Nachhaltigkeitsberichten, mit gesunder Ernährung, mit Recycling-Papier, mit Gender-Aspekten, mit sozialen Aspekten,
- Einrichtung von Lernwerkstätten, in denen erneuerbare Energien, Mobilitätserziehung und interkulturelle Bildung einen Schwerpunkt haben,
- Mitgestaltung von Schulhöfen, z. B. mit selber gestalteten Fahrradständern aus Recyclingmaterial,
- Schwerpunktklasse in der Erzieherausbildung; in fast allen Themenfeldern der Ausbildung wird BNE ein Schwerpunkt – von der Mobilitätserziehung bis zum Interkulturellen Lernen; die Gestaltungskompetenz ist ein wesentliches Merkmal,
- Schülergruppen, die als Zukunftsdetective arbeiten,
- Theatergruppen zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen,
- Schulentwicklung mit dem Schwerpunkt Entwicklung von Schülerregeln.

Perspektiven

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Modellvorhabens Transfer-21-Berlin wurde im April 2008 ein weiterer Meilenstein für die Bildung der nachhaltigen Entwicklung in Berlin innerhalb der Dekade gelegt. Unter dem Titel: „Unsere Welt ist meine Welt und die hat eine Zukunft – Perspektiven einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in Berlin“ wurden Projekte aus den Programmschulen, Entwicklungsvorhaben in Bezug auf Schul- und Unterrichtsvorhaben und Vorhaben und Angebote vieler Kooperationspartner aus dem Bildungsbereich vorgestellt. Aus vier Senatsverwaltungen waren Vertreterinnen und Vertreter beteiligt und stellten Projekte, Initiativen und Arbeitsergebnisse zu BNE vor.

Es ist vorgesehen, dass BNE nach dem Schuljahr 2008/2009 weiterhin von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung koordiniert wird. Geplant ist z. B. eine Fachtagung pro Jahr zu Aspekten von BNE, die an den Jahresthemen der UN-Dekade orientiert sein soll. Das bestehende Netzwerk für BNE im Bildungsbereich soll z. B. im Hinblick auf Schulentwicklungsvorhaben er-

weitert werden. Das zwischen den Senatsverwaltungen geknüpfte Netzwerk soll gefestigt werden.

6.2.4 Bremen

BNE in der Bremer Landesstruktur

Für das Programm „Transfer 21“ wurde 2004 in Bremen mit dem „Team 21“ eine Koordinations- und Kooperationsstruktur etabliert. In diesem „Team 21“ arbeiteten: das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit (seit 2007 als Abteilung beim Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa), das Landesinstitut für Schule Bremen, das Institut für Lehrerfortbildung Bremerhaven und das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung kontinuierlich mit. Punktuell wurden weitere Kooperationspartner einbezogen, z. B. die Volkshochschule Bremen und die Kunsthalle Bremen.

Auf Initiative und mit der finanziellen Unterstützung des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa wurde im Frühjahr 2007 die Koordinierungsstelle Umweltbildung Bremen c/o Bremer Umwelt Beratung e. V. eingerichtet. Damit verbunden ist ein stadtteilorientiertes Umweltbildungsangebot für Kinder und Jugendliche von außerschulischen Bildungsträgern – in Kooperation mit den für Bildung und Erziehung zuständigen Einrichtungen und Institutionen sowie mit weiteren für die Zielgruppe relevanten Partnerinnen und Partner.

Es wurde eine Koordinations- und Kooperationsstruktur konzipiert, die ab dem Schuljahr 2008/2009 eine enge, institutionell abgesicherte Zusammenarbeit zwischen den Behörden Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa sowie Senatorin für Bildung und Wissenschaft vorsieht.

Im Rahmen der Norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade (NUN) arbeitet Bremen zudem als assoziiertes Mitglied mit anderen norddeutschen Ländern zusammen.

Bislang wurden in Bremen zehn Dekade-Projekte anerkannt (Stand Herbst 2008): Das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung und dessen Projektangebot „Fair Play – Fair Pay“, die Kunsthalle Bremen mit dem Projekt „Globales Lernen in der Kunsthalle“, der Verein StattReisen e. V. mit dem Stadtspiel „Auf den Spuren der Globalisierung in Bremen“, sowie die Schülerfirma KursivDesign des Schulzentrums an der Alwin-Lonke-Straße mit dem Projekt „Fairos-Kaffee“ und zwei Projekte der Universität Bremen.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Bremen hat sich stets für die gleichrangige Behandlung von Umweltfragen und Fragen der nachhaltigen Entwicklung im Nord-Süd-Verhältnis engagiert und eine Integration von Globalem Lernen und Umweltbildung angestrebt. Bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in der Bildungsarbeit der Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit gerät jedoch nach wie vor häufig die Umweltbildung in den Fokus der Aktivitäten, u. a. weil diese sich als unmittelbar erfahrbar und mit naturwissenschaftlichen Metho-

den erschließbar erweist. Bremen hat – u. a. im Programm 21 – immer wieder versucht, die globale Perspektive systematisch in die Projekte und Aktivitäten zu integrieren.

An dem Programm „Transfer-21“ war Bremen mit 27 Schulen (von landesweit rund 200) beteiligt, weitere rund 40 Schulen sind mit einzelnen Projekten zum Globalen Lernen bzw. zur Nachhaltigkeitsbildung in die Informations- und Beratungsangebote des biz, das derzeit die Programmkoordination auf der operativen Ebene wahrnimmt, einbezogen.

BNE ist in den Bildungsplänen zwar nicht als eigenständiges Thema aufgeführt, schlägt sich aber in vielfältiger Weise in den unterschiedlichen Plänen zu den Unterrichtsfächern für alle Schulstufen und -arten nieder. Z. B. im Sachunterrichts-Bildungsplan für die Primarstufe, in den naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen sowie in den wirtschaftswissenschaftlich/technischen Fächern.

Die verschiedenen fachspezifischen Zugänge zu Themen der BNE werden durch besondere Angebote in Form von Materialien und Anregungen für die Lehrerschaft ergänzt. Diese auf einzelne Fächer bezogenen Unterstützungsleistungen sollen weiter ausgebaut werden; dies impliziert auch Hinweise auf Chancen und Möglichkeiten einer interdisziplinären Arbeit im Unterricht.

Auch die Aktivitäten zur Integration von BNE in die Lehrerbildung (1. und 2. Phase) sowie in die Lehrerfortbildung (3. Phase) sind elementarer Bestandteil der Arbeit für Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bremen; sie sollen zukünftig intensiviert werden. Insbesondere in Bezug auf die Ausbildung von Lehrkräften für den Sachunterricht hat sich eine intensive Kooperation zwischen dem Landesinstitut für Schule und der Universität Bremen entwickelt, die weiter ausgebaut werden soll.

Mit verschiedenen außerschulischen Einrichtungen aus den Bereichen Umweltbildung und Globales Lernen sind inzwischen Kooperationsverträge abgeschlossen worden. Um sich den Themen der BNE zuzuwenden, hat es sich bewährt, nicht nur über Fortbildungen von Lehrkräften, sondern auch über die unmittelbare Begleitung des Unterrichts den Lehrkräften durch außerschulische Experten Anregungen für die eigene Weiterarbeit und die Erweiterung der eigenen Perspektiven zu übermitteln. Lohnenswert ist dabei auch die Initiierung und Unterstützung gesamtschulischer Aktivitäten, z. B. eine Projekt-Themenwoche, über die das Kollegium in eine Kooperation hinein wächst und die zugleich der interdisziplinären Herangehensweise auf BNE-Themen Rechnung trägt.

In einem mehrjährigen Verbundprojekt haben fünf Bremer Bildungseinrichtungen ein Umweltmanagementsystem aufgebaut und erfolgreich mit einer Zertifizierung abgeschlossen.

Perspektiven

Ziel ist es, durch verstärkte Integration der Bereiche Umweltbildung und Globales Lernen BNE in allen Bildungs-

bereichen breit zu verankern und zu verstetigen. Die Öffnung des Blickes von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen für die Zusammenhänge und Interdependenzen in einer globalisierten Welt sowie für die darin bestehenden individuellen und gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten steht im Fokus der Bildungsarbeit. In diesem Sinne sollen Gestaltungskompetenz gefördert und das Verantwortungsbewusstsein von Schülerinnen und Schülern gestärkt werden.

Um diese Ziele auch über das Ende des Programms „Transfer-21“ intensiv verfolgen zu können, wurde eine Konzeption zur Verstetigung der Programmleistungen erarbeitet. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Anbindung der BNE-Aktivitäten an die internen Schulentwicklungsprozesse sowie an die schulstrukturellen Entwicklungen, wie z. B. die Ganztagschulen; beides wird zukünftig verstärkt in den Blick genommen.

Angestrebt wird eine Institutionalisierung der ressortübergreifenden Kooperation zwischen den Behörden Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa und Senatorin für Bildung und Wissenschaft, eine konzeptionelle und organisatorische Weiterentwicklung der vorhandenen Koordinationsstrukturen für Umweltbildung und Globales Lernen sowie die verstärkte Einbindung nicht-staatlicher Bildungseinrichtungen.

6.2.5 Brandenburg

BNE in der brandenburgischen Landesstruktur

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz ist das im Land Brandenburg fachlich federführende Ressort für nachhaltige Entwicklung. Aus der grundsätzlichen Zuständigkeit des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport für den Bildungsbe- reich – ausgenommen den Hochschulbereich – ergibt sich auch eine grundsätzliche Zuständigkeit für BNE.

Die Zusammenarbeit zwischen den genannten Ressorts wurde im Zuge der UN-Dekade vertieft und die Vertretung des Landes Brandenburg am Runden Tisch an das MBS übergeben. Es ist geplant, die Zusammenarbeit mit weiteren Ressorts im Rahmen der Einberufung eines brandenburgischen Runden Tisches BNE zu initiieren bzw. zu erweitern. In diesem Kontext wird derzeit ein Landesaktionsplan BNE vorbereitet. In diesen Aktionsplan werden ausgezeichnete Dekade-Projekte des Landes Brandenburg, die Weitergabe und Verbreitung von Erfahrungen und Ergebnissen von BNE-Projekten auf weitere Akteure durch Nutzung und Erweiterung von Netzwerken und Ergebnisse von Workshops aus geplanten Veranstaltungen Eingang finden.

Im Land Brandenburg wurden verschiedene Projekte initiiert und durchgeführt, die sich dem Grundanliegen der UN-Dekade widmen. 16 dieser Projekte wurden als offizielle Projekte der Dekade ausgezeichnet (Stand Herbst 2008). Diese Projekte haben sowohl Schulen als auch andere Bildungseinrichtungen als Projektträger und leisten Beiträge zu BNE sowohl im unterrichtlichen, außerunterrichtlichen als auch im Jugendbildungsbereich. Netz-

werke mit anderen Ländern bestehen im Rahmen des Projektes Transfer-21.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

In allen Rahmenlehrplänen der Sekundarstufe I sind übergreifende Themen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung verbindlich ausgewiesen. In einer Publikation „Über das Fach hinaus – fachübergreifender, fächerverbindender Unterricht und die Übergreifenden Themenkomplexe (ÜTK)“ erhalten Lehrkräfte sehr ausführliche Hinweise zur Umsetzung einer BNE. Grundlage dafür war die Orientierungshilfe BNE, die im Rahmen des BLK-Programms „21“ erstellt wurde. Darüber hinaus ist BNE und der Erwerb von Gestaltungskompetenz im Orientierungsrahmen für Schulqualität in Brandenburg an mehreren Stellen als Qualitätskriterium ausgewiesen.

Durch die inhaltliche und institutionelle Umstrukturierung der Lehrerbildung bestanden gute Bedingungen, um BNE in die Lehrerbildung zu integrieren. In diesem Zusammenhang wurden Fortbildungen für Haupt- und Fachstudienleiter mit dem Ziel, Module für die 2. Phase der Lehrerbildung zu erarbeiten, geplant und durchgeführt. Diese Maßnahme wird im Schuljahr 2008/2009 noch weiter ausgebaut.

Zudem existieren in Brandenburg vielfältige Projekte zur Implementierung von BNE:

- Das Programm „Transfer-21“ erreichte 14 Prozent der brandenburgischen Schulen. Die im vorangegangenen BLK-Programm „21“ erarbeiteten Konzepte, Materialien und Strukturen werden genutzt, weiterentwickelt und ausgebaut.
- Jährlich wird vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg eine zweitägige Fachtagung für Lehrkräfte zur BNE organisiert und durchgeführt.
- Für die Etablierung von BNE in die Ganztagschulen existiert eine Vereinbarung zwischen der Arbeitsgemeinschaft für Natur und Umwelt e. V. und der Vereinigung entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg e. V. (VENROB) mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Diese soll es ermöglichen, dass außerschulische Anbieter in das Ganztagsangebot integriert werden können.
- Die Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT) haben das Ziel, die Notwendigkeiten und Chancen nachhaltiger Entwicklung im Land Brandenburg zu thematisieren. Schulische und außerschulische Träger sowie zivilgesellschaftliche Akteure sollen angeregt werden, sich mit Fragen nachhaltiger Entwicklung unter globalen Gesichtspunkten zu beschäftigen. Auch die Ökofilm-Tour leistet einen bedeutsamen Beitrag zur BNE durch die aktive Auseinandersetzung mit filmischen Werken zur Nachhaltigkeit durch Gespräche mit Experten angefangen von Filmemachern bis hin zu Politikern.
- „Gemeinsam lernen – zusammen arbeiten“ ist das Motto der Bildungsarbeit des Arbeitsbereichs „Glo-

les Lernen“ der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg. Seit über 15 Jahren ist die nachhaltige Bildungsarbeit dieser regionalen Arbeitsstelle insbesondere mit Sansibar/Tansania ein wichtiger Bestandteil der Arbeit für ein zukunftsfähiges Miteinander in einer globalisierten Welt.

Perspektiven

Wie in der Darstellung der Integration von BNE in die Landesstruktur bereits beschrieben, werden verstärkte Anstrengungen unternommen, um im Rahmen der Umsetzung von BNE im Land Brandenburg durch Etablierung eines Runden Tisches die Arbeitskontakte der für BNE zuständigen Ressorts zu erweitern. Ziel ist es, arbeitsfähige und aktive Netzwerke aufzubauen. Diese Strukturen sollen die Erarbeitung und Umsetzung des Landesaktionsplans in vielfältiger und effektiver Weise unterstützen. Die Möglichkeit der Durchführung eines BNE-Aktionstages als Auftaktveranstaltung wird gegenwärtig geprüft.

Die durch das Programm „Transfer-21“ geschaffenen Netzwerke und die erarbeiteten Materialien sollen in der Folgezeit ausgebaut bzw. vervollständigt und ständig aktualisiert werden, um auf dieser Basis möglichst viele der brandenburgischen Schulen in die aktive Beschäftigung mit Fragen der BNE einzubeziehen.

Auch für weitere Projekte, z. B. die Projekte BREBIT und ÖkofilmTour, laufen Planungen über das Jahr 2008 hinaus. Dabei ist zu verzeichnen, dass insbesondere die Zahl der aktiv an diesen Projekten beteiligten Schulen ständig gestiegen ist.

6.2.6 Hamburg

BNE in der Hamburger Landesstruktur

Hamburg hat mit der Unterzeichnung der Aalborg-Charta bereits 1996 die Bereitschaft erklärt, nachhaltige Entwicklung als wichtiges Element der Stadtentwicklung voranzubringen. Der Hamburger Senat formulierte als umfassende und langfristige strategische Vision für die Entwicklung der Stadt das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. In diesem Leitbild werden die Sicherung der Lebensqualität und der Zukunftsfähigkeit der Stadt als wesentliche Dimensionen der qualitativ wachsenden und attraktiven Stadt definiert. Dafür gilt es, das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern – auch das der Bildung – angemessen zu berücksichtigen. Der Senat hat in einer Drucksache im Mai 2005 Ziele zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsansatzes in den verschiedenen Bildungsbereichen formuliert.

Im Mai 2005 startete der Hamburger Senat auch die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ und ist damit im Nationalen Aktionsplan vertreten. In dieser Initiative arbeiten staatliche und nichtstaatliche Institutionen, Verbände und Organisationen aus allen Bildungsbereichen zusammen. Die Verantwortung und Koordination liegt in den Händen einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe

unter Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und erfolgt in enger Abstimmung mit der Behörde für Bildung und Sport und der Senatskanzlei (www.nachhaltigkeitlehren.hamburg.de). Darüber hinaus ist Hamburg Mitglied des Runden Tisches.

Für seine zahlreichen BNE-Aktivitäten wurde Hamburg als eine der ersten deutschen Kommunen vom Nationalkomitee als „Stadt der UN-Dekade 2007/08“ ausgezeichnet. Die Zahl der ausgezeichneten Projekte aus Hamburg beläuft sich auf 31, einige davon wurden zum wiederholten Mal ausgezeichnet (Stand Herbst 2008).

Jedes Jahr findet ein „Runder Tisch“ mit den Akteuren statt, an dem der „Hamburger Aktionsplan“ als Entwurf beraten und ein Schwerpunktthema diskutiert wird. Erstmals wurde 2006 ein Aktionsplan veröffentlicht. Er besteht aus Zielen, Leitlinien, wichtigen Informationen zur UN-Dekade und zur Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ sowie einem umfangreichen Maßnahmenkatalog. Der Aktionsplan wird jährlich ergebnisorientiert ausgewertet und fortgeschrieben. Die Zahl der aufgeführten Maßnahmen konnte jedes Jahr gesteigert werden. Alle Maßnahmen können online im Internet eingesehen und über eine Datenbank bearbeitet werden. Im inzwischen dritten Hamburger Aktionsplan (HHAP 2007/08) sind 111 Maßnahmen aufgeführt.

Im Herbst 2007 legte der Senat der Bürgerschaft einen ersten Zwischenbericht vor (Drucksache 18/7290). Darin wurde eine Weiterentwicklung der Initiative beschlossen und über den Stand der Umsetzung der Ziele in allen Bildungsbereichen berichtet. Weitere Berichte sollen 2009 und 2014 folgen.

Hamburg war auch maßgeblich an der Erstellung der Empfehlung der KMK und der DUK zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ beteiligt sowie durch den Referenten für BNE der Behörde für Bildung und Sport an der Erstellung des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“, der von der KMK am 14. Juli 2007 verabschiedet wurde.

Im Jahr 2005 hat sich Hamburg mit Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur „Norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ zusammengeschlossen. Es wurden zu verschiedenen Bildungsbereichen Arbeitsgruppen eingerichtet. Ein vierteljährlicher Rundbrief transportiert Informationen über die Ländergrenzen hinweg in die Bildungsbereiche. Alle zwei Jahre treffen sich die BNE-Experten aus den fünf norddeutschen Ländern zu einer Konferenz. Die 2. Konferenz fand im November 2007 in Hamburg statt. Eine Dokumentation sowie weitere Informationen finden sich im Internet (www.nun-dekade.de).

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Anforderungen und Themenbereiche der BNE sind in den Rahmenplänen verschiedener Fächer aller Schulformen und Schulstufen verankert, insbesondere in den Rahmenplänen der Aufgabengebiete Umwelterziehung, Globales Lernen, Interkulturelle Erziehung, Gesundheitsförderung

und Verkehrserziehung. Die Maßnahmen der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ haben wesentlich dazu beigetragen, Nachhaltigkeit als wichtiges Element der Schul- und Unterrichtsentwicklung zu stärken. So konnte im Rahmen des Programms Transfer-21 (www.transfer-21-hh.de) BNE in die Schulprogramme von 13 Prozent der allgemeinbildenden Schulen integriert werden. Neben der gesamten Breite der Umwelt- und Entwicklungsthemen haben Projekte des Klima- und Ressourcenschutzes im Rahmen des Konzepts „Klimaschutz Hamburg 2007–2012“ in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Das Netzwerk der Hamburger Bildungsagenda (www.hamburger-bildungsagenda.de) hat die für Schulen notwendigen Unterstützungssysteme aufgebaut. Sie ermöglichen eine Abstimmung der Ziele und Qualitätsstandards zwischen den staatlichen Einrichtungen – den Schulen und dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung – und den zivilgesellschaftlichen BNE-Anbietern. Jährliche Qualifizierungsseminare am Landesinstitut dienen diesem Ziel. Die Kooperation von Schulen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der nachhaltigen Entwicklung wurde mit der Einrichtung einer Datenbank zu BNE-Veranstaltungen (www.uport-hh.de) sowie der Erstellung eines BNE-Angebotskatalogs, einer BNE-Empfehlungsliste für Schulen und einer Datenbank zu den BNE-Aktivitäten an Schulen deutlich verbessert.

Durch die auf Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung gerichteten Maßnahmen der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ wurden zusätzliche Impulse gegeben. So haben Angebote zur BNE Eingang in die modularisierte Lehrerausbildung der 2. Phase gefunden. Die Abteilung Fortbildung im Landesinstitut führt in ihrem Fortbildungsverzeichnis jährlich über 70 Angebote zur BNE auf.

BNE ist auch in den Bildungseinrichtungen der anderen fünf Bildungsbereiche verankert, wenn auch unterschiedlich stark und mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Perspektiven

Gemäß Drucksache 18/7290 soll die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ weiter entwickelt werden. Die Fortschreibungen des Hamburger Aktionsplanes runden die weiteren Aktivitäten ab.

6.2.7 Hessen

BNE in der hessischen Landesstruktur

Durch einen Beschluss des Kabinetts vom 12. Dezember 2005 hat sich das Land Hessen offiziell an der Durchführung der UN-Dekade beteiligt. Die drei zentralen Punkte des Kabinettsbeschlusses sind:

1. Hessen beteiligt sich aktiv und ressortübergreifend an der UN-Weltdekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014).
2. Das Kabinett beauftragt das Hessische Kultusministerium federführend und in jeweiliger enger Abstimmung und mit aktiver Beteiligung aller Ressorts, eine

landesbezogene Strategie zur Umsetzung und Gestaltung der UN-Dekade in Hessen zu entwickeln.

3. Akteure und Institutionen der formalen Bildung sowie der nicht-formalen Bildung sind einzubeziehen.

Zur Durchführung und Steuerung wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Hessischen Staatskanzlei eingerichtet, die Arbeitsschritte und Aktivitäten koordiniert. Ziel ist es, die Aktivitäten der einzelnen Ressorts aufeinander abzustimmen und gemeinsame Maßnahmen zu planen und durchzuführen. Ausdruck dieser Zusammenarbeit ist der gemeinsame Auftritt auf der Landesseite www.hessen.de.

Über die gemeinsamen Maßnahmen der ressortübergreifenden Steuerungsgruppe unter der Federführung des Kultusministeriums hinaus gibt es weitere Aktionen und Maßnahmen mit externen Partnern und nachgeordneten Bereichen gemäß des Kabinettsbeschlusses zur UN-Dekade: z. B. Chat der Welten, das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen und Kita 21- BNE im Vorschulbereich.

Hessen beteiligt sich in verschiedenen Bereichen an der UN-Dekade in Deutschland:

- In den Jahren 2006 und 2007 war das Land Hessen an vier Maßnahmen des Nationalen Aktionsplanes beteiligt; für die Jahre 2008 und 2009 wurden acht Maßnahmen angemeldet.
- 38 Projekte aus Hessen wurden bisher als Dekade-Projekte ausgezeichnet, einige davon bereits zum zweiten Mal, viele Projekte sind in direkter Kooperation mit Landeseinrichtungen entwickelt worden (Stand Herbst 2008).
- Die Gemeinde Alheim wurde als erste Hessische Kommune als Dekadekommune ausgezeichnet. Alheim arbeitet eng mit dem Amt für Lehrerbildung zusammen, das die Arbeit der UN-Dekade in Hessen koordiniert.

Im Rahmen der UN-Dekade arbeitet Hessen in einzelnen Projekten und konkreten Vorhaben mit den Nachbarländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen zusammen. Hier werden gemeinsame Veranstaltungen und Fortbildungen angeboten. Im Rahmen der KMK hat Hessen aktiv an der Erarbeitung und Fertigstellung des Orientierungsrahmens „Globale Entwicklung“ mitgearbeitet und unterstützt auch weiterhin dessen Umsetzung in den Schulen und in der Lehrerbildung.

Als Vertreter der Länder nimmt Hessen regelmäßig an den Beratungen des Steering committees der UNECE für die BNE teil und bringt in diese Arbeit die Position der Länder auf internationaler Ebene ein.

In den Jahren 2007 bis 2010 arbeitenden EU-Projekt: SUPPORT, Partnership and Participation for a sustainable Tomorrow, leitet das Amt für Lehrerbildung den Bereich gemeinsamer Kampagnen Klimaschutz. Am Programm arbeiten unter der Gesamtkoordination des norwegischen Kultusministeriums 30 Einrichtungen aus 17 europäischen Ländern und Australien, Indien und Malaysia zusammen. Ziel ist dabei die Verbesserung der Kooperation

zwischen Schulen, Kommunen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

In den Lehrplänen des Landes ist BNE auf verschiedenen Ebenen verankert, teils als fachbezogenes Schwerpunktthema (z. B. Politik-Wirtschaft und Naturwissenschaften), teils als in den Plänen formulierte Querschnittsaufgabe. Für die Schulen ergibt sich darüber hinaus die Verpflichtung eigene Schulcurricula im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule auf der Basis der „Besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben“ des Schulgesetzes zu entwickeln. Die nachhaltige Entwicklung ist als eine grundlegende Bildungs- und Erziehungsaufgabe des Schulgesetzes formuliert.

Hessen arbeitete zudem umfassend am Programm „Transfer-21“ mit und engagierte sich aktiv in den Bereichen: Entwicklung von Qualitätskriterien und Ausformulierung der Gestaltungskompetenz, Ausbildung von Multiplikatoren, BNE in der Grundschule und in der Lehrerbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit. Am Ende des Programms wurden in Hessen knapp 12 Prozent der allgemeinbildenden Schulen aktiv einbezogen. Die aufgebauten Strukturen zur Unterstützung der Schulen werden weiter betrieben.

Durch die Einbeziehung von bisher 10 regionalen Bildungseinrichtungen wird die regionale Betreuung und der Austausch im Flächenstaat Hessen organisiert. An diesen Beratungszentren arbeiten auch ausgebildete Multiplikatoren. Auch das Landesprogramm Schule & Gesundheit, das viele Bereiche der BNE zusammenfasst und miteinander in Verbindung bringt, ist eng mit dem Bereich Schule verknüpft. Begleitet wird der gesamte Prozess durch Qualitätsinstrumente zur Selbstevaluation.

Über die Zusammenarbeit mit den regionalen Beratungszentren wird die schulische mit der außerschulischen Ebene von Bildung für nachhaltige Entwicklung verbunden, die entsprechenden Landesstrukturen zahlreicher NROs sind in die Planung und Durchführung auf allen Ebenen eingebunden.

Auch in der Lehrerbildung entwickelt sich zunehmend eine stärkere Einbindung der BNE. An den Universitäten des Landes werden zunehmend Module in das Studium integriert, z. B. in Kassel, Marburg, Gießen und Darmstadt. In der zweiten Phase der Lehrerbildung (Vorbereitungsdienst) werden zurzeit die in den vergangenen Jahren entwickelten Module evaluiert und fortgeschrieben, im Bereich der naturwissenschaftlichen Fächer ist BNE eine Orientierung für die Fortschreibung.

Perspektiven

Hessen wird alle in den letzten drei Jahren aufgebauten Bereiche der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der beschriebenen Form weiter betreiben. Weitere Bereiche sollen hinzukommen:

- BNE im Vorschulbereich wird durch den Bildungsplan 0 bis 10 ab dem Schuljahr 2008/2009 verstärkt. Hier

sollen zunächst Multiplikatoren weitergebildet werden und Kooperationen vor Ort entstehen.

- Dekade-Projekte sollen stärker in das Landesportal integriert und dessen Weiterentwicklung vorangetrieben werden.
- Unterstützung der Entwicklung von schuleigenen Curricula BNE durch Beratung und Handreichungen, hier sollen vor allem auch die im Rahmen von „Transfer-21“ entwickelten Materialien genutzt und adaptiert werden.
- BNE in den ganztätig arbeitenden Schulen soll besonders in Kooperation mit Partnern aus der Zivilgesellschaft gefördert werden.
- BNE in der Erwachsenenbildung soll in Kooperation der entsprechenden Träger (z. B. der Volkshochschulen) verstärkt werden.

6.2.8 Mecklenburg-Vorpommern

BNE in der mecklenburg-vorpommerischen Landesstruktur

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist in der Koalitionsvereinbarung von Mecklenburg-Vorpommern von November 2006 als Schwerpunktaufgabe genannt. Die Koalitionspartner streben einen entsprechenden Aktionsplan an. Es liegt ein Begleitkonzept „Lebenslanges Lernen“ vor, welches vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz für die nicht-formalen Bildungsbereiche erarbeitet wurde.

Derzeit sind die verantwortlichen Gremien noch ressortspezifisch organisiert. Sowohl im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz als auch im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gibt es ein für dieses Thema verantwortliches Referat bzw. Ansprechpartner.

Beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur arbeitete eine Koordinierungsstelle für das Programm „Transfer-21“. Über dieses Projekt war Mecklenburg-Vorpommern aktiv in die Ausgestaltung der UN-Dekade integriert. Bislang wurden 14 landesweite Projekte ausgezeichnet (Stand Herbst 2008). Das Programm „Transfer-21“ stand im Mittelpunkt der Aktivitäten im formalen Bildungsbereich.

Die beiden beteiligten Ressorts arbeiten im Wesentlichen unabhängig voneinander, tauschen sich aber aus und koordinieren ihre Tätigkeiten auf der Arbeitsebene. Darüber hinaus ist beim Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die Koordinationsstelle für die „Norddeutsche Partnerschaft“ angesiedelt, die sich speziell bei der Verbreitung der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in den norddeutschen Ländern engagiert.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Eine erste Aufgabe des Programms „Transfer-21“ war die Verankerung von BNE in den Rahmenlehrplänen der Schulen. Besonders zu nennen sind hier die von Mecklen-

burg-Vorpommern erarbeiteten Wahlpflichtrahmenpläne „System Erde“ und „Gestalten einer zukunftsfähigen Welt“ sowie Materialien zur Qualitätssicherung in BNE-Schulen.

In der kommenden Zeit liegt der Schwerpunkt bei der Umsetzung in den Schulprogrammen und der Verstärkung in die Regelpraxis aller Schulen. Erste Erfolge dabei sind zu verzeichnen, der Stand ist aber regional unterschiedlich. Derzeit können 10 Prozent der Schulen mit den Bildungsinhalten zur nachhaltigen Entwicklung erreicht werden. Dazu zählen 37 Kernschulen.

An der erfolgreichen Projektarbeit der Schulen mit BNE-Inhalten sind auch außerschulische Partner maßgeblich beteiligt. Zu nennen sind hier insbesondere die Projekte INA-Schulen, UNESCO-Projektschulen, GLOBE-Projekt, Ch@t-Welten und Eine-Welt-Projekte.

Perspektiven

Der wichtigste Schwerpunkt für die nächsten Jahre ist die Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrerbildung. Hierfür liegen bereits erste Projektplanungen vor. Zielstellung ist die weitgehende Umsetzung bis zum Ende der Dekade im Jahr 2014. In diesem Rahmen soll auch eine Bündelung der vorhandenen Ressourcen erreicht werden. Dadurch sollen die unterschiedlichen Ansätze und Projekte in die Verbreitung der Inhalte der BNE einbezogen werden.

6.2.9 Niedersachsen

BNE in der niedersächsischen Landesstruktur

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in Niedersachsen in vielfältiger Weise in der Landesstruktur verankert. Sie wird als ein ganzheitliches Konzept angesehen, welches den Gedanken der Nachhaltigkeit als gesellschaftlichen Auftrag in den Unterricht an den Schulen integrieren soll. So hatten sich in Niedersachsen bis zum Jahr 2007 bereits mehr als 450 Schulen aller Schulformen dem Programm „Transfer 21“ angeschlossen.

Das Thema BNE ist vorwiegend im Kultus- und Umweltministerium angesiedelt. Ein Arbeitskreis auf Landesebene führt die Aktivitäten der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure zusammen. Hier werden gemeinschaftliche Projekte und Aktionen vorbereitet und Handlungsstrategien entwickelt. Umweltberatungslehrkräfte arbeiten in den vier Standorten der Landesschulbehörde vorwiegend mit den Schulen zusammen und üben koordinierende Tätigkeiten aus.

Zur Unterstützung des Nationalen Aktionsplans hat der Niedersächsische Landtag in seiner 128. Sitzung am 17. Oktober 2007 die Entschließung angenommen, einen Niedersächsischen Aktionsplan zur UN-Dekade zu entwickeln und dabei die Beschlüsse der UN-Dekade sowie die Empfehlungen der KMK und der DUK zu berücksichtigen. Unter der Maxime „Global denken – lokal handeln“ soll der Aktionsplan vor allem lokale und regionale Projekte anregen und unterschiedliche Projekte und außerschulische Partner in Niedersachsen einbeziehen. Unter

der Federführung des Kultusministeriums wird eine Arbeitsgruppe verschiedener Ministerien die inhaltlichen Schwerpunkte erarbeiten und den Aktionsplan redaktionell betreuen. Die Aktivitäten aus dem Programm „Transfer 21“ werden Eingang in den Aktionsplan finden.

Zur Unterstützung der UN-Dekade haben Hamburg und Niedersachsen im November 2004 eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen. Vorlage dafür war ein vergleichbares Abkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. 2006 ist Mecklenburg-Vorpommern diesem Abkommen beigetreten. Bremen ist zurzeit mit Gaststatus beteiligt. Die vier Länder haben auf diese Weise die „Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade BNE 2005 bis 2014“ begründet. Diese Partnerschaft ist gleichzeitig Maßnahme im Nationalen Aktionsplan für Deutschland. Niedersachsen ist zudem an verschiedenen Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans beteiligt. Bislang sind über 90 Projekte in Niedersachsen, davon fast 20 in Schulen, als Dekade-Projekte ausgezeichnet worden.

Der interministerielle Austausch findet vorwiegend im Arbeitskreis BNE statt. Die Zusammenarbeit in den verschiedenen Projekten bspw. aus den Bereichen Landwirtschaft, Globale Entwicklung oder Umweltbildung ist sehr positiv. Die Vernetzung mit anderen Ländern findet neben der intensiven Zusammenarbeit im Rahmen der Norddeutschen Partnerschaft vor allem im Programm „Transfer-21“ oder in den Gremien der UN-Dekade und in den Arbeitsgemeinschaften statt.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

BNE an Schulen erfordert eine Thematisierung in möglichst vielen Fächern und in fachübergreifenden und fächerverbindenden Organisationsformen sowie als wichtiges Anliegen des Schullebens. Sie bietet nicht nur die Möglichkeit für die inhaltliche und didaktische Gestaltung des Unterrichts, sondern gibt auch Impulse für die Entwicklung des schulischen Leitbildes, des Schulprofils bzw. des Qualitätsprogramms einer Schule. Für BNE in der Schule ist die Nutzung von Instrumenten der schulischen Qualitätsentwicklung sinnvoll. Im Rahmen einer internen und/oder externen Evaluation lassen sich die Entwicklungsprozesse in Richtung systematischer Verankerung von BNE überprüfen.

Das Land Niedersachsen arbeitete umfassend und mit großer Intensität u. a. im Programm „Transfer-21“ mit. Hier sind vor allem folgende Punkte zu nennen:

- Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung,
- BNE in der Grundschule, Naturwissenschaftliche Grundbildung, Nachhaltige Schülerfirmen und die Ausbildung von entsprechenden Multiplikatoren,
- landesweites Netzwerk von Arbeitskreisen „Nachhaltige Schülerfirmen“
- landesweites Projekt „Nachhaltige Schülergenossenschaften“ in Kooperation mit dem Genossenschaftsverband Norddeutschland,

- „Nachhaltiges Wirtschaften erfahren an Grundschulen“ in Kooperation mit dem Regionalen Umweltbildungszentrum Hollen und der DBU

Am Stichtag 15. April 2008 waren 534 Schulen in das Programm eingebunden. Dies entspricht ca. 17 Prozent der niedersächsischen Schulen. Niedersachsen hat das vorgegebene Ziel mehr als erreicht. Diese auch im bundesweiten Vergleich sehr große Zahl an Programmschulen lässt sich wie folgt begründen:

1. Fast alle Programmschulen arbeiten in gut organisierten und verlässlichen Netzwerken mit, die seit Jahren bestehen. Die Programmschulen haben BNE als wesentliches Element einer guten inhaltlichen Arbeit kennen und wertschätzen gelernt.

2. Ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal hat Niedersachsen im Bereich „Ökonomie und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ durch den Schwerpunkt der „Nachhaltigen Schülerfirmen“. Zurzeit arbeiten rund 270 an Nachhaltigkeit orientierte Schülerfirmen in 13 regionalen Arbeitskreisen mit. Im Projekt „Nachhaltiges Wirtschaften erfahren an Grundschulen“ entwickeln sieben Grundschulen in enger Kooperation mit einem Regionalen Umweltbildungszentrum Konzepte im Sachunterricht für die Erarbeitung von Landschaftselementen unter ganzheitlichen nachhaltigen Aspekten. Im Projekt „Nachhaltige Schülergenossenschaften“ werden Schülerfirmen organisatorisch wie Genossenschaften aufgebaut. Die gegründeten Schülergenossenschaften werden vom Genossenschaftsverband Nord einer Gründungsprüfung unterzogen, in einem Register aufgenommen und jährlich einer Prüfung mit anschließender Beratung unterzogen.

Von den vielfältigen Aktivitäten und Netzwerken ist insbesondere das landesweite Netz der 29 Regionalen Umweltbildungszentren zu nennen, das sich als besondere Unterstützungsstruktur bei der Umsetzung der BNE bewährt hat.

Perspektiven

Niedersachsen wird weiterhin sowohl in der UN-Dekade als auch in der „Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade BNE 2005 bis 2014“ eine aktive Rolle übernehmen. Die im Land entstandenen Netzwerke im Bereich der Schulen, aber auch in anderen Bildungseinrichtungen sollen gestärkt und ausgebaut werden. Dazu ist eine regionale Beratungsstruktur notwendig, die die Qualität von BNE entwickelt und sichert. Ein wichtiger Schritt wird sein, die vorhandenen Netzwerke zu nutzen, um BNE zur Qualitätsverbesserung von Unterricht in der Eigenverantwortlichen Schule zu nutzen.

Um die verschiedenen Projekte und Programme weiter bedienen zu können und den Akteuren eine von Qualität geprägte Unterstützung bieten zu können, wird auch in Nachfolge des Programms „Transfer-21“ eine Beratungsagentur für BNE errichtet.

6.2.10 Nordrhein-Westfalen

BNE in der nordrhein-westfälischen Landesstruktur

Als eines der ersten Länder hat Nordrhein-Westfalen einen eigenen Aktionsplan „Zukunft Lernen“ beschlossen. Ziel ist es, über eine breit angelegte und nachhaltig ausgerichtete Bildungsstrategie Zukunftsfähigkeit zu erlangen. Ein wichtiges Element der nordrhein-westfälischen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Beteiligung an der UN-Dekade. In den Jahren bis 2014 soll auf der Grundlage des Aktionsplans „Zukunft Lernen“ und unter Berücksichtigung der Bildungsstrategien der Landesregierung ein gemeinsamer Maßnahmenkatalog mit allen schulischen und außerschulischen Akteuren sowie den Weiterbildungsträgern erarbeitet werden. Dieser gemeinsame Maßnahmenkatalog soll die Umsetzung der Ziele des Aktionsplans dokumentieren und fortschreiben. Bestehende Konzepte und Ansätze der Landesregierung im Themenfeld Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sollen in den Maßnahmenkatalog einfließen.

Dies gilt u. a. für die Bildungs- und Weiterbildungsangebote und Projekte zum Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Schwerpunkte liegen hier u. a. bei den Themen Klimaschutz, Umweltbildung im Wald und gesunder Ernährung sowie bei der Vermittlung von Gesundheitsbewusstsein und Finanzkompetenz.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung unterstützte und förderte strukturelle Zugänge im Rahmen des Programms „Transfer-21“. Konkret beteiligt sich Nordrhein-Westfalen mit dem „Programmelement NRW – Agenda 21 in Schule und Jugendarbeit“. Inhalte und Zielgruppen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung werden erweitert und Interessen und Kompetenzen von Schule und außerschulischer Jugendarbeit zusammengeführt. Leitziele sind dabei eine dauerhafte Verankerung von Inhalten, Methoden und Organisationsformen in Beratungs- und Qualifizierungsstrukturen des Landes sowie eine Zusammenführung bestehender Unterstützungsmaßnahmen für Schule auf Landesebene und vor Ort.

Der Transfer-21 Nordrhein-Westfalen ist Teil des Aktionsplanes „Zukunft Lernen“ in Nordrhein-Westfalen im Kontext der UN-Dekade. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung leistet in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung in Schule, Unterricht und Jugendarbeit.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Eine systematische Bestandsaufnahme zur Verankerung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Rahmenplänen, Richtlinien und Curricula steht noch aus, viele Elemente sind jedoch quer zu den Fächern implizit und explizit vorhanden. Zurzeit arbeitet eine Arbeitsgruppe auch über die Laufzeit des Programms Transfer-21 hinaus an einer Rahmenvorgabe Bildung für eine nach-

haltige Entwicklung und prüft Verknüpfungen mit dem KMK-Orientierungsrahmen Globale Entwicklung.

Das Programmelement „Agenda 21 in Schule und Jugendarbeit“ im Transfer-21 arbeitet auf der Grundlage eines Drei-Säulen-Modells mit dem Ziel „Gemeinsam mehr Qualität entwickeln. Wege einer neuen Service- und Lernkultur“. Es setzt die Schwerpunkte in Schule, Unterricht und Lehrerbildung im Sinne der Verstetigung des „Transfer-21“ NRW ab Sommer 2008. Das Modell fußt auf drei Säulen:

- Schulen, Kindertagesstätten und außerschulische Partner arbeiten mit
- Kernschulen als regionalen und
- Kompetenzzentren in der Region – sie unterstützen Schulen, Kindertageseinrichtungen u. a. durch Angebote mit abgestimmten Qualitätsstandards in der Qualitätsentwicklung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Kooperationspartner von Transfer-21 Nordrhein-Westfalen arbeiten auf der Grundlage gemeinsamer Qualitätsstandards im Kontext der Unterrichts- und Schulentwicklung. Sie berücksichtigen die bildungspolitischen Vorgaben und Entwicklungen des Landes (z. B. GanzTag NRW, Schulgesetz, Standards zur Unterrichtsentwicklung), orientieren sich an den Unterrichts- und Organisationsprinzipien von Bildung für nachhaltige Entwicklung und institutionalisieren in Form von Rahmenvereinbarungen Inhalte, Arbeitsweisen konkreter Kooperation.

Zur Unterstützung, Begleitung und Weiterentwicklung hat der Transfer-21 NRW ein eigenes Multiplikatorenprogramm aufgelegt. Dieses Programm verfolgt mehrere Zielsetzungen:

- fortlaufende Qualifizierung der Kernschulen zu Zwecken der Multiplikation von Themen und Inhalten in Netzwerke und Regionen,
- Professionalisierung der Anbieter (außerschulische Partner im Transfer) im Kontext bildungspolitischer Vorgaben und Entwicklungen des Landes zur Schul- und Unterrichtsentwicklung,
- Personalentwicklung der Multiplikatoren u. a. durch Verfahren des kooperativen Lernens und der Unterrichtsentwicklung.

Auf der Grundlage dieses Drei-Säulen-Modells erfolgte die Einwerbung, Begleitung und Unterstützung der Schulen und Kindertageseinrichtungen, die Einbindung und Qualifizierung der außerschulischen Partner und die Umsetzung der Transfer-Idee in unterschiedlichsten Veranstaltungsformaten.

Perspektiven

Neben der Evaluierung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplans „Zukunft Lernen“ setzt Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren folgende Schwerpunkte:

- Weiterentwicklung des Modellprojektes „Kitas der Zukunft“,

- Ausweitung und qualitative Weiterentwicklung der GanzTagsnetzwerke,
- Ausweitung des Instruments Kernschulen als Orte der Multiplikation,
- Ausweitung der Angebote des Transfer-21 NRW,
- Entwicklung und Ausgestaltung von thematischen Qualitätsnetzwerken,
- fortlaufende Qualifizierung der Moderatorinnen und Moderatoren,
- Weiterentwicklung und Ausbau der Qualifizierungsangebote für externe Partner; Fortführung der Qualifizierungsveranstaltungen auf der Grundlage von Rahmenvereinbarungen und Kooperationsvereinbarungen,
- Aufbau und Ausgestaltung der „Qualitätsinitiative GanzTag“,
- Ausbau Service im Bildungsportal u. a. durch die Dokumentation guter Praxis, Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien und Publikationen, Ausbau der Datenbanksysteme, Weiterentwicklung des „Agenda-Treffpunktes“, u. a.

Alle Maßnahmen dienen der strukturellen Verankerung, insbesondere durch die Tatsache, dass über das Ministerium für Schule und Weiterbildung die Zusammenführung der verschiedenen Instrumente und Initiativen – gerade auch in Kooperation mit zwei weiteren Ministerien – forciert und weiterhin unterstützt wird.

6.2.11 Rheinland-Pfalz

BNE in der rheinland-pfälzischen Landesstruktur

Zum Zwecke der Kooperation und zur Erzielung von Synergieeffekten wurde in Rheinland-Pfalz ein interministerieller Arbeitskreis BNE gegründet. Zu diesem gehören Vertreterinnen und Vertreter folgender Ministerien bzw. deren nachgeordneten Dienststellen:

- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur mit Pädagogischem Zentrum und Institut für schulische Fortbildung und schulpyschologische Beratung,
- Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz mit Landeszentrale für Umweltaufklärung,
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau mit den staatlichen landwirtschaftlichen Dienststellen (Dienstleistungszentren ländlicher Raum),
- Ministerium des Innern und für Sport.

Zur Projektplanung, Aufgabenverteilung, Organisation von Fortbildungsmaßnahmen und Betreuung der Schulen wurde ein Arbeitskreis BNE ins Leben gerufen. In diesem sind folgende Institutionen bzw. Personen vertreten: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Pädagogisches Zentrum Bad Kreuznach, Institut für schulische Fortbildung und schulpyschologische Beratung/Regionales Fortbildungszentrum Boppard, Ministerium

für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz/ Landeszentrale für Gesundheitsförderung sowie der ehemalige Landesprojektleiter BLK-21.

Mit folgenden Verbänden und Institutionen bestehen Kooperationen zur Umsetzung von BNE: Landesforsten Rheinland-Pfalz, Landesjagdverband Rheinland-Pfalz, Arbeitsgemeinschaft der Landfrauenverbände Rheinland-Pfalz, Architektenkammer Rheinland-Pfalz, BUND Landesverband Rheinland-Pfalz und Bundeswehr. Vernetzungen von Rheinland-Pfalz mit anderen Ländern bestehen im Rahmen des BLK-21 Programms und des Nachfolgeprogramms „Transfer-21“. Im Zusammenhang mit Kongressen oder Fortbildungsveranstaltungen finden enge Kooperationen vor allem mit den benachbarten Ländern statt.

Bisher wurden 21 verschiedene Projekte im Rahmen der UN-Dekade ausgezeichnet (Stand Herbst 2008). Seit Juli 2007 präsentiert sich die Internetseite „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) Rheinland-Pfalz“ in einem neuen, frischen Layout, mit überarbeiteter und verbesserter Struktur und Benutzerführung und mit neuen Funktionen (www.nachhaltigkeit.bildung.rlp.de).

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

BNE ist ein Querschnittsthema, das fächerverbindend und fachübergreifend in der Schulbildung implementiert ist. Darüber hinaus sind die Lerninhalte von BNE schwerpunktmäßig im Sachunterricht und in den gemeinschaftskundlichen Fächern verankert. Mit den staatlichen Studienseminaren besteht in mehreren Fällen eine enge Zusammenarbeit zur Förderung und Implementierung von BNE in der Ausbildung, so z. B. mit dem Staatlichen Studienseminar für Förderschulen in Kaiserslautern, mit dem Staatlichen Studienseminar für Grund- und Hauptschulen in Westerburg, mit dem Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien in Mainz. Mit dem staatlichen Studienseminar für Grund- und Hauptschulen in Kaiserslautern besteht eine Kooperationsvereinbarung. Eine Kontaktaufnahme zum Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien in Bad Kreuznach ist erfolgt.

Insgesamt 175 Schulen von Rheinland-Pfalz, das entspricht etwa 11 Prozent aller Schulen, sind in dem Schulnetzwerk Transfer-21 zusammengeschlossen. Hierin enthalten ist das Netzwerk ökologisch orientierter Schulen mit 73 Schulen. Die Zahl der Kernschulen liegt in Rheinland-Pfalz zurzeit bei sechs. Kooperationschulen gibt es in Rheinland-Pfalz zurzeit 46. Weitere 123 Kontaktschulen haben ihr Interesse an BNE und dem Programm „Transfer 21“ bekundet. Zudem sind 55 schulnahe Umwelterziehungseinrichtungen als außerschulische Lernorte in die Bildungsarbeit der Schulen eingebunden und ergänzen diese im Sinne einer ganzheitlichen Bildung.

Ein landesweit kooperierendes Team von neun „Fachberaterinnen und Fachberatern BNE“ betreut alle interessierten Schulen des Landes und ist seinerseits in alle für die Nachhaltigkeitserziehung relevanten Maßnahmen und Entscheidungen im Lande involviert. Diese Fachberate-

rinnen und Fachberater vertreten verschiedene Schularten, Fachrichtungen und Fächer, beraten aber schulart- und fachübergreifend. Sie kooperieren eng mit den für die Umwelt, Gesundheit und Nachhaltigkeit zuständigen Referentinnen und Referenten der Außenstellen Schulaufsicht der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion sowie mit den Vertretern des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und des Pädagogischen Zentrums.

Das Regionale Fortbildungszentrum Boppard des Instituts für Lehrerfortbildung und schulpädagogische Beratung bietet ein umfangreiches und vielseitiges Fort- und Weiterbildungsprogramm zu den Themenfeldern von BNE an. Pro Halbjahr finden durchschnittlich etwa 20 Veranstaltungen statt.

Eine ganze Reihe von Projekten wurde durch das Pädagogische Zentrum Rheinland-Pfalz entwickelt und durchgeführt. In Kooperation mit dem developmentspolitischen Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) wird die schulische Arbeit bei Lehrerfortbildungen und Studientagen durch das so genannte Elan-Mobil, das Lernmodule zu unterschiedlichen Themenfeldern im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung enthält, ergänzt. Darüber hinaus stehen Rückkehrer aus Entwicklungsdiensten als außerschulische Partner zur Verfügung. Dies ist eine Kooperation zwischen den beiden Landeskirchen, ELAN und dem Verein Lobby für Kinder. Die Handreichungen des Pädagogischen Zentrums sind allen Bildungseinrichtungen zugänglich und enthalten didaktisch-methodische Anregungen und Materialien für die Umsetzung im Unterricht, vor allen Dingen auch zu dem Themenbereich BNE. Neben diesen themenbezogenen Informationen zu BNE erscheinen mehrfach jährlich das Magazin „bne-aktuell“ und die themenspezifische Ausgabe „bne-praktisch“ in einer Auflage von jeweils 7 500 Exemplaren.

Perspektiven

Die gegenwärtigen Strukturen werden in Rheinland-Pfalz auch zukünftig fortbestehen. Für 2008 sind darüber hinaus neue Bildungsangebote in Kooperation mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und mit dem developmentspolitischen Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz geplant. Neben den bereits genannten Projekten, die fortgeführt werden, wurde eine Rallye zum Thema Faires Beschaffungswesen und Corporate Social Responsibility, die in Kooperation von Vertretern zivilrechtlicher Organisationen mit den Schulen durchgeführt werden soll, entwickelt.

6.2.12 Saarland

BNE in der saarländischen Landesstruktur

Der saarländische Ministerrat hat 2003 die unter Mitwirkung des Landesarbeitskreises Agenda 21 erstellte „Saarland-Agenda“ als nachhaltige Vorhabenplanung in den Handlungsfeldern Natur und Landschaft, Wasser, Boden, Klima, Gesundheit, Bildung, Lokale Agenda 21, Wirtschaft und Forschung verabschiedet. Bestandteile sind

- die Erstellung saarlandspezifischer Strategien und Grundsätze,
- die öffentlich-transparente Darstellung der rund 100 wichtigsten Teilaufgaben als verbindliche Vorhabenplanung des Ministeriums für Umwelt,
- die modellhafte Umsetzung in zehn Leitprojekten,
- die Entwicklung von zehn quantifizierten kurz- und mittelfristigen Leitzielen.

Im Saarländischen Naturschutzgesetz von 2006 (§3 SNG) ist festgelegt: Umweltbildung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ist im schulischen und außerschulischen Bereich Pflichtaufgabe des Landes, der Kreise und Kommunen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist damit als zentrale Strategie der Bildungsbehörden festgeschrieben.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Das Saarland hatte sich seit 2001 mit dem Projekt „KlasseSchule“ unter der Federführung des Umweltministeriums an dem BLK-Programm „21“ beteiligt. Mit dem Ziel des Ergebnistransfers wurde im August 2004 das Programm „Transfer-21“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gestartet. Hierbei beteiligte sich das Saarland mit dem Projekt „KlasseSchule – Transfer-21“, das unter der Federführung des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft am Landesinstitut für Pädagogik und Medien umgesetzt wird. Im Saarland sind inzwischen mehr als 50 (von ca. 350) Schulen aller Schulformen als Teilnehmerschulen bei „KlasseSchule – Transfer-21“ verzeichnet. Mehr als die Hälfte dieser Schulen beschäftigt sich kontinuierlich mit dem Thema „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ und ist auf dem Weg, die Thematik im Schulprofil zu verankern.

Die Eltern der Schülerinnen und Schüler werden durch die jeweiligen Projektschulen über BNE informiert und sind in die Aktivitäten – z. B. durch Mitarbeit in der schulinternen Steuergruppe zur Umsetzung von BNE – eingebunden. Seitens der Eltern werden darüber hinaus schulische Maßnahmen, z. B. gesundes Frühstück, Schulhofumgestaltung, Projekte und Exkursionen vor Ort, aktiv unterstützt.

In den Lehrplänen, vor allem für das Fach Erdkunde, sind viele wesentliche Aspekte der Thematik enthalten. Bei Lehrplanrevisionen wird die Thematik auch weiterhin angemessen berücksichtigt. Eine Institutionalisierung des Themas in der Lehrerbildung ist eingeleitet. Als stetiges Beratungsangebot für Schulen im Bereich BNE wird die Beratungsstelle „Agenda 21 – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ am Landesinstitut für Pädagogik und Medien auch nach Ablauf des Modellversuchs weiter bestehen und die im Rahmen von „KlasseSchule – Transfer-21“ entwickelten Ressourcen wie Schulnetzwerk, Kooperationspartner, Multiplikatoren, Materialien und Konzepte weiter betreuen und fortentwickeln.

Neben „KlasseSchule – Transfer-21“ sind folgende beispielhafte Projekte der Landesregierung zur Förderung

der Bildung für nachhaltige Entwicklung im schulischen und außerschulischen Bereich zu nennen:

- **Urwald macht Schule:** Zu den Inhalten und Methoden der Urwald-Pädagogik gehören Diskussionen sowie das Hinterfragen eigener Wertvorstellungen und Verhaltensweisen ebenso wie das Aufzeigen von Handlungsalternativen und die kreative Erarbeitung eigener Lösungsansätze.
- **Ökologisches Schullandheim Spohns Haus:** Das Schullandheim wurde von der UNESCO als Projekt der UN-Dekade prämiert. Die Landesregierung empfiehlt Schullandheimaufenthalte in Gersheim und fördert Spohns Haus per Gesetz als „zentrale Einrichtung für die schulische und außerschulische Umweltbildung“ (§3, Saarländisches Naturschutzgesetz).
- **Saarland – Picobello – die Mitmachaktion für ein sauberes Saarland:** Die Schwerpunkte der vergangenen Jahre lagen im Einsammeln von Müll an Straßen und auf kommunalen Plätzen, in kreativen und künstlerischen Beiträgen (z. B. Kunst und Theater in Schulen und Kindertageseinrichtungen), in Großaktionen von SaarForst und in zahlreichen Gemeinschaftsaktionen von Vereinen und Verbänden.
- **Meisterbürger-Qualifizierung:** Unter der Überschrift „Das Meisterbürger-Zertifikat“ bietet das Umweltministerium seit 2004 jährlich in Kooperation mit der Fachhochschule für Verwaltung, der Arbeitskammer des Saarlandes und der bundesweiten Servicestelle Lokale Agenda 21 – eine Qualifizierungsreihe zum Erwerb des Zertifikats „Meisterbürger/In“ an. Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger werden gemeinsam geschult, den Wandel in der Kommune interaktiv mit zu gestalten.

Während die Koordination der schulischen Maßnahmen zur BNE im Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur und seiner nachgeordneten Dienststelle, dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien, verankert ist, werden das Netzwerk Umweltbildung im Saarland sowie die saarländischen Beiträge zum Nationalen Aktionsplan vom Ministerium für Umwelt des Saarlandes koordiniert, wobei eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien gewährleistet ist.

Die Kooperation von Verbänden und Dachorganisationen im Saarland trägt wesentlich dazu bei, das Thema BNE im schulischen und außerschulischen Bereich in seiner gesamten Bandbreite zu verankern. Im Netzwerk BNE des Saarlandes haben sich eine Vielzahl verschiedener Einrichtungen, Vereine und Verbände zusammengeschlossen, die verschiedene Themenfelder von der Gesundheitsbildung über erneuerbare Energien bis zur Waldpädagogik und der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit abdecken.

Perspektiven

Die Beratungsstelle „Agenda 21 – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ am Landesinstitut für Pädagogik

und Medien wird auch nach Ablauf des Modellversuchs weiterbestehen und in der Funktion eines „Netzknötens“ die im Rahmen von „KlasseSchule – Transfer-21“ entwickelten Ressourcen wie Schulnetzwerk, Kooperationspartner, Multiplikatoren, Materialien und Konzepte weiter betreuen und fortentwickeln, wobei das Thema „Ökonomie“ künftig verstärkt berücksichtigt werden soll. Eine engere Verzahnung mit den Aktivitäten in den Bereichen „Schule – Wirtschaft“ und „Berufswahl“ bzw. „Existenzgründung“ sowie den handelnden Personen und Institutionen wird angestrebt.

Darüber hinaus soll – aufbauend auf bestehenden Strukturen (Netzwerk BNE-Schulen, Multiplikatoren, Netzwerk Kooperationspartner, Beratungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Agenda 21“ des Landsinstituts für Pädagogik und Medien, Unterrichtsmaterialien und Konzepte) – BNE verstärkt auch in die Lehrerbildung, Schulentwicklung und Lehrplanentwicklung hineingetragen werden, wobei bereits vorliegende Konzepte und Materialien erprobt und evaluiert werden.

6.2.13 Sachsen

BNE in der sächsischen Landesstruktur

Derzeit wird eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Freistaat Sachsen unter Federführung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft erarbeitet.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Verhältnisse, Vorgänge und Perspektiven in Umwelt und Gesellschaft zu verstehen und für nachhaltige Entwicklungen und z. B. den Schutz der Umwelt einzutreten, ist Unterrichtsstoff in den sächsischen Lehrplänen aller Schularten und Schwerpunkt in den Schulpolitischen Leitlinien. Sowohl in den Lernbereichen der Fächer als auch im fächerverbindenden Unterricht und im Wahlpflichtbereich sind Themen zur nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt. So werden z. B. im Lehrplan der Mittelschulen explizit Themenbereiche wie Verkehr, Verhältnis der Generationen, Gerechtigkeit, „Eine Welt“ und Umwelt für die Gestaltung des fächerverbindenden Unterrichts angesprochen. Die Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt entwickelt gemeinsam mit externen Partnern aus der Wirtschaft ein Curriculum für Gymnasien und andere allgemein bildende Schulen zum Thema „Kompetenz für Nachhaltigkeit“.

In den Curricula der ersten Phase Lehramtsprüfungsordnung I (Studienordnung) und der zweiten Phase, dem Vorbereitungsdienst (Seminarcurricula) sind in den Bereichen Erziehungswissenschaft/-didaktiken Fragen der nachhaltigen und Umweltbildung enthalten und somit Ausbildungsgegenstand. Alle Lehrämter/Erziehungswissenschaftlicher Bereich (Pädagogik) enthalten in den Curricula der ersten Phase der Lehramtsprüfungsordnung „Aspekte der interkulturellen Bildung und Erziehung, der Gesundheits-, Sexual-, Umwelt-, Verkehrs- und Medien-erziehung“. Im Rahmen von jahrgangsübergreifenden Angeboten für Referendare werden Module angeboten wie Training für Lehrerverhalten, Anwenden von Kon-

fliktlösungsstrategien, moderne Medien und Medienerziehung, fächerübergreifende Umwelterziehung in Kompaktkursen durch Ausbilder am Seminar für das Lehramt an Gymnasien. Hinzu kommen Projekte, die gezielt an Schulen angeboten werden:

Ganztagsangebote

In allen Teilen Sachsens werden an Schulen Ganztagsangebote auf- und ausgebaut. Dabei geht es in erster Linie um die Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität sowie der Lernvoraussetzungen. Zentrales Anliegen des Förderprogramms Ganztagsangebote ist die leistungsdifferenzierte Förderung und Forderung der Schülerinnen und Schüler. In diesem Rahmen werden auch Projekte umgesetzt, durch die BNE implementiert wird.

UNESCO-Projekt Schulen

Die sächsischen UNESCO-Projekt-Schulen setzen im Unterricht wie auch im außerunterrichtlichen Bereich einen starken Akzent auf Bildung für nachhaltige Entwicklung im nationalen und internationalen Kontext.

Sächsischer Wettbewerb zur Umsetzung der Agenda 21 in der Beruflichen Ausbildung

Dieser Wettbewerb wird seit Mai 2005 mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchgeführt. Dabei werden Themen wie Klimaschutz/Vermeidung von CO₂-Emissionen, Erschließen von Einsparpotenzialen bei der Ressourcennutzung, Integration der Nachhaltigkeitsaspekte in Bildungsprozessen erarbeitet.

Agenda 21-Messe „Schüler gestalten Zukunft“

Unter der Schirmherrschaft des Staatsministers für Kultus veranstaltet die Lokale Agenda 21 für Dresden in Zusammenarbeit mit der Landesstiftung Natur und Umwelt und dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus die sogenannte „Agenda 21-Messen“. In deren Rahmen haben Schulen aller Schularten in Sachsen die Möglichkeit, ihre Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung vorzustellen.

6.2.14 Sachsen-Anhalt

BNE in der Landesstruktur Sachsen-Anhalts

Sachsen-Anhalt unterstützt die UN-Dekade mit einem Landesaktionsplan. Dieser wurde unter Einbeziehung verschiedener Akteure aus dem staatlichen und nicht-staatlichen Bereich als Gesamtstrategie und Rahmenplan für die Umsetzung der UN-Dekade erarbeitet. Der Aktionsplan „Nachhaltigkeit Lernen in Sachsen-Anhalt“ definiert Ziele, beinhaltet Handlungsoptionen und soll den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung der Akteure fördern. Das Hauptziel besteht darin, den Gedanken der Nachhaltigkeit in allen Bildungsbereichen zu verankern. Dazu wurden folgende Strategien entwickelt:

- Verbesserung der Kommunikation, des öffentlichen Bewusstseins und des Verständnisses zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung,

- Verankerung der Nachhaltigkeit im Sinne eines lebenslangen Lernens in allen Bildungsbereichen und in Bereichen der Umweltbildung, der Volkshochschulen, kirchlichen Bildungseinrichtungen u. a.,
- Intensivierung der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Bildung und Landwirtschaft,
- Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke unter Einbeziehung von Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung und Gesellschaft,
- Bündelung und Verbreitung erfolgreicher Aktivitäten und Projekte,
- Nutzung von Großschutzgebieten als Modellregionen für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung.

Um die Koordinierung und den Transfer der vielfältigen Aktivitäten sicher zu stellen, wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, in dem beispielhafte Initiativen dokumentiert werden. Die Erstellung und Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts unter Beteiligung weiterer staatlicher und nicht staatlicher Akteure. Hierzu wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ unter Mitwirkung des Kultusministeriums, des Ministeriums für Gesundheit und Soziales, des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Landesverwaltungsamtes unter Federführung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt eingerichtet.

Sie wird durch den „Runden Tisch“ des Landes beraten und unterstützt. Am „Runden Tisch“ sollen möglichst viele Akteure aus Wirtschaft, Bildung, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft in die Gestaltung der Dekade einbezogen werden. Diese tauschen in Arbeitskreisen Erfahrungen zu verschiedenen Bildungsbereichen aus, unterstützen die Umsetzung von Maßnahmen und unterbreiten Empfehlungen für die Umsetzung der UN-Dekade in Sachsen-Anhalt. Bisher wirken mehr als 50 Akteure am „Runden Tisch“ mit.

Unter dem Motto „7 Tage Zukunft – Nachhaltigkeit lernen in Sachsen-Anhalt“ werden seit 2006 Bildungsaktionswochen unter der Schirmherrschaft der Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt und des Kultusministers durchgeführt. 20 Projekte aus Sachsen-Anhalt sind als Dekade-Projekte anerkannt.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Ein wesentlicher Ansatz, BNE zum Unterrichtsprinzip zu erheben, wird der neue Lehrplan für die Sekundarschule sein, der ab 2007/2008 erarbeitet wird. Im neuen Lehrplan für die Grundschule bildet der Sachunterricht den Ausgangspunkt für die Vermittlung fächerübergreifender Inhalte im Rahmen der BNE.

„Der Sachunterricht in der Grundschule hat die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler beim aktiven Wahrnehmen und Zurechtfinden in der Umwelt zu unterstützen sowie das Verständnis für vielfältige Zusammenhänge herauszubilden. Das Erschließen und Mitgestalten der sozialen,

natürlichen, technischen und durch Medien konstruierten Welt erfolgt bildungswirksam und orientiert sich zugleich an den Erfahrungen und Interessen der kindlichen Lebenswelt.“ (vgl. Grundschule, Fachlehrplan Sachunterricht, S. 5)

„Durch die Nutzung verschiedener Lernorte, wie kommunale, soziale, kulturelle, gewerbliche und andere Einrichtungen, werden im Sachunterricht der natürliche und gestaltete Lebensraum sowie der unser Leben prägende Anteil von Medien in den Unterricht einbezogen.“ (vgl. Grundschule, Fachlehrplan Sachunterricht, S. 6.)

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich zudem am BLK-Programm „21“ zunächst mit acht Schulen erfolgreich beteiligt und nahm ebenfalls am Programm „Transfer-21“ teil. Die Schulen in Sachsen-Anhalt sind angehalten, Schulprogramme zu erstellen und darin Maßnahmen zu BNE aufzunehmen. Mehrere Schulen haben nachhaltige Entwicklung bereits in ihr Schulprogramm aufgenommen. Zudem arbeiten 16 UNESCO-Projektschulen in Sachsen-Anhalt in einem Landesnetz zusammen. Die UNESCO-Projektschulen sind kooperierende Partner im Programm Transfer-21. Mehr als 200 Schulen des Landes stehen im Kontakt zu über 400 ausländischen Schulen in ca. 30 Staaten, überwiegend in den EU-Mitgliedstaaten.

Die Schwerpunkte der Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt liegen in der landesweiten Fortbildung zu nachhaltigen Schülerfirmen und zu Syndromen des globalen Wandels, zum selbstorganisiertem Lernen sowie in der Ausbildung zertifizierter Waldpädagogen. Es existieren regionale Fortbildungen zu Märchen und Nachhaltigkeit sowie schulinterne Lehrerfortbildungen im Grundschulbereich (Sonnenkinder). In einer länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Thüringen findet eine Selbstevaluation von Schulen statt. Zudem werden 11 der 20 über das BLK „21“-Programm ausgebildeten Multiplikatoren aus Sachsen-Anhalt in der Lehrerfortbildung eingesetzt.

Die außerschulische Umweltbildung in Sachsen-Anhalt wurde 2004 evaluiert. Es wurde erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme der Träger außerschulischer Umweltbildung vorgenommen. Diese beschränkte sich nicht nur auf klassische Umweltbildungseinrichtungen, sondern berücksichtigt auch andere Bildungsträger, wie Volkshochschulen, Museen und Unternehmen sowie Behörden (Landesforstbetrieb, Schutzgebietsverwaltung). Die Ergebnisse der Studie kennzeichnen die Stärken und Schwächen dieses Bildungsbereiches und zeigen Möglichkeiten der Qualitätssicherung und -entwicklung im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung auf.

Perspektiven

Durch das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt ist geplant, eine „Servicestelle“ beim Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung einzurichten. Diese „Servicestelle“ soll die Schulen bei der Arbeit zur BNE beraten und anleiten sowie die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern koordinieren. Schwerpunkte der Arbeit werden sein:

- Lehrerfortbildung zum Leitbild der Bildung für nachhaltige Entwicklung, wie z. B. die Einrichtung nachhaltiger Schülerfirmen an Lernbehindertenschulen,
- Koordinierung des Einsatzes der ausgebildeten Multiplikatoren,
- Unterstützung bei der Erarbeitung von Schulprogrammen, insbesondere von Ganztagschulen,
- Einbeziehung von außerschulischen Partnern,
- Aufbau und Pflege einer Online-Plattform zum Thema BNE an den Schulen des Landes zur Vernetzung der einzelnen Akteure.

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit (Interministerielle Arbeitsgruppe und „Runder Tisch“) wird fortgesetzt u. a. mit dem Ziel der Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs aus dem Aktionsplan „Nachhaltigkeit Lernen in Sachsen-Anhalt“.

6.2.15 Schleswig Holstein

BNE in der schleswig-holsteinischen Landesstruktur

Seit Oktober 2004 besteht das BNE-Konzept der Landesregierung. Die Federführung für das Thema liegt im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Seit Januar 2007 liegt zudem der Landesaktionsplan Schleswig-Holstein vor. Er beinhaltet Informationen zur UN-Dekade, Ziele, Umsetzungsmöglichkeiten für Maßnahmen und das Vorgehen in Schleswig-Holstein, gibt Tipps für eigenes „nachhaltiges“ Verhalten, präsentiert ausgewählte best-practice-Beispiele, die Dekade-Projekte aus Schleswig-Holstein und die Liste der Maßnahmen zur BNE in den verschiedenen Bildungsbereichen (www.bne.schleswig-holstein.de).

In Schleswig-Holstein existieren verschiedene Arbeitsgruppen, die durch das Landwirtschafts- und Umweltministerium koordiniert werden. Diese Koordination betrifft verschiedene BNE-Aktivitäten wie die jährlichen Aktionstage der UN-Dekade in Schleswig-Holstein, die jährliche Überarbeitung des Maßnahmenkataloges, die Durchführung der Zertifizierung außerschulischer BNE-Bildungspartner und auch die Zusammenarbeit mit den Ländern der norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade. Die Sitzungen dieser Projektgruppe werden mit einer Vorbereitungsgruppe in Schleswig-Holstein, in der auch das Bildungsministerium und NROs vertreten sind, vorbereitet.

Zudem existiert ein interministerielles Netzwerk, in dem die verschiedenen Ressorts mit Bildungskompetenzen vertreten sind. Die Zusammenarbeit zwischen dem federführenden Umweltministerium und dem Bildungsministerium ist besonders eng und wird durch gemeinsame Projekte (z. B. „BNE-Zertifizierung außerschulischer Partner“ und „Zertifizierung von Zukunftsschulen“) vertieft. Innerhalb der einzelnen Ministerien gibt es informellen Austausch und zu konkreten Projekten auch gemeinsame Sitzungen.

Im Rahmen der Auszeichnung von Schulen zur „Zukunftsschule.SH“ erfolgt über die Jury eine Zusammenarbeit mit den Ministerien (Soziales, Landwirtschaft und Bildung), mit den Kreisfachberaterinnen und -berater für Natur- und Umweltbildung/BNE und mit außerschulischen Partnern.

In Schleswig-Holstein wurden bisher 23 Dekade-Projekte ausgezeichnet, zwei davon bereits zweimal und bei drei Projekten handelt es sich um Gemeinschaftsprojekte mit anderen Ländern. Bisher wurden vier Maßnahmen aus Schleswig-Holstein im Nationalen Aktionsplan aufgeführt.

BNE in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Die Lehrpläne des Landes Schleswig-Holstein beschreiben über die Kernprobleme die Fragestellung der BNE und haben damit im Lehrplan die höchste formale Verbindlichkeit. Die Themen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung sind handlungsbezogene Lernfelder für den fächerübergreifenden Unterricht, der sich vorbildlich in die Vorgaben der Lehrpläne fügt und in denen sich die Anforderungen der Bildungsstandards Naturwissenschaften vertiefen lassen.

In der 2. Ausbildungsphase der Lehrerbildung wird ein Fortbildungsmodul zu BNE von einer Multiplikatorin aus dem Programm „Transfer-21“ angeboten. Zwischen den Studienleiterinnen und -leitern am Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein, die sich mit den Fragen der Umsetzung von BNE in Schule und Unterricht beschäftigen, bestehen Kooperationen.

Ferner wurde zur Implementierung von BNE in Schulen in Schleswig-Holstein das Verfahren zur Auszeichnung als „Zukunftsschule.SH“ entwickelt. Die Ausschreibung „Zukunftsschule.SH“ wird vom Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein durchgeführt. Die schulischen Aktivitäten zeigen, wie vielfältig jetzt schon BNE an den Schulen umgesetzt wird und in welchem Maß BNE Teil des Schulalltages ist. Die Auszeichnung, welche einmal jährlich vom Ministerium für Bildung und Frauen vorgenommen wird, trägt dazu bei, diese Projekte im Land bekannt zu machen und zur Nachahmung zu empfehlen. Die beteiligten Schulen haben durch die Kooperation mit anderen Zukunftsschulen.SH, mit den Kernschulen des Programms „Transfer-21“ und mit außerschulischen Partnern die Möglichkeit, sich über BNE als Schule weiterzuentwickeln. Im Jahr 2007 konnten insgesamt 72 Schulen, davon auch Schulen, die sich in anderen Kampagnen und Netzwerken zum Thema BNE engagieren, als Zukunftsschule.SH ausgezeichnet werden: z. B. Schulen, die an der Kindermeilenkampagne des Klimabündnisses teilgenommen haben oder die schon lange als UNESCO-Projektschule aktiv sind. Andere Schulen sind aus dem ebenfalls beendeten BLK-Programm „Demokratie leben und lernen“ hinzugekommen; sie zeigen, dass demokratisches Handeln und Partizipation wichtige Aspekte von BNE sind. Ein weiterer Schwerpunkt wird im Themenbereich „Gesundheit und Lebensqualität“ angestrebt.

Das Projekt „Zukunftsschule.SH“ (www.zukunftsschule.lernnetz.de) nimmt drei Aspekte auf:

- Anerkennung der geleisteten Arbeit durch die Öffentlichkeit,
- Einbinden von Schulen in thematische Netzwerke,
- Stärken von Schulen, die über Fortbildungen Impulse an andere weiter geben können.

Perspektiven

In Schleswig-Holstein sind die Weiterentwicklung des Zertifizierungsverfahrens für außerschulische Lernorte und Partner, die jährliche Durchführung von UN-Dekade Aktionstagen bzw. -wochen (nach Möglichkeit im Einklang mit der Bundesebene) sowie die Gewinnung neuer Partner, besonders in den Bereichen berufliche Bildung/ Ausbildung, geplant. Zurzeit wird zudem gemeinsam mit der Muthesius Kunsthochschule Kiel ein anderer Zugang (frisch, frech, kreativ, provozierend und doch nachdenklich) zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ und BNE entwickelt. Weiterhin vorgesehen sind:

- Fortsetzung der Initiative Zukunftsschule.SH,
- Unterstützung von Schulen, sich mit BNE weiterzuentwickeln,
- Impulse für die Bildung von thematischen Netzwerken,
- Fortbildungs- und Tagungsangebote,
- Erweiterung des BNE-Moduls im Rahmen der 2. Ausbildungsphase
- für Lehrkräfte.

6.2.16 Thüringen

BNE in der thüringischen Landesstruktur

Der Thüringer Landtag hat am 16. September 2005 einen Beschluss zur Umsetzung der UN-Dekade in Thüringen gefasst. Dieser ist neben weiteren spezifischen Papieren (z. B. Kabinettsbeschlüssen oder Leitlinien) Grundlage für die Arbeit der Thüringer Landesregierung in Zusammenarbeit mit den NROs.

In Analogie zur Bundesebene wurde – als den Prozess begleitende Plattform zum Informations- und Erfahrungsaustausch – ein Runder Tisch Thüringen konstituiert. Am Runden Tisch sitzen Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen (z. B. aus Politik und Wirtschaft, den Kirchen oder staatliche und nichtstaatliche Bildungseinrichtungen). Der Runde Tisch Thüringen tritt etwa 4- bis 5-mal im Jahr zusammen und ist für alle interessierten Akteure offen.

Zur weiteren Abstimmung und Umsetzung der UN-Dekade in Thüringen wurde außerdem aus Vertretern des Arbeitskreises Umweltbildung Thüringen und den federführend für die Thüringer Landesregierung tätigen Ministerien – dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz sowie dem Thüringer Kultusmi-

nisterium – ein Kernteam gebildet. Dieses Kernteam berät sich alle ein bis zwei Monate. Neben der landesweit tätigen Koordinationsstelle im Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen existieren vier regionale Nachhaltigkeitszentren.

Im Rahmen der UN-Dekade 2005-2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fand in Thüringen vom 14. bis 19. November 2005 eine „Woche der Nachhaltigkeit“ statt, die auch durch den Thüringer Landtag unterstützt wurde. In diesem Kontext wurde u. a. vom Thüringer Kultusministerium und dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) unter der Schirmherrschaft des Thüringer Ministerpräsidenten und mit Unterstützung der Thüringer Landtagspräsidentin der Bildungskongress „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Nachhaltigkeit lernen und lehren“ organisiert.

Thüringen hat bisher mit den Ausgaben 2005, 2006 und 2007/2008 drei Aktionspläne vorgelegt, die weiterhin fortgeschrieben werden. Die wichtigsten Punkte darin sind die Stärkung der individuellen Handlungsfähigkeit, der Strukturen sowie der gesellschaftlichen Wirkung. Hierfür werden Handlungsfelder aufgezeigt, Akteure benannt und best-practice aufgelistet. Darüber hinaus soll der Thüringer Landesaktionsplan als Richtschnur für die (Weiter-)Entwicklung der UN-Dekade in Thüringen eine breite Öffentlichkeit informieren und zur Beteiligung anregen. Zudem wurden bisher 27 Dekade-Projekte (Stand Herbst 2008) ausgezeichnet und die Fortschreibung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Dekade in Thüringen im Nationalen Aktionsplan verankert.

Vernetzungen zwischen dem Land Thüringen und anderen Ländern finden auf nationaler Ebene durch den Austausch am Runden Tisch der UN-Dekade und über den informellen Austausch zwischen den Ministerien statt. Darüber hinaus steht Thüringen im Bildungsbereich über das Programm „Transfer 21“ im regelmäßigen Austausch mit den 14 teilnehmenden Ländern. Jeweils bilateralen Austausch gibt es mit den benachbarten Ländern Hessen und Sachsen-Anhalt.

BNE in der Schule und in anderen Bildungseinrichtungen

In der beginnenden Lehrplanrevision erhält BNE einen besonderen Stellenwert, da den weiterentwickelten Thüringer Lehrplänen ein Bildungsbegriff zugrunde liegt, der Nachhaltigkeit einschließt und diese in den drei Dimensionen ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit zum übergreifenden und langfristigen Bildungsziel werden.

Zudem ist es mehreren Thüringer Schulen gelungen, als Dekade-Projekt ausgezeichnet zu werden. Die Auszeichnungen bezogen sich auf „Systemische Verankerung der BNE im Schulleben“, „Globale nachhaltige Entwicklung“, „Erneuerbare Energien“. Viele Schulen implementieren BNE durch das Dekade-Jahresthema Wasser (2008), als weitere Schwerpunkte sind Projekte zur Solarenergie, zur Biodiversität, zum ökologischen Landbau so-

wie zur (Welt-) Ernährung zu nennen. In Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern entwickeln Schulen auf ihre Region bezogene Projekte und schulinterne Curricula, die eine Verstetigung ihrer BNE-Profilierung absichern.

Außerdem zu nennen sind Projekte der freien Träger in Schulen, z. B. Wettbewerb Umweltschulen in Europa, „Prima Klima“, Schulenergietag und Projekte an anderen Bildungseinrichtungen, z. B. Multiplikatoren Ausbildung, die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Verankerung und Unterstützung Nachhaltiger Schülerfirmen, die Entwicklung interdisziplinärer Lernmodule unter dem Kontext „Komplexes Denken interdisziplinär Lernen“ (Fachhochschule Erfurt, der Verwaltungsfachhochschule Gotha/Meiningen, der Universität Erfurt, dem Thüringer Innenministerium) sowie die dauerhafte Verankerung eines von Studierenden selbstorganisierten Studium Fundamentale an der Universität Erfurt.

Die Lehrerbildung in Thüringen erfolgt teilweise als reformierter BA/MA-Studiengang (seit Wintersemester 2006/2007 Magister-Lehramt-Studiengänge an der Universität Erfurt) und teilweise traditionell mit Staatsexamen (Universität Jena). Im reformierten Studiengang an der Universität Erfurt gibt es verpflichtende Module zur BNE in der Lehrerbildung (LA Grundschule) sowie explizite BNE-Inhalte im Bachelor-Studiengang „Pädagogik der Kindheit“. Insgesamt kann jedoch noch nicht von einer strukturellen BNE-Verankerung in der Lehrerbildung gesprochen werden.

In der Lehrerfortbildung ist BNE hingegen zunehmend verankert. Dies betrifft insbesondere Angebote im fächerübergreifenden Bereich. Beispiele sind:

- „Klimawandel/Klimaschutz im Unterricht“ – Kooperationsveranstaltung mit der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie,
- mehrere Veranstaltungen zum Thema „Erziehung zum Umgang mit Geld – Schuldenprävention“,
- „Versprochen ist Versprochen!“ – Millenniumsziele und Theater,
- Arbeitskreis „Wirtschaft/Umwelt/Europa“,
- „Medienprodukt Krieg? – Der Krieg und die Medien“,
- Lehrgang „Interkulturelle Kompetenz“ zur Ausbildung von Multiplikatoren.

Es ist geplant, die im Programm „Transfer-21“ ausgebildeten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in das Unterstützungssystem zu übernehmen und damit besonders in der regionalen Fortbildung zu integrieren.

Perspektiven

Der „Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre“ beschreibt ausführlich Bildungsprozesse in sieben Bereichen. Dabei werden sowohl in den Bereichen als auch in den Grundlagen Aspekte aufgegriffen, die der Bildung für nachhaltige Entwicklung zugeordnet sind. Diese sollen konkretisiert und mit Best-practice belegt werden.

Der BNE-Gedanke soll weiterhin durch gezielte Aktionen in den Regionen und verstärkte Öffentlichkeit noch stärker als bisher ins öffentliche Leben integriert werden.

So wird überlegt, ob modellhafte Leuchtturmprojekte unterstützt werden könnten, die neue (Bildungs-) Formen ausprobieren und landesweit sowie darüber hinaus Ausstrahlung haben.

7 Stiftungen

Die im Folgenden dargestellten Stiftungsaktivitäten stellen keine vollständige Aufzeichnung dar. Es gibt darüber hinaus eine Vielzahl von Einrichtungen im Stiftungsreich, die sich direkt und indirekt mit dem Thema Bildung für eine nachhaltige Entwicklung befassen.

7.1 Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) nimmt als eine der größten Umweltstiftungen Europas eine zentrale Rolle bei der Förderung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ein. Ihre Gründung geht auf eine Initiative der Bundesregierung im Jahr 1989 und ein Errichtungsgesetz zurück, durch das sie mit einem Stiftungsvermögen aus Bundesmitteln ausgestattet wurde. Die DBU ist Teil der mittelbaren Bundesverwaltung und die Bundesregierung ist im Kuratorium der Stiftung durch das BMU, BMBF und BMF, der Deutsche Bundestag durch Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen vertreten.

Zu den zentralen Anliegen der DBU gehören sowohl die Förderung des Umweltbewusstseins der Menschen durch Umweltbildung, die Entwicklung und Nutzung neuer, umweltentlastender Technologien und Produkte im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes, die Umweltforschung sowie die Bewahrung und Wiederherstellung des nationalen Naturerbes. Dabei kommt der Förderung von Umweltkommunikation in der mittelständischen Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Der Themenbereich Umweltkommunikation, der im Sinne der Agenda 21 auf das Ziel einer integrativen, nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet ist, wird in die Förderschwerpunkte Umweltinformationsvermittlung, Umweltbildung sowie Umwelt und Kulturgüter aufgeteilt. Im Berichtszeitraum wurden in diesem Bereich rund 358 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von ca. 45,5 Mio. Euro unterstützt, viele davon mit direktem Bezug zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Eine wachsende Bedeutung misst die DBU internationalen Zusammenhängen zu. Aus diesem Grund wurde im Förderbereich Umweltbildung zur „Bildung für Nachhaltigkeit“ ein Förderkriterium aufgenommen, wonach naturschutzbezogene Fragestellungen der Agenda 21 unter Berücksichtigung internationaler Bezüge für Bildungszusammenhänge aufgegriffen werden sollen. Themen, wie die Bewahrung der biologischen Vielfalt, damit verbundene Fragen eines gerechten Vorteilsausgleiches sowie Aspekte des globalen Lernens, rücken somit gleichfalls in den Fokus der Förderaktivitäten. Daneben werden in diesem Förderbereich auch Vorhaben unterstützt, welche die Thematik nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster aufgreifen.

Die DBU gestaltete im Berichtszeitraum die Umsetzung der UN-Dekade durch die Förderung von Aktivitäten des Runden Tisches und eine Unterstützung von Auszeichnungsveranstaltungen für Dekade-Projekte aktiv mit. Sie unterstützte eine Vielzahl von BNE-Projekten in Kindergärten, Schulen, Universitäten, außerschulischen Bildungseinrichtungen, Museen und Besucherzentren. Die Projekte waren dabei von einer großen Methoden- und Themenvielfalt geprägt. Weiter wurden Projekte zur Entwicklung von Kompetenzen für Lehrende im Bereich BNE unterstützt. So konnte eine bundesweite Multiplikatorenschulung zur Verankerung von BNE an Ganztagschulen realisiert werden. Auch Entwicklungs- und Forschungsaktivitäten im Bereich BNE erfuhren durch die DBU im Berichtszeitraum eine vielfältige Unterstützung. So konnten vielfältige Vorhaben im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich sowie im non-formalen Bildungsbe- reich mit Unterstützung der DBU realisiert werden.

Die Förderaktivitäten der DBU stehen weithin im Einklang mit der Strategie der UNECE zur Implementierung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Europa. Auch die Kooperation auf der Ebene der UNECE-Region konnte im Berichtszeitraum durch DBU-Förderprojekte weiter voran gebracht werden.

7.2 Politische Stiftungen

Die Stiftungen, die den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahe stehen, werden durch so genannte Globalzuschüsse zur gesellschaftlichen und demokratischen Bildungsarbeit unterstützt. Diese werden vom BMI bereitgestellt. Die politischen Stiftungen haben in ihre Bildungsarbeit auch das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aufgenommen.

Konrad-Adenauer-Stiftung

Nachhaltigkeit in der Bildung hat für die Konrad-Adenauer-Stiftung eine zentrale Bedeutung. Gerade in Zeiten krisenhafter Entwicklung nimmt diese weiter zu. Deshalb treten in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auch Bildungsfragen neu in den Vordergrund. Sie werden Teil des „Nachhaltigkeitstests“ sein, dem sich alle aktuellen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung werden unterziehen lassen müssen. Für die KAS bedeutet dies, in der Bildungsarbeit das Bewusstsein dafür zu schärfen, politische Entscheidungen vor dem Hintergrund nachhaltiger Eingriffe in die Neugestaltung politischer, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen zu diskutieren.

Auf der internationalen Ebene folgt hieraus, bei der Gestaltung von entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen auf der Grundlage einer gerechten und sozial-marktwirtschaftlichen Ordnung die Bedürfnisse der jetzigen Generationen umzusetzen, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden. Die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft gewinnt gerade unter der Prämisse eines schonenden Einsatzes der natürlichen Ressourcen eine besondere Bedeutung. Nur eine demokratische Grundordnung sichert letztlich die Kontrolle über eine gerechte Ressourcenverteilung und die

Teilnahme der Zivilgesellschaft am Entwicklungsprozess. In den Bildungs- und Beratungsmaßnahmen der Stiftung wird daher weltweit die Thematik der Nachhaltigkeit auch unter dem Gesichtspunkt der Hilfe zur Selbsthilfe und der Eigenverantwortung für die zukünftige Entwicklung von Staat und Gesellschaft eine große Bedeutung beigemessen.

In jüngster Zeit ist zu beobachten, dass zahlreiche Staaten der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang geben. Dabei nehmen diese Staaten bedrohliche Verwerfungen ihrer politischen Ordnung in Staat und Gesellschaft sowie beachtlichen Schäden des Klimas und der Umwelt in Kauf. Als Konsequenz für die internationale Arbeit der Stiftung folgt daraus, dass die Stiftung neben der Neugestaltung einer sozial gerechten globalen Ordnungspolitik auch stärker als bisher die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes in Bildungsmaßnahmen thematisiert. Mit Beginn des Jahres 2009 haben hierzu die Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der Stiftung weltweit neue Projekte in Angriff genommen.

Friedrich-Ebert-Stiftung

Nachhaltigkeit umfasst für die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht nur die ökonomische, die soziale und die ökologische Dimension. Dazu kommt die der Institutionen, die im engeren Sinne die Organisationsformen nachhaltigkeitsorientierter Politik beinhaltet, im weiteren Sinne Fragen von Partizipation und Demokratie. Dieses Konzept von Nachhaltigkeit fordert die Ausweitung der politischen Verantwortung in die Zukunft. Zeitlich postuliert Nachhaltigkeit die Pflicht für die jetzt Verantwortung Tragenden, folgenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der diese die Freiheit haben, einen ihnen angemessenen Lebensstil zu wählen. Räumlich weist Nachhaltigkeit darauf hin, dass in einer globalisierten Welt gerade die reichen Nationen Europas nicht nur eine europäische, sondern auch eine weltweite Verantwortung tragen und dass Nord-Süd-Kooperation eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche sein muss.

Die inhaltliche Dimension einer nachhaltigen Entwicklung wird daher von der Stiftung nicht nur in ihren Seminarangeboten mit explizit ökologischem Fokus vermittelt (z. B. ökologische Modernisierung der Wirtschaft, umweltverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise). In den Jahren 2007 und 2008 griffen 137 bzw. 114 Veranstaltungen der FES in Deutschland explizit das Thema Nachhaltigkeit auf.

Im Zeitraum 2005 bis 2009 war und ist Nachhaltige Entwicklung weiterhin ein Querschnittsthema in anderen Maßnahmen (z. B. Projekte zu Energie- und Klimapolitik, Globalisierung, gerechte Weltwirtschaft, internationale Entwicklungszusammenarbeit, Demokratieförderung, Zukunft 2020). Die Thematik wird zudem in den Kommunal-Akademien an kommunale Mandatsträger oder in der Akademie „Management und Politik“ an ehrenamtlich Tätige vermittelt. Bürgerschaftliches Engagement (z. B. im Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat) wird als Ressource nachhaltigkeitsorientierter Reformpolitik gefördert. Das gilt auch für die

Programme der politischen Bildung mit den Leitziele der Agenda 21. In Studien und Policypapers werden in Deutschland und in Projekten in fast 100 Ländern gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vorschläge formuliert, die Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung einschließen.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Die Projekte und Veranstaltungen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit folgen von ihrem Ansatz her den Zielen einer demokratischen und sozialen Entwicklung, die in allen Bereichen, sowohl den gesellschaftspolitischen, den ökonomischen, den ökologischen als auch den kulturellen, zu nachhaltiger Ausrichtung verpflichtet ist. Das Engagement für die Freiheit in Deutschland und der Welt ist eine Aufgabe, die Augenmaß braucht. Konzentration auf das Wesentliche tut not. Aus diesem Grund legt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für ihre Arbeit langfristig angelegte Themenschwerpunkte fest, deren Programmanteile mindestens 50 Prozent aller Bildungs- und Beratungsmaßnahmen der Stiftung ausmachen sollen. Leitwert ist dabei die Freiheit als höchster Wert, Garant von Menschenwürde, Basis für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

Aktuelle Themenschwerpunkte der Friedrich Naumann-Stiftung für die Jahre 2008 bis 2011 sind:

- Freiheit und Eigentum
- Freiheit und Bürgergesellschaft/ Zivilgesellschaft
- Freiheit und Rechtsstaat

In Seminaren wie z. B. „Der Mensch in der globalisierten Welt“ oder „Studierende und Entwicklungszusammenarbeit“ werden thematische Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung vermittelt. Vor allem Globalisierung ist ein Prozess, der Wohlfahrtschancen bietet und die Möglichkeiten der Interaktion zwischen Menschen aus aller Welt rapide erweitern kann. Mit Seminarangeboten wie z. B. „Brasilien – Wirtschaftsmacht am Zuckerhut“ oder „Die Klimadebatte und die Rolle der Vereinten Nationen“ sind Angebote entwickelt worden, die auch den Forderungen der Nachhaltigkeit Rechnung tragen.

Hanns-Seidel-Stiftung

Die Hanns-Seidel-Stiftung führt in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen Veranstaltungen durch, die zur Verbreitung der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung und zur Übernahme von mehr Verantwortung für künftige Generationen beitragen sollen. Im Vordergrund stehen dabei Veranstaltungen zum Verhältnis von Ressourcen, Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit. Da im Zeitalter globaler Interdependenz und neuer weltweiter Herausforderungen der Anspruch nachhaltiger Entwicklung ein zunehmend breites Spektrum von Handlungsfeldern umfasst, werden u. a. auch bildungs-, entwicklungs-, und sicherheitspolitische Entwicklungen, Fragestellungen und Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung des Aspektes der Nachhaltigkeit thematisiert.

Heinrich-Böll-Stiftung

Der Themenbereich nachhaltige Entwicklung hat zentralen Stellenwert in der Bildungsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Schwerpunkte der Arbeit im zurückliegenden Berichtszeitraum sind die nachhaltige Klima-, Energie- und Ressourcenpolitik, die Weltwirtschaftskrise, internationale Geschlechtergerechtigkeit, der Agrarhandel sowie allgemeine Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. In diesen verschiedenen Themenbereichen bildet das Prinzip der Nachhaltigkeit eine konzeptionelle Leitplanke.

Ein Beispiel aus dem Klimabereich ist der GDRs (Greenhouse Development Rights Framework) – ein Ansatz für faire Lastenteilung im Klimaregime. Hier ist der Leitgedanke, dass nur eine faire Lastenteilung nachhaltige Klimapolitik hervorbringen kann. Diesen Ansatz hat die Heinrich-Böll-Stiftung auf verschiedenen Ebenen der Klimaverhandlungen international eingebracht.

Im Bereich internationalen Geschlechtergerechtigkeit widmet sich die Stiftung im Berichtszeitraum gemeinsam mit dem United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) vor allem einem Forschungsprojekt zu den Auswirkungen des Zusammenhangs von Religionen und Politik und Geschlechterverhältnissen. Damit soll die internationale Debatte über geeignete nachhaltige Strategien für gesellschaftspolitischen Wandel durch mehr Mobilisierung für Geschlechtergerechtigkeit im Kontext von Religionen gestärkt werden. Mit darauf aufbauender Arbeit in den verschiedenen Regionen der Auslandsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung leisten wir einen Beitrag zum Aufbau und zur Festigung demokratischer Strukturen auf der Basis gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern und fördern pluralistische Dialoge über gesellschaftliche Leitbilder und gesellschaftsprägende Faktoren wie Religion.

Im Agrarbereich ist es mit dem „EcoFair Trade Dialogue“ gelungen, den bereits in den Jahren zuvor initiierten breiten zivilgesellschaftlichen Dialog in Nord und Süd um die Ausgestaltung eines nachhaltigen Handelsregimes für den Agrarsektor weiter auszubauen. Die Partnerorganisationen profitieren nach eigenen Aussagen inhaltlich vom Austausch mit dem Wissen und den Strategien anderer Partnerorganisationen und der Stiftung national, regional und vor allem auch international.

Im Bereich Weltwirtschaftskrise & Entwicklungszusammenarbeit leistet die Stiftung einen nachhaltigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, indem sie Perspektiven aus Entwicklungs- und Schwellenländern zur Weltwirtschaftskrise durch verschiedene öffentlichkeitswirksame Projekte in die Debatten einbezieht. Zivilgesellschaftliche Akteure werden dabei in die Lage versetzt, Lösungsansätze zur Behebung der Finanzierungslücken für globale Aufgaben zu entwickeln. Die Stiftung hat außerdem den UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung in Doha genutzt, um das Thema einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und politische und administrative Entscheidungsträger/innen zu sensibilisieren.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist schließlich ein Leitbild für die im engeren Sinne bildungspolitische Arbeit der Stiftung: In ihren Empfehlungen für „Lernkonzepte für eine zukunftsfähige Schule“ spricht sich die Stiftung für ein Curriculum schulischer Bildung aus, das neben den Menschenrechten die Orientierung an nachhaltiger Entwicklung zur entscheidenden Leitplanke zukunftsfähiger Bildung macht.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterbreitet ein vielfältiges Bildungsangebot zu gesellschaftlichen Problemen nachhaltiger Entwicklung, wobei Nachhaltigkeit als das anspruchsvollste Konzept gesellschaftlicher Entwicklung der Gegenwart und für die absehbare Zukunft verstanden wird. Das Profil der Stiftung zeigt sich in der Verbindung von ökologischen Lösungswegen mit sozialen, demokratischen und emanzipatorischen Alternativen. So wird z. B. der Zusammenhang von Finanzmarktkrise, Wirtschaftskrise und ökologischer Krise diskutiert ebenso wie das Thema „Green New Deal – nur ein Grüner Kapitalismus oder möglicher Einstieg zur Lösung der ökologischen Krise/in einen grünen Sozialismus?“ Gegenstand der Bildungsarbeit sind weiterhin Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung sowie die Entwicklung des ländlichen Raumes. Außerdem stehen technologiepolitische Themen ebenso zur Diskussion wie der Einfluss gerechter Geschlechterverhältnisse auf eine nachhaltige Entwicklung. Die Stiftung begleitet den UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 ebenso mit Bildungsangeboten wie die Großveranstaltung Mac Planet im April in Berlin.

8 Zusammenfassung und Ausblick

Die vielfältigen, zielgerichteten Aktivitäten der Bundesregierung für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verdeutlichen die Bedeutung, die die Bundesregierung dem Leitprinzip Nachhaltigkeit in Übereinstimmung mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beimisst. Aufgrund der föderalen Struktur liegen wesentliche Zuständigkeiten im Bildungsbereich bei den Ländern. Auch sie haben während des Berichtszeitraumes wesentlich zur Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland beigetragen. Insgesamt sind die Vorhaben, Maßnahmen und Initiativen sehr vielfältig und betreffen alle Bildungsbereiche.

Zusammenfassend ist für den Berichtszeitraum festzustellen, dass die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung sowohl national, als auch international Fortschritte macht. Bildung für nachhaltige Entwicklung hat als Zielsetzung Eingang in die Beschlüsse nahezu aller national und international relevanten Organisationen gefunden und wird zunehmend ein fester Bestandteil der Bildungspraxis.

Die Fortschritte bei der Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung zeigen sich auf nationaler Ebene auch bei einer Betrachtung der einzelnen Bildungsbereiche. In allen Bereichen des formalen Bildungssystems

existieren Richtlinien, Empfehlungen und Orientierungen zur Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Auch wenn noch nicht von einer flächendeckenden Verankerung gesprochen werden kann, so gibt es in jedem Bereich zahlreiche gute Praxisbeispiele. Sie tragen entscheidend mit dazu bei, dass eine systematische Etablierung in den Bildungsbereichen weiter voranschreitet.

Darüber hinaus hat die seit 2005 ausgerufene UN-Dekade der Verbreitung von Bildung für nachhaltige Entwicklung eine größere Dynamik verliehen. In Deutschland konnte dies durch die Etablierung neuer Strukturen auf Bundes- und Landesebene, die zahlreichen Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen sowie Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft erreicht werden. Dazu haben nicht zuletzt neue Netzwerkstrukturen beigetragen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Etablierung eines Nationalkomitees sowie eines Runden Tisches, der dem Austausch von Akteurinnen und Akteuren aus 100 Organisationen unterschiedlicher Bereiche dient. Insbesondere auch mit den über 800 so genannten Dekade-Projekten konnte Bildung für nachhaltige Entwicklung in der ersten Hälfte der UN-Dekade deutlich sichtbar gemacht werden. Sie dienen als Beispiele guter Praxis.

Mit Blick auf die zweite Hälfte der UN-Dekade sind aus Sicht der Bundesregierung folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- Eine nachhaltige Entwicklung erfordert kontinuierliches Lernen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist daher als Prozess über alle Lebensphasen hinweg zu sehen. Neben den klassischen Bildungsinstitutionen wie Kindergarten, Schule und Hochschule ist sie aber auch auf andere Lernorte wie den Arbeitsplatz auszurichten. Hierfür sind verstärkt Arbeitgeber als Partner zu gewinnen.
- Um Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einem festen Bestandteil von Bildungsprozessen zu machen, ist es erforderlich, dass sie in Lehrplänen und bei der Ausbildung von Lehrkräften in allen Bildungsbereichen einen festen Platz einnimmt.
- Die Bedeutung von Bildung für nachhaltige Entwicklung ist allgemein anerkannt. Gleichzeitig ist es zur weiteren Implementierung notwendig, mehr über ihre Wirkungsweise und den Transfer von Wissen sowohl bei den Lehrenden als auch bei den Lernenden zu erfahren. Weiterhin sind Erfolge und Leistungsfähigkeit von Bildung für nachhaltige Entwicklung transparenter zu machen. Bildungsforschung – auch in internationaler Vernetzung – ist hierfür ein wichtiges Instrument.
- Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine globale Herausforderung. Vor diesem Hintergrund ist noch mehr Wert auf den internationalen Austausch zu legen. Insbesondere der Austausch zwischen Ländern des Nordens und des Südens, aber auch zwischen den Ländern des Südens ist auszubauen. Grundlegend ist hierbei, dass es sich um einen Austausch auf gleicher Augenhöhe handelt. Dabei muss künftig auch der

Blick auf die regionalen Realitäten geschärft werden. Des Weiteren ist in diesem Kontext noch deutlicher herauszustellen, dass sich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Bildung für alle“ wechselseitig ergänzen.

- Für die zweite Hälfte der Dekade wird es wichtig sein, eine größere Sichtbarkeit von Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Beispiele guter Praxis sind dabei stärker öffentlich zu machen, um neue Initia-

tiven anzustoßen und Bildung für nachhaltige Entwicklung schrittweise im gesamten Bildungssystem zu verankern.

Die Bundesregierung hat diese Positionen im Rahmen der UNESCO-Weltkonferenz Anfang 2009 in Bonn eingebracht. Sie wird sich darüber hinaus dafür einsetzen und bei den Beteiligten darauf hinwirken, dass die im Rahmen der Konferenzerklärung verabschiedeten Leitlinien für die zweite Hälfte der UN-Dekade umgesetzt werden.

9 Anhang**9.1 Abkürzungsverzeichnis****A**

AA	Auswärtiges Amt
AG	Arbeitsgruppe
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
ASA-Programm	Programm für Arbeits- und Studien-Aufenthalte

B

BAKöV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
BBNE	Aktionsprogramm „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung“
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
biz	Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BKM	Bundesbeauftragte/r für Kultur und Medien
BLK	Bund-Länder Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BÖL	Bundesprogramm Ökologischer Landbau
BREBIT	Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage
BUB	Bremer Umwelt Beratung e.V

C

CSD	Commission on Sustainable Development
-----	---------------------------------------

D

DBJR	Deutscher Bundesjugendring
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
DED	Deutscher Entwicklungsdienst

DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGfE	Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft
DGU	Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung
DeSeCo	Definition and Selection of Competencies
DUK	Deutsche UNESCO-Kommission
DWFZ	Das Deutsche Welle Fortbildungszentrum Hörfunk
E	
EBD	Entwicklungsbezogene Aus- und Weiterbildung Bildung in Deutschland
ECOSOC	The Economic and Social Council
EEAC	European Environment and Sustainable Development Advisory Councils
ENSA	Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm
ErNach	Modellversuch: „Erhöhung der Nachhaltigkeit“
F	
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
finep	Forum für internationale Entwicklung und Planung
FNR e. V.	Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.
FÖJ	Freiwillige ökologisches Jahr
Fona	Rahmenprogramm: Forschung für nachhaltige Entwicklung
FTI – Education for All	Fast Track Initiative
G	
GLOBE	Global Learning and Observation to Benefit the Environment
GPA NiBA	Good-Practice-Agentur „Nachhaltigkeit in Berufsbildung und Arbeit“
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
H	
HGF	Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren
HHAP	Hamburger Aktionsplan
HLN	Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit
I	
IES	International Education Services
IfN	Initiative für Nachhaltigkeit
IHK	Industrie- und Handelskammern
IMA	Innerministerielle Arbeitsgruppe
INQA	Initiative Neue Qualität der Arbeit
IPN	Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften
IUB	Institut für Umweltschutz in der Berufsbildung e.V.
ISOE	Institut für sozial-ökologische Forschung
IZBB	Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des BMBF

K

KFW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMK	Kultusministerkonferenz/ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

M

MBSJ	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg
MLUV	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Brandenburg

N

NA-BIBB	Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung
NAP	Nationaler Aktionsplan der UN-Dekade für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
NRO	Nichtregierungsorganisation

O

OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
------	--

P

PISA	Programme for International Student Assessment
------	--

R

RNE	Rat für nachhaltige Entwicklung
RWTH Aachen	Rheinisch-Westfaelische Technische Hochschule

S

SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
S.O.F.	Save Our Future Umweltstiftung

U

UBA	Umweltbundesamt
ÜTK	Übergreifende Themenkomplexe
UMK	Umweltministerkonferenz
UN	United Nations
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

V

VENROB	Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V.
--------	--

W

WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
------	---

9.2 Literatur

- Adomßent, M./Henze, C. (Hrsg.) (2007): UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – Der Beitrag Europas. Dokumentation der internationalen Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Berlin.
- Anderson, J. A. (2005): *Accountability in education*, Education policy series. IAP/UNESCO. Paris/Brüssel.
- AG Außerschulische Bildung und Weiterbildung der UN-Dekade „BNE“ (2006): Positionspapier 2006. (www.bne-portal.de)
- Baethge, M./Baethge-Kinsky, V. (2002): „Arbeit – die zweite Chance. Zum Verhältnis von Arbeitserfahrungen und lebenslangem Lernen“. In: Arbeitsgemeinschaft Qualifikations-Entwicklungs-Management (Hrsg.): *Kompetenzentwicklung 2002*. Münster.
- Berger, A. (2006): Die Kooperation und Vernetzung zwischen Schulen und entwicklungspolitischen Landesnetzwerken in den Bundesländern Eine Bestandsaufnahme von August – Dezember 2006. Berlin.
- Blake, J. (2007): Missing links. Gender and education for sustainable development. In: *International Journal Innovation and Sustainable Development*, Vol 2, Nos 3/4, 414-432. Palmerston North.
- Bühler, T./Klemisch, H./Ostenrath, K. (2007): *Ausbildung und Arbeit für erneuerbare Energien – Statusbericht 2007*. Bonn.
- Busch, A. (2007): Bestandsaufnahme zum Stellenwert der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in den EU-Bildungsprogrammen. Best Practice Projekte für BNE aus EU-geförderten Bildungsprogrammen. Lüneburg.
- Cross, J. (2007): *Informal Learning: Rediscovering the Natural Pathway That Inspire*. San Francisco.
- Dehnbostel, P. (1996): Lernorte in der Berufsbildung – Konzeptionelle Erweiterungen in der Modellversuchsreihe ‚Dezentrales Lernen‘, In: Dehnbostel, P./Holz, H./Novak, H. (Hrsg.): *Neue Lernorte und Lernortkombinationen. Erfahrungen und Erkenntnisse aus dezentralen Berufsbildungskonzepten*, S. 9–23. Bielefeld.
- Dehnbostel, P./Molzberger, G./Overwien, B. (2003): *Informelles Lernen in modernen Arbeitsprozessen dargestellt am Beispiel von Klein- und Mittelbetrieben der IT-Branche*. Berlin.
- Dewey, J. (1916): *Democracy and Education*. New York.
- DIE (2006): *Profil-Pass: gelernt ist gelernt; Stärken kennen, Stärken nutzen*. Bielefeld.
- DIE (2008): *Jahresbericht 2007*, Bonn.
- Dieckmann, A./Hübner, K./Paulsen, B. (2006): *Bestandsaufnahme der Aktivitäten der Umweltverbände zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (2001–2005)*. Lüneburg.
- Di Giulio, A./Künzli, G. (2006): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Kontext von Bildung und nachhaltiger Entwicklung*, In: Quesel, C./Oser, F. (Hrsg.): *Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen*. Zürich.
- Dohmen, G. (2001): *Das informelle Lernen. Die internationale Erschließung einer bisher vernachlässigten Grundform menschlichen Lernens für das lebenslange Lernen aller*. BMBF. Bonn.
- Dostal, W. (2003): *Bedeutung informell erworbener Kompetenzen in der Arbeitslandschaft*. In: Straka, G. A. (Hrsg.): *Zertifizierung non-formell und informell erworbener beruflicher Kompetenzen: Ergebnisse der Fachtagung „Erfassen, Beurteilen und Zertifizieren non-formell und informell erworbener beruflicher Kompetenzen“*, S. 103–115. Münster.
- Drews, S. (2007): *Was können wir von Europa lernen? – Impulse aus LEONARDO DA VINCI-Projekten*. In: NA-BIBB (Hrsg.): *Bildung für Europa*, S. 14–15. Bonn.
- Düx, W./Sass, E./Prein, G./Tully, C. J. (2008): *Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter*. Wiesbaden.
- Eigner-Thiel, S./Bögeholz, S. (2004): *Bildung für nachhaltige Entwicklung aus Sicht von MultiplikatorInnen außerschulischer Bildungsträger*. In: *Umweltpsychologie*, H. 2, S. 80–100. Bochum.
- Eurobarometer (2007): *Die Europäer und Entwicklungshilfe. Eurobarometer spezial. Bericht*. Berlin/München.
- Faure, E. u. a. (1973): *Wie wir leben lernen. Der Unesco-Bericht über Ziele und Zukunft unserer Erziehungsprogramme*. Reinbek.
- Fischer, A./Mertineit, K.-D./Hilgers, M. (2006): *Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung. Vorüberlegungen zu einer Strategie*, NUN (Hrsg.): *Norddeutsche Erklärung zur Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung*. Lüneburg/Hamburg.
- Forkel-Schubert, J. (Hrsg.) (2007): *Verankerung von BNE im Vorschulbereich verschiedener Bundesländer*. Hamburg.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport/S. O. F. Save Our Future Umweltstiftung (Hrsg.) (2006): *Bildungsführer Nachhaltige Entwicklung. Angebotsverzeichnis für Umweltbildung und Globales Lernen*. Hamburg.
- Frank, I./Gutschow, K.; Münchhausen, G. (2005) (Hrsg.): *Informelles Lernen – Verfahren zur Dokumentation und Anerkennung im Spannungsfeld von individuellen, betrieblichen und gesellschaftlichen Anforderungen*. Bielefeld.
- Freericks, R. et al. (2005b) (Hrsg.): *Nachhaltiges Lernen in Erlebniswelten? Modelle der Aktivierung und Qualifizierung*. Aquilo Tagungsdokumentation. IFKA-Dokumentation, Band 23. Bremen.
- Freericks, R. et al. (2005a): *Projekt Aquilo – Aktivierung und Qualifizierung erlebnisorientierter Lernorte*. IFKA-Schriftenreihe, Band 21. Bremen.

Gallopín, G.C. (1997): Indicators and their use: Information for decision-making. In: Moldan, B./Bilharz, S. (Hrsg.): Sustainability Indicators: Report of the Project on Indicators for Sustainable Development. Chichester.

Gensicke, T. (2006): Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 12, S. 9–16. Bonn.

Gillen, J. (2005): Gestaltungsansätze in Modellversuchen zur Erfassung und Bewertung von Kompetenzen im Arbeitsprozess. In: Frank, I./Gutschow, K./Münchhausen, G. (Hrsg.): In-formelles Lernen – Verfahren zur Dokumentation und Anerkennung im Spannungsfeld von individuellen, betrieblichen und gesellschaftlichen Anforderungen, S. 93–112. Bielefeld.

Gross, E. (2007): Naturschutzbotschafter – Ehrenamtliches Engagement in der Naturschutzbildung im Stadtgebiet Frankfurt, insbesondere im Zoologischen Garten Frankfurt. PowerPoint Präsentation im Rahmen der Fachtagung Naturschutz erleben – Kooperationen für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung & Ehrenamt in der Naturschutzbildung – Schwerpunkt Zoos (8./9.11.2007 ZUK/Osnabrück).

Grünig, J./Katz, C./Mayer, M./Thiem, A. (2005): Andere Einblicke bringen neue Aussichten. Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz. Dokumentation der Perspektivenwerkstatt. Deutschen Naturschutzring. Berlin/Bonn/Lüneburg.

G12 Staatliche Berufsschule Eidelstedt (2006): Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Berufsausbildung. Hamburg.

Haan, G. de (1998): Bildung für Nachhaltigkeit: Schlüsselkompetenzen, Umweltsynonyme und Schulprogramme. Berlin.

Haan, G. de./Harenberg, D. (1999): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung; Heft 72. BLK. Bonn.

Haan, G. de./Giesel, K./Rode, H. (2002): Umweltbildung in Deutschland. Stand und Trends im außerschulischen Bereich. Berlin.

Haan, G. de (Hrsg.) (2007): Studium und Forschung zur Nachhaltigkeit. Bielefeld.

Haan, G. de (2008a): Indikatoren, BNE und informelles Lernen. (Power Point Präsentation im Rahmen einer AG-Sitzung der Dekade am 15.02.2008. Berlin.) (unveröffentlicht).

Haan, G. de (2008b): Gestaltungskompetenz als Kompetenzkonzept für Bildung für nachhaltige Entwicklung. In Bormann, I.: Kompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Operationalisierung, Messung, Rahmenbedingungen, Befunde, S. 23–43. Wiesbaden.

Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Bundtand-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.

Häusler, R. & Kerns, C. (2006): Unternehmen Umweltbildung. Strategien für erfolgreiches Management im Non-Profit-Bereich. München.

Heise, M. (2007): Professionelles Lernen jenseits von Fortbildungsmaßnahmen – Was tun Lehrkräfte im Vergleich zu anderen akademischen Berufsgruppen? Eine Sekundäranalyse auf der Basis von Umfragedaten. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 10. Jg., H. 4, S. 478–492. Berlin.

ies (2008) (Hrsg.): Informelles Lernen im Rahmen von Praktika und Sozialen Arbeitsgelegenheiten – Identifizierung von Kompetenzerwerb mit Relevanz für die berufliche (Weiter)Bildung und das Erwerbsleben. Hannover (Projektbericht, in Druckvorbereitung).

ISOE (2005): Konzeptionelle Eckpunkte einer geschlechtergerechten Bildung in Nationalparks. Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bildung für Kinder und Jugendliche. Frankfurt a. M.

Katz, C./Mayer, M. (2007): Gender in die Bildung! – Für eine nachhaltige Entwicklung. In: Zeitschrift für Nachhaltigkeit, Heft 6, 73–98. Münster.

Kegel, T./Hartnuß, B. (2006): Bürgerschaftliches Engagement und Qualifizierung. in: Wohlers, L. (Hrsg.): Management in der informellen Umweltbildung, S. 83–94. Lüneburg.

Knoll, B./Szalai, E. (2005): Gender und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Herausgegeben vom Österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien.

Mertineit, K.-D./Nickolaus, R./Schnurpel, U. (2001): Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung. Machbarkeitsstudie im Auftrag des BMBF. Bonn.

Molzberger, G. (2008): Weiterbildung in den betrieblichen Arbeitsprozess integrieren: Erfahrungen und Erkenntnisse in kleinen und mittelständischen IT-Unternehmen. Münster.

Nahrstedt, W. et al. (2002b) (Hrsg.): Lernen in Erlebniswelten – Perspektiven für Politik, Management und Wissenschaft. Proceedings einer Fachtagung. IFKA-Dokumentation, Band 22. Bielefeld.

Nahrstedt, W. et al. (2002a): Lernort Erlebniswelt – Neue Formen informeller Bildung in der Wissensgesellschaft. Endbericht des Forschungsprojektes: Erlebnisorientierte Lernorte der Wissensgesellschaft. IFKA-Schriftenreihe, Band 20. Bielefeld.

Nohlen, D./Schultze, R.O. (Hrsg.)(2005): Lexikon der Politikwissenschaft – Theorie, Methode, Begriffe. 3. Auflage. München.

Overwien, B. (2002): „Informelles Lernen und Erfahrungslernen in der beruflichen Bildung“. In: Rohs, M. (Hrsg.): Arbeitsprozessintegriertes Lernen. Neue Ansätze für die berufliche Bildung, S. 13–36. Münster.

- Overwien, Bernd (2008): Informelles Lernen. In: Coelen, T./ Otto, H. U. (Hrsg.): Grundbegriffe der Ganztagsbildung: Ein Handbuch. Wiesbaden.
- Oxfam (2007): Meinungsumfrage Entwicklungspolitik in Deutschland. Berlin.
- Rauschenbach, T./Düx, W./Sass, E. (2006) (Hrsg.): Informelles Lernen im Jugendalter eine vernachlässigte Dimension in der Bildungsdebatte. Weinheim.
- Reischmann, J.(1995): Lernen „en passant“ – die vergessene Dimension. In: Grundlagen der Weiterbildung – Zeitschrift für Weiterbildung und Bildungspolitik im In- und Ausland. 6. Jg. Nr. 4, 200–204. Neuwied.
- Rieß, W./Apel, H. (2006): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Aktuelle Forschungsfelder und Ansätze. Wiesbaden .
- Rohrbach, B. (2005): Gender Mainstreaming in der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Analyse der Umsetzung in den Konzepten zur UN-Dekade, genaStudien, Nr. 9, genanet. Frankfurt am Main.
- Rohs, M. (2007): Zur Theorie formellen und informellen Lernens in der IT-Weiterbildung, Helmut-Schmidt-Universität, Diss. Hamburg.
- Rode, H. (2004): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung („21“). Abschlussbericht des Programmträgers zum BLK-Programm. Bonn.
- Rode, H. (2005): Motivation, Transfer und Gestaltungskompetenz. Ergebnisse der Abschlussevaluation des BLK-Programms „21“, 1999–2004. Berlin.
- Rode, H. (2006): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung außerhalb von Modell-versuchen und Kampagnen. Beobachtungen zu Stand und Schnittstellen für die weitere Entwicklung. (INFU-Diskussionsbeiträge 31/06). Lüneburg.
- Scher, M.-A. (1998) (Hrsg.): Auf dem Weg zu effektiven Ausstellungen – (Umwelt-) Ausstellungen und ihre Wirkung. Tagung vom 29. Bis 31. Januar 1998. Oldenburg.
- Scheunpflug, A (2001): Die globale Perspektive einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Bielefeld.
- Schiersmann, C./Strauß, C. (2003): Informelles Lernen – der Königsweg zum lebenslangen Lernen? In: Wittwer, W./ Kirchhof, S. (Hrsg.): Informelles Lernen und Weiterbildung: Neue Wege zur Kompetenzentwicklung, S. 145 bis 167. München.
- Schöne, R. (2004) (Hrsg.): Vergleichende Studie zum aktuellen Entwicklungsstand von Produktionsschulen in Dänemark, Österreich und Deutschland. Chemnitz.
- Scheunpflug, A (2007): Die konzeptionelle Weiterentwicklung des Globalen Lernens. Die Debatte der letzten zehn Jahre In: VENRO (Hrsg.): Jahrbuch Globales Lernen 2007/2008. Standortbestimmung, Praxisbeispiele, Perspektiven. Bonn.
- Schreiber, J.-R. (2005): Kompetenzen und Konvergenzen. Globales Lernen im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ In: ZEP. Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, Heft 2, S. 19–25. Frankfurt a. M.
- Seitz, K. (2007): Klimawandel in den Köpfen – Zur Rolle des Globalen Lernens in der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. In: VENRO (Hrsg.): Jahrbuch Globales Lernen 2007/2008. Standortbestimmung, Praxisbeispiele, Perspektiven. Bonn.
- Solzbacher, C.(Hrsg.) (2007): Bildungsnetzwerke und regionale Bildungslandschaften, Ziele und Konzepte, Aufgaben und Prozess. München .
- Stoltenberg, U. (2008): Bildungspläne im Elementarbereich – ein Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Lüneburg.
- VENRO (2002): Globales Lernen als Aufgabe und Handlungsfeld entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Grundsätze, Probleme und Perspektiven der Bildungsarbeit des VENRO und seiner Mitgliedsorganisationen. VENRO – Arbeitspapier Nr. 10, Dezember. Bonn.
- VENRO (2005): Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung – Lernen für eine zukunftsfähige Welt. Ein Diskussionsbeitrag des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005–2014. VENRO-Arbeitspapier Nr. 15, Juni 2005. Bonn.
- Weiß, R. (2000): Wettbewerbsfaktor Weiterbildung: Ergebnisse der Weiterbildungserhebung der Wirtschaft. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik 242. Köln.
- Wohlers, Lars (2006) (Hrsg.): Management in der informellen Umweltbildung. Lüneburg.
- Wohlers, Lars (2003) (Hrsg.): Methoden informeller Umweltbildung. Frankfurt a.M.
- Wohlers, Lars (2001): Informelle Umweltbildung am Beispiel der deutschen Nationalparks. Aachen.
- Band 7. Politische Begriffe: NGO. Lexikon der Politik, S. 9156
- (vgl. LexPol.Bd.7, S. 422–423) (www.digitale-bibliothek.de/band79.htm)

Pimärdokumente

- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung 2000: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (2003): Richtlinien für die Umweltbildung an den bayerischen Schulen. München.
- BLK (1998): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Orientierungsrahmen. Heft 69. Bonn.
- BLK (2005a): Forum Bildung: Empfehlungen und Einzelergebnisse des Forum Bildung. Berlin.

BLK (2005b): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung („21“) Abschlussbericht des Programmträgers zum BLK-Programm. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung. Heft 123. Bonn.

BLK (2007): Eckpunktepapier zur Umsetzung der Beschlüsse 62 und 63. November. Berlin.

BMBF (2001): Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung. Machbarkeitsstudie im Auftrag des BMBF. Bonn.

BMBF (2002): Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Bonn .

BMBF (2004): UNI 21 – Hochschulbildung für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin .

BMBF (2005): Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Bonn. [veränderter Nachdruck 2006]

BMBF (2006): Forschung für Nachhaltigkeit – Rahmenprogramm des BMBF für eine zukunftsfähige innovative Gesellschaft. Berlin.

BMBF (2007) : Die Hightech-Strategie für Deutschland. Erster Fortschrittsbericht. Berlin.

BMU(1972): Gemeinsamer Erlass zur Einrichtung des WBGU. Bonn.

BMU (2000): Erlass zur Einrichtung des WBGU. Berlin.

BMU (2005): Erlass über die Einrichtung eines Sachverständigenrates für Umweltfragen

bei dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Berlin.

BMU (2006): Umweltbericht 2006 – Umwelt – Innovationen – Beschäftigung. Berlin.

BMU (2007): Ausbildungsinitiative „Umwelt schafft Perspektiven“. Bonn.

BMFSFJ (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. München.

BMZ (2003): Aktionsprogramm 2015 – Armut bekämpfen. Gemeinsam handeln. Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut. Bonn.

Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Bundesregierung (2004): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. 1. Fortschrittsbericht. Berlin.

Bundesregierung (2005): Wegweiser Nachhaltigkeit – Bilanz und Perspektiven. Berlin.

Bundesregierung (2007): Bericht zur Umsetzung der in der Kabinettsklausur am 23./24.08.2007 in Meseberg beschlossenen Eckpunkte für ein Integriertes Energie- und Klimaprogramm. Berlin.

Bundestagsdrucksache 14/3319 (10.Mai 2000): Beschlussempfehlung und Bericht: Bildung für eine nachhaltige

Entwicklung. Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Berlin.

Bundestagsdrucksache 15/3472 (30.06.2004): Beschlussempfehlung und Bericht: Aktionsplan zur UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Berlin .

Bundestagsdrucksache 16/1131 (05. April 2006): Antrag: Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Berlin.

Cultura21/IfN (2007): Initiativen für Nachhaltigkeit an deutschsprachigen Universitäten. Ergebnisse einer Umfrage mit Profilen der teilnehmenden Initiativen. Köln.

DGfE (2004a): Memorandum zur Lehrerbildung für eine nachhaltige Entwicklung. Kommission „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Berlin.

DUK (2003): Hamburger Erklärung der Deutschen UNESCO-Kommission zur Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014). Hamburg.

DUK/NK (2005): Nationaler Aktionsplan für Deutschland. UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Berlin.

DUK/NK (2008): Nationaler Aktionsplan für Deutschland. UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Bonn.

Europäische Kommission (2000): Memorandum über Lebenslanges Lernen. Brüssel.

European Commission (2004): Key Competences for Lifelong Learning. A European Framework, Brüssel.

Europäische Kommission (2006): EU-Strategie: Die Erneuerte EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung. Brüssel.

Europäische Kommission (2006): Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen. Empfehlung. Brüssel.

Europäischen Kommission (2007): Aktionsplan Erwachsenenbildung. Zum Lernen ist es nie zu spät. Mitteilungen der Kommission der europäischen Gemeinschaften, 2007 KOM 558. Brüssel.

Forum Globales Lernen in Bayern (2005): Erklärung zum Globalen Lernen vom 8. Januar 2005, Augsburg.

Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister (1999): Der Europäische Hochschulraum. Bologna.

Gruppe 2004 (2004): Hochschule neu denken Neuorientierung im Horizont der Nachhaltigkeit. Memorandum. Lüneburg.

IHK Aachen (2000): Verordnung über die Berufsausbildung im Laborbereich Chemie, Biologie und Lack. Aachen.

Kommuniqué der Konferenz der für die Hochschule zuständigen europäischen Ministerinnen und Minister (2005): Der europäische Hochschulraum – die Ziele verwirklichen. Bergen.

Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Berichtssystem Weiterbildung IX 2006.

Koalitionsvereinbarung (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bonn.

KMK/DUK (2007): Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule. Empfehlung. Berlin.

KMK/BMZ (2007): Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Bonn 2007.

NK/AG Außerschulische und Bildung und Weiterbildung (2006): Positionspapier.

NK/AG Hochschule (2007): Hochschulen und Nachhaltigkeit. Memorandum.

NUN (2005): Hochschule und Nachhaltigkeit. Lübecker Erklärung der Deutschen UNESCO-Kommission zur Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung. Lübeck.

NUN (2007): Klimawandel und Hochschulen. Ergänzung zur Lübecker Erklärung „Hochschulen und Nachhaltigkeit“. Hamburg.

OECD (2004) (Hrsg.): Bildung auf einen Blick – OECD Indikatoren. Zusammenfassung in Deutsch. Paris.

Ökologische Akademie e. V. (2006): Projektbericht Bildung für nachhaltige Entwicklung – Erfahrungen und Erwartungen zur Zusammenarbeit von Umweltstationen Umweltbildungseinrichtungen, Lokalen Agenda 21-Gruppen und Schulen in Bayern 03/2005–10/2006.

Statistisches Bundesamt (2005) (Hrsg.): Bildung und Kultur – Allgemeinbildende Schulen/Schuljahr 2004/2005. Fachserie 11/Reihe 3. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2007): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht. Wiesbaden 2006.

Thüringer Landtag Drucksache 4/12428(16.09.2005): Thüringer Aktionsplan zur UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

UNCED (1992): Agenda 21. Verabschiedet auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung/United Nations Conference on Environment and Development. Rio de Janeiro 1992.

www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/english/agenda21toc.htm

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im

Deutschen Bundestag (Kurzprotokoll 16/23 vom 12.03.2008).

UN (2002): Bericht des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung Johannesburg. Johannesburg 2002.

UNECE (2005):- Strategy for Education for Sustainable Development. Vilnius.

Deutsche Version:UNECE 2005: UNECE-Strategie über die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Vilnius.

UNECE/ ECE (2007): Building bridges to the future. Declaration: 6th Ministerial Conference „Environment for Europe“. Bergrad.

UNESCO (2004): United Nations Decade of Education for Sustainable Development 2005–2014. Draft International Implementation Scheme (IIS). Paris.

WCED (1987) (World Commission for Environment and Development; auch: „Brundtland-Kommission“): Our Common Future. Oxford 1987.

WGBU (2005): Welt im Wandel – Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik. Berlin/Heidelberg.

WGBU (2007): Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin/ Heidelberg.

Landesaktionspläne

akuTh e.V. (2007): Thüringer Aktionsplan zur Umsetzung der Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2007/2008, Weimar.

Freie und Hansestadt Hamburg (2007): Hamburger Aktionsplan 2007/2008. Hamburg .

Ministerium für Umwelt Saarland (2007): Bildung für nachhaltige Entwicklung und der Beitrag des Saarlandes zur UN Dekade 2005- 2014, Saarbrücken.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2005), Zukunft gestalten Bildung für nachhaltige Entwicklung Aktionsplan für die UN-Dekade 2005–2014 in Baden-Württemberg. Stuttgart.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (2008): Lebenslanges Lernen – Begleitkonzept und Aktionsplan zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005–2014.“ in MV für nicht-formale Bildung . Schwerin.

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2006): Zukunft lernen – Aktionsplan für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005–2014“ in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt (2008): Nachhaltigkeit lernen in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2007): Lernen – Gestalten – „Wir machen Zukunft“. Kiel.

